

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter mit Wochensonderausgaben. Die Zeitungs-Abonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,80 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erstausg. täglich.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechs-spaltige Kolonelle ober deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Beiträge und Bekanntmachungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zulässig 2 gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Streifenlänge und Schließstellen zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Wittwoch, den 11. Juni 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Kampf!

Das erste Treffen in der neuen Phase des Kampfes um die Wehrvorlage hat der Reichstag am Dienstag erlebt. In wohlüberlegtem Aufmarsch brachte die sozialdemokratische Fraktion das unübersehbare Meer ihrer Argumente gegen den kapitalistischen Militarismus und seine neueste Ausgeburt, die Wehrvorlage, zum Teil an den Feind, in kluger Ausnutzung aller Schwächen des Gegners entwickelte sie ihre Schlachttreihen und in einem resoluten Sturmangriff nahm sie die erste feindliche Position.

Nur ein Redner aus dem Hause hat am Dienstag gesprochen, ein Sozialdemokrat. In dreierhalbstündiger Rede vertrat Gen. Roske den Standpunkt der Sozialdemokratie gegen das stehende Heer, gegen die ungeheuerlichsten aller Militärvorlagen, gegen die faulen Gründe der Militärschwärmer, Chauvinisten und Rüstungsinteressenten. Zuerst ahnten die Regierung und die bürgerlichen Parteien nicht, was ihnen bevorstand. Als Roske aber nach einer Stunde erkennen ließ, daß er jetzt ungefähr mit der Einleitung seiner Rede zu Ende sei, begannen sie dunkel zu ahnen. Als Roske nach zwei Stunden in unverminderter Frische weiterredete und von ungefähr zu verstehen gab, daß er nunmehr erst recht eigentlich ausholen wolle, wurde ihnen ihre Ahnung zur fürchterlichen Gewissheit. Und als Roske nach drei Stunden vergnügten Gesichtes und guten Mutes zu einem weiteren Bogen seines umfangreichen Manuskripts griff, ergaben sie sich stöhnend in das Unvermeidliche ihres Geschicks. Als sie aber in der fünften Stunde, als Roske mit glänzendem Glanz zu seinen Hauptschlüssen ausholte, als er mit niederschmetternder Wucht der neuen Milliardenbelastung des deutschen Volkes die Schande der preussischen Rechtslosigkeit und das uneingelöste Königsversprechen gegenüberstellte, als sie jetzt ihrem Aerger über die lange Rede und die aufreizenden Anklagen gegen das System des Militarismus durch Zwischenrufe und Knurren und Murren Luft machen wollten, da stellte sich die Fraktion der Hundertzehn wie ein Mann hinter ihren beredten und sachkundigen Wortführer. Mit donnernden, stürmischen, immer wiederholten Bravos machte sie am Schluß der Rede Roskes seine Gründe und Schlussfolgerungen zu den ihrigen und in Beifallsbräusen ertrank das Fischen der Rechten wie das Angstgagader erschreckender Hühner vor dem Brausen des Sturmes.

In den letzten Tagen, als hier und da in der Partei, in der Presse und in Versammlungen gegen die Fraktion der Vorwurf erhoben wurde, sie habe es an dem nötigen Eifer in der Bekämpfung der Wehrvorlage fehlen lassen, hat man sich häufig unterwirft von der irrigen Voraussetzung leiten lassen, die zweite Lesung der Vorlage in der Budgetkommission bedeute die zweite Lesung im Plenum oder nehme ihrer Bedeutung doch etwas vorweg. Die Taktik, die die Fraktion in einer bestimmten Situation während der Kommissionsberatungen eingeschlagen hat, war aus triftigen Gründen geboten. Wie immer aber man sie auch beurteilen mag, sicher ist, daß sie dem Kampf gegen die Wehrvorlage und damit gegen den Militarismus und die kapitalistische Wirtschaftsordnung keinen Abbruch getan hat.

Als diese Taktik beschlossen wurde, war sich die Fraktion im gleichen Augenblick darin einig, daß der eigentliche Kampf gegen die militaristischen Forderungen und für das Volkshoch der Demokratie bei der zweiten Beratung der Vorlage im Plenum einzutreten habe, und daß er dann mit dem größten Nachdruck, mit der unnachgiebigsten Zähigkeit und mit sozialdemokratischer Entschlossenheit geführt werden solle. Wenn inzwischen Stimmen im Lande, ohne die Dinge im einzelnen genauer zu kennen, von der Fraktion gerade die Haltung verlangt haben, für die sie selbst sich bereits entschlossen hatte, so zeigt das erstens, daß die Genossen im Lande auf der Wacht sind, so wie es sich gehört, daß aber andererseits auch die Fraktion so zu handeln gewillt ist, wie es das Empfinden der Klassenbewußten Arbeiter von ihr verlangt.

In dieser ermutigenden Zuversicht hat die Fraktion am Dienstag, als der Tag des Handelns gekommen war, den Kampf aufgenommen; in der vorwärtstreibenden und stählenden Sicherheit, daß die Massen des deutschen Volkes, und nicht nur das sozialdemokratische Drittel der Reichstagswähler, diesen Kampf billigen, daß sie ihm mit leidenschaftlicher Anteilnahme jeden Erfolg wünschen, daß der Kampf der Sozialdemokratie gegen die Wehrvorlage in der gegenwärtigen Zeit der Kampf der höheren Kultur, der Kampf höheren Menschentums gegen Unkultur und Barbarei ist, wird die sozialdemokratische Fraktion diesen Kampf in den nächsten Tagen und Wochen fortsetzen!

Nach Roske sprachen noch vier Männer der Regierung von heute und ein Mann der Regierung von gestern. Roske hatte der zornbebenden Empörung der deutschen Sozialdemokratie über ein Wort des Kriegsministers in der Budgetkommission, das die Sozialdemokraten indirekt mit Zuhältern auf eine Rangstufe stellte, leidenschaftlichen Ausdruck gegeben. Der Kriegsminister suchte seine Beleidigung eines großen Teils des deutschen Volkes und damit auch eines großen Teils der Soldaten durch einen Frechheitstrik aus der Welt zu schaffen. Aber der zornige Widerspruch unserer Fraktion zeigte ihm, daß ihm die Wortgepinde der abgelebten Redekünste nichts nützen, daß auf solche Weise die ungeheuerliche Beleidigung nicht zu sühnen ist. Wenn der Kriegsminister im übrigen mit einigen Kriegervereinsrednern über Kaiser und Reich der Rechten des Hauses den Alp von der Brust zu nehmen suchte, so hat man zwar Verständnis für die physiologische Notwendigkeit dieses Tuns, aber wir wissen auch zugleich, daß es sich dabei um eine kurze und trügerische Freude handelt.

Nach dem Kriegsminister trat der Vertreter des Reichskanzlers — Er selbst war natürlich noch nicht da, er spart sich für feierlichere Augenblicke auf —, Staatssekretär Delbrück, an die Rampe. Er schwänkte die Reichsverfassung großzügig in der Luft und wollte mit ihr beweisen, daß es den Reichstag gar nichts angehe, wenn Preußen ein hinterwäldlerisches Wahlrecht habe. Das Versprechen des Königs sei eingelöst dadurch, daß die Regierung eine Wahlreformvorlage eingebracht habe. Wenn der Landtag sie abgelehnt habe, müsse die Krone sich in das Unvermeidliche schicken. So sieht sich die Welt vom glatten Parkett des Hölzlings aus an! Das preussische Proletariat wird den Herren Delbrück und Konforten zeigen, daß die Dinge von dem rauhen, steinigten Boden der unerschütterlichen Volkserziehung aus anders aussehen und einen anderen Verlauf nehmen.

Nachdem zwei Assistenten des Kriegsministeriums noch ein Sprüchlein heruntergescharrt hatten, ließ sich der ehemalige Staatssekretär des Innern, der jetzige Abgeordnete Graf Posadowsky das Wort zu einer persönlichen Bemerkung geben, weil Roske seinen Namen als Mitunterzeichner eines Gründungsprospektes für eine Luftschiffgesellschaft genannt hatte. Roske hatte sich auf eine Zeitungsnachricht gestützt, die Posadowsky als unrichtig kennzeichnete, woraufhin Roske seine Bemerkung zurücknahm.

Somit fogut. Aber der Herr Graf warf sich bei der einfachen Nichtigstellung dermaßen in die hartumwogte Brust und sprach mit solcher erhabenen Feierlichkeit, als müsse er gegen das schreiendste Unrecht des Jahrhunderts protestieren, als lägen ihm Geldaktionen und Zeitungszitate fern. Vielleicht hat er aus der 12 000-Mark-Affäre, die ihn in unangenehme Beziehungen zum Zentralverband der Industriellen brachte, als er noch Staatssekretär des Innern war, gelernt; und vielleicht hat er auch den riesigen Titantensack, aus dem er skrupellos Material für den Buchthausgesehe und andere arbeitserfreundliche Maßnahmen langte, zur freundlichen Verwendung für seine Nachfolger im Reichsamt des Innern zurückgelassen.

Die nächsten Tage werden heiße Kämpfe bringen. Wohlan! Die Sozialdemokratie steht bereit!

Das Erbrecht des Staates.

Am Dienstag trat die Budgetkommission des Reichstags in die Beratung des Erbrechts des Staates ein. Der Staat soll gesetzlicher Erbe werden, wenn Abstammlinge von den Großeltern in der Seitenlinie oder Verwandte der vierten Erbrechtsordnung oder der ferneren Ordnungen zur gesetzlichen Erbfolge berufen sind. Die Regierung schlägt die gesamte Einnahme aus dem Erbrecht des Staates auf 20,8 Millionen, von denen rund 15 Millionen dem Reich, der Rest den Bundesstaaten zufallen würden. Das Zentrum beantragte, das Erbrecht des Staates erst bei den Seitenverwandten der fünften Erbrechtsordnung eintreten zu lassen. Die Volksparteiler beantragten, nur zu sagen, wenn Verwandte der vierten Erbrechtsordnung zur Erbfolge berufen sind.

Schahsekretär Kühn betonte, bei dem vorliegenden Entwurf sei für die Regierung in erster Linie der finanzielle Grund maßgebend gewesen und er hoffe, daß die Kommission dem auch Rechnung tragen werde. In einer Reihe europäischer und nichteuropäischer Staaten existiere bereits ein Erbrecht des Staates, wenn auch nicht in so weitgehender Weise, wie der Entwurf vorschlägt. Bei den anderen Staaten sei aber das finanzielle Interesse auch ausschlaggebend gewesen. — Abg. Gröber griff den Entwurf ungenau scharf an. Das Zentrum werde versuchen, Ansprüche durchzubrüden, die verhindern, daß die 15 Millionen, die einfließen sollen, für hübsche Uniformen und ähnliche Dinge ausgegeben werden. Beschränke man das Erbrecht der Verwandten, dann müsse die daraus erzielte Einnahme auch für allgemeine Zwecke verwendet werden. Der Entwurf berge auch die Gefahr in sich, daß Vermögen der im Auslande verstorbenen Deutschen, die erbberechtigte Verwandte nach dem Gesetzentwurf nicht mehr haben, der deutschen Volkswirtschaft verloren gingen. Die Annahme der Regierung, unter den entfernteren Verwandten herrsche kein

Familienfenn mehr, sei grundsätzlich. Wäre aber dem so, dann müßte die Regierung alles tun, um den im Schwinden begriffenen Familienfenn zu heben und zu kräftigen, statt die Hände nach dem Erbe entfernter Verwandten auszustrecken. — Schahsekretär Kühn betonte nochmals, daß die Regierung nur deshalb in das Erbrecht eingreifen wolle, weil Geld eben dringend notwendig sei zur Verrückung der Rüstungsausgaben. Daß der Familienfenn durch das Erbrecht des Staates geschädigt werden könne, müsse entschieden in Abrede gestellt werden. — Abg. Dertel begrüßte die Darlegungen Gröbers besonders, weil Gröber sich gegen das ganze Gesetz ausgesprochen habe. Die Konservativen lehnen das Erbrecht des Staates grundsätzlich ab. Wenn der Entwurf Gesetz werden sollte, würden die Konservativen die Leute auf dem Lande draußen instruieren, wie und daß sie testieren sollten, wodurch dann die Einnahmen des Reichs auf ein Minimum herabzusenken müßten. Die Finanzfragen könnten auf andere Weise zur Lösung gebracht werden; die Konservativen würden zur gegebenen Zeit schon mit entsprechenden Vorschlägen hervortreten, er (Redner) sei aber nicht so dumm, jetzt schon die kommenden Vorschläge anzudeuten. Weil die Konservativen grundsätzlich das Gesetz ablehnen, würden sie auch keine Änderungsanträge einbringen.

Genosse Südekum führte aus, der Entwurf könne doch unmöglich als ein Anfang zur Zerstörung des Privateigentums angesehen werden, oder als Schädigung des Familienfenns. Höchstens könnte gesagt werden, bestimmte Luftschiffabrikanten würden geschädigt, die bei ihrer Fabrikation von Kommodien gleichsam vom Erbebel gelebt haben. Wenn die Konservativen eine Agitation betreiben wollten, um die Leute anzuhalten, zu testieren, damit der Staat nichts erben könne, so führten sie vielleicht eine Beschränkung der Testierfreiheit herbei. Daran würden sich die bestehenden Klassen mit der Zeit gewöhnen müssen, daß sie ein unbeschränktes Verfügungsrecht über Besitz und Vermögen nicht immer haben würden, und daß ihnen zugunsten der Allgemeinheit Beschränkungen auferlegt würden. Genosse Südekum charakterisierte weiter den Familienfenn gerade der bestehenden Klassen, der eine besonders ideale Grundlage nicht aufweise. Die Sozialdemokratie überschätze die Bedeutung dieses schüchternen Entwurfs nicht, aber es sei ganz gut, wenn Gesetze vorgelegt werden, die der Allgemeinheit und nicht nur einzelnen Leuten zugute kommen sollen. Wenn das Zentrum die Sozialdemokratie durch den Hinweis auf den Verwendungszweck an seine Seite bringen wolle, werde es sich täuschen. Die Sozialdemokratie habe bei der Militärvorlage durch praktische Anträge gezeigt, daß sie gegen die Uniformfinklerischen energisch vorgehen wolle; aber gerade Herr Gröber und das gesamte Zentrum hätten dabei versagt. Aus der Regierungsvorlage sei etwas Brauchbares zu machen. Die Sozialdemokraten lehnten es aber ab, die Bestrebungen des Zentrums zu unterstützen, den Entwurf zu einer Farce zu gestalten.

Abg. Jund trat für den Entwurf ein. Sollte der zum § 1 gestellte Zentrumsantrag Annahme finden, wonach der Staat erst an die Stelle der Erben fünfter Ordnung treten solle, dann könne ruhig auf die Weiterberatung als zwecklos verzichtet werden. — Abg. Graf Riezynski erklärte namens der Polen, daß sie gegen den Entwurf stimmen würden. — Abg. Gothein verteidigte gegen Zentrum und Konservative das Recht der Gesetzgebung, in die privatrechtlichen Verhältnisse jeder Art einzugreifen und sprach den Wunsch aus, daß es gelingen möge, das Erbrecht des Staates durchzusetzen. Im übrigen würden die Volksparteiler versuchen, eine stärkere Besteuerung der Erbschaften herbeizuführen. Die Volksparteiler erklärten, daß sie ihren Antrag bis zur zweiten Lesung zurückstellen, worauf Abg. Gröber den volksparteilichen Antrag wieder aufnahm. — Genosse David wies darauf hin, daß die Volksparteiler nunmehr sehen könnten, welche Gefahr für das Gesetz ihr Antrag bedeute, gegen den sie jetzt, nachdem er ein Antrag Gröbers gemorden sei, stimmen müßten. Wo bleibe der Familienfenn, wenn fromme Zentrumsleute ihre entfernten Verwandten zugunsten der Kirche enterben? Solche Verstöße gegen den Familienfenn verteidige aber das Zentrum, weil das „höhere“ Interesse der Kirche vorliege.

Der erste Zentrumsantrag, wie auch der durch das Zentrum aufgenommene volksparteiliche Antrag, wurde gegen die Stimmen des Zentrums, der Konservativen und der Polen abgelehnt. Die Gesamtabstimmung über den § 1 der Regierungsvorlage wurde auf die nächste Sitzung vertagt, die am Donnerstag abgehalten werden wird.

Ein neuer Versuch zur Lösung der Deckungsfrage?

Die führenden Zentrumsorgane melden: „Wie wir von unterrichteter Seite hören, sind neue Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien des Reichstages über die Lösung der Wehrsteuerfrage im Gange. Sie haben die Regierungsvorschläge zur Grundlage, allerdings mit der Einschränkung, daß anstelle der im sogenannten Sicherungsgesetz enthaltenen Vermögenszuwachssteuer eine Reichsvermögenszuwachssteuer treten soll.“

In unterrichteten Kreisen hofft man auf dieser Grundlage im Reichstage zu einer Verständigung zu kommen. Die Regierung verhält sich allerdings noch gegenüber diesen Vorschlägen ablehnend, doch besteht Aussicht, daß sie schließlich ihren Widerstand aufgeben wird, wenn sie sieht, daß auf anderem Wege eine Verständigung nicht zu erreichen ist.“

Im Anschluß an diese Mitteilung wird gesagt, daß die Zentrumsfraktion beschlossen hat, ihren Mitgliedern bezüglich der von der Regierung geforderten 6 Kavallerieregimenter die Affirmation

ung freizugeben. Es wird ein kleiner Teil der Fraktion gegen jede Vermehrung der Kavallerieregimenter stimmen, ein anderer für den Kommissionsbeschluss einzutreten und ein anderer für die ganz Regierungsvorlage.

Das scheint der letzte Akt der Zentrumskomödie zu sein, worauf sich alles zum Guten und jedenfalls auch zum Vorteil des Zentrums wenden wird.

Sozialdemokratische Anträge zur Wehrvorlage.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zu dem Artikel I des neuen Militärgesetzes eine Reihe Anträge gestellt. Dieser Weg wurde gewählt, weil Resolutionen in den ersten Fällen keinerlei praktischen Erfolg zeitigen. Gelingt dagegen, bestimmte Forderungen in das Gesetz hineinzubringen, dann steht die Regierung vor der Frage, ob sie diesen Forderungen Rechnung tragen, oder ob sie das ganze Gesetz scheitern lassen will. Gleichzeitig bilden diese Anträge den Brückstein, an dem sich zeigen soll, ob es den bürgerlichen Parteien ernst ist, mit dem Reformeifer auf militärischem Gebiet, den sie besonders zu Wahlzeiten recht auffällig betonen. An der Spitze dieser Anträge steht die Forderung: Während der Dauer der Dienstpflicht im stehenden Heere sind die Mannschaften ein Jahr zum ununterbrochenen Dienst bei den Fahnen verpflichtet.

Diese Bestimmung tritt vom 1. Oktober 1915 ab in Kraft. Alle Einwände, die gegen die einjährige Dienstzeit erhoben werden, finden ihre Widerlegung in dem Privileg der bestehenden Klassen, deren Söhne nur ein Jahr zu dienen haben. Warum soll der Mann aus dem Volk nicht in einem Jahr sich jenes Maß militärischer Fertigkeiten aneignen können, das den Einjährig-Freiwilligen sogar zum Vorgelesenen qualifiziert erscheinen läßt. Wenn man auf den Paradebrill, der für den Ernstfall nicht in Frage kommen kann, verzichtet, dann ist es möglich, dem Soldaten in einem Jahr all das beizubringen, was er im Ernstfall braucht. Allerdings müßte das Ausbildungspersonal vermehrt werden, wie auch in jedem Jahr zweimal die Einziehung frischer Mannschaften zu erfolgen hätte. Für den Fall aber, daß dieser Antrag abgelehnt werden sollte, beantragt die Fraktion:

Die Bestimmungen der Reichsmilitärgesetze, welche die besonderen Vorrechte der Einjährig-Freiwilligen in der Ableistung der Dienstpflicht betreffen, werden mit Inkrafttreten dieses Gesetzes aufgehoben.

Mit der Annahme dieses Antrages bliebe zwar die zweijährige dreijährige Dienstzeit beibehalten, aber das Privileg der bestehenden Klassen wäre beseitigt. Vielleicht, daß dann in diesen mitunter sehr einflussreichen Kreisen, die Ueberzeugung wachsen würde, daß eine Verkürzung der Dienstzeit zu einer unabwiesbaren Notwendigkeit geworden ist.

Nach Artikel 63 der Reichsverfassung hat der Kaiser die Pflicht und das Recht, dafür Sorge zu tragen, daß innerhalb des deutschen Heeres alle Truppenteile vollzählig und kriegstüchtig vorhanden sind. Gegen Sinn und Geist dieser Bestimmung verstößt es, daß jährlich, ja rein 26 000 Soldaten ihrer eigentlichen Bestimmung entzogen werden, indem sie Verwendung finden als Diener bei Offizieren, als Kellner in den Kasinos usw. Diesem verfassungswidrigen Zustand will folgender Antrag ein Ende machen:

Die zum Militärdienst eingezogenen Mannschaften dürfen nicht zu häuslichen Dienstleistungen verwendet werden.

Nach Ansicht der Heeresverwaltung kann von der zweijährigen Dienstzeit nicht ein einziger Tag entbehrt werden. Die verfassungswidrige Verwendung von Soldaten zu anderen, die mit dem militärischen Dienst nicht das mindeste zu tun haben, zeigt aber, wie völlig unhaltbar diese Behauptung ist. Wäre sie aber richtig, dann würde die Heeresverwaltung eine ungeheure Verantwortung auf sich laden dadurch, daß sie im Ernstfall Zehntausende Soldaten einstellen würde, deren Ausbildung höchst mangelhaft ist!

Mit der immer verdichteten Einfachheit und Einheitlichkeit innerhalb der Armee ist es nicht in Einklang zu bringen, daß noch besondere Eliteformationen bestehen, denen es in der Hauptsache obliegt, bei Paraden, Fürstenempfängen und ähnlichen Anlässen als Prunkstücke zu dienen. Aus diesem Grunde beantragt unsere Fraktion folgenden Artikel I einzufügen:

Bestimmungen, durch die das Gardekorps und die sonstigen Eliteformationen sich von den übrigen Truppenteilen unterscheiden, sind unzulässig, bestehende Bestimmungen dieser Art werden aufgehoben.

Mit seinem Eintritt in die Kaserne soll der Soldat zu einem Wesen werden, das nur noch unbedingten Gehorsam kennt, insbesondere keinerlei eigene Meinung haben darf. Die barbarische Härte und Strenge der militärischen Disziplin unterdrückt das freie Bewußtsein in dem Menschen, der nicht freiwillig, sondern gezwungen die Uniform trägt. Die Beseitigung dieses unwürdigen Zustandes erstreckt der Antrag, folgenden Artikel I in das Gesetz aufzunehmen:

Den Angehörigen der Armee wird die Freiheit der politischen und religiösen Gesinnung und ihrer außerdienstlichen Betätigung gewährleistet. Die Befehdung oder Betätigung der politischen oder religiösen Gesinnung unterliegt nicht der militärischen Disziplin.

Zu den beliebtesten militärischen Terrorismitteilmitteln gehört der Militärarrest, dessen Anwendung zwar das Wachstum der Sozialdemokratie nicht verhindern konnte, wohl aber zahlreiche Geschäftsleute, die sich gar nicht zur Sozialdemokratie bekennen, schwer geschädigt, teilweise dem Ruin entgegengeführt hat. Der militärische Arrest erstreckt sich nicht bloß auf Gastlokale, sondern auch auf Geschäftsläden, Barbierstuben, Rechtsanwaltschaften und Ärzte, ja sogar auf die Privatwohnungen von Personen, die im politischen Leben stehen. Diesem Unfug soll folgender Artikel I ein Ende machen:

Die militärische Sperre (das Militärverbot) darf gegen Gewerbetreibende oder Angehörige anderer Berufe wegen Zugehörigkeit zu einer Partei, oder Religionsgemeinschaft oder wegen Vergabe von Räumen zu Veranstaltungen einer Partei, eines Vereins oder einer Gewerkschaft nicht verhängt werden. Den Betroffenen steht gegen jede an dem Erlaß oder der Durchführung des Militärverbots beteiligte Behörde oder Person Klage auf Unterlassung und Schadenersatz bei den ordentlichen Gerichten zu.

Artikel I verlangt: Die Beförderung innerhalb der Armee darf nur von der persönlichen Tüchtigkeit abhängig gemacht werden. Auf die gesellschaftliche Stellung oder die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft oder politischen Partei darf keine Rücksicht genommen

Es ist bekannt, daß bei der Auswahl der Offiziere nicht die militärische Tüchtigkeit und nicht die moralischen Eigenschaften des Bewerbers bestimmend sind, sondern seine Zugehörigkeit zur christlichen Religion, seine Herkunft und seine gesellschaftliche Stellung. Daraus erklärt sich die Exklusivität des Offizierskorps, sein angeblich höher gespanntes Ehrgefühl und noch so manche höchst unangenehme Eigenschaften, deren rasche und gründliche Beseitigung eine zwingende Notwendigkeit ist.

In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, wo Soldaten unter dem Druck der Disziplin im einseitigen Interesse des Unternehmertums verwendet werden. Dagegen wendet sich der beantragte Artikel I, der besagt:

Die zum Militärdienst eingezogenen Mannschaften dürfen nicht verwendet werden:

1. zu polizeilichen Zwecken im wirtschaftlichen oder politischen Kampf;
2. als Ersatz für freiziehende oder ausgesperrte Arbeiter.

Gegen die politische Gesinnungsschnüffelei wendet sich der Artikel II:

Den Zivil- und Militärbehörden ist die Auskunftserteilung über die politische oder gewerkschaftliche Gesinnung oder Betätigung der Dienstpflichtigen untersagt.

Endlich verlangt ein Artikel III, eine Abänderung des Militärstrafgesetzbuches, das Vorfälle unter Umständen mit Zuchthaus ahndet, die im Zivilleben ev. mit einer Geldstrafe gesühnt zu werden pflegen. Es wird verlangt, bei einer ganzen Reihe von Straftaten den Begriff der mildernden Umstände in die Strafandrohung einzufügen. Die Straftat des strengen Arrestes soll völlig beseitigt werden, ebenso die Bestimmung, daß ein Soldat zu bestrafen ist, der sich leichtfertig oder nicht auf dem vorgeschriebenen Dienstwege beschwert. Dem § 91 des M. St. G. B. soll als neuer Absatz hinzugefügt werden:

Erfolgt die Beleidigung auf der Stelle in Erwiderung einer vom Vorgesetzten gegen den Untergebenen verübten Beleidigung oder Körperverletzung, so ist sie straflos.

§ 98 erhält folgenden neuen Absatz:

Hat der Untergebene eine ihm vom Vorgesetzten zugefügte Körperverletzung auf der Stelle durch eine Beleidigung oder Körperverletzung erwidert, so ist er straflos.

Nach den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen droht dem Soldaten Zuchthaus oder langjähriges Gefängnis, wenn er dem Vorgesetzten — und sei dies auch nur ein Gefreiter — mit gleicher Münze heimzahlt. Vielleicht, daß die feigen Soldatenhändler etwas vorsichtiger würden, wenn sie wüßten, daß der Soldat auch das Recht hat sich zu wehren.

Diese Anträge sind eigentlich samt und sonders Selbstverständlichkeiten, dennoch werden sie Anlass bieten zu heftigen Kämpfen. Den bürgerlichen Parteien ist aber einmal Gelegenheit geboten, zu zeigen, wie weit ihre so oft betonte Hilfsbereitschaft für die Soldaten geht und wie weit ihr Reformeifer nicht nur Irreführung des Volkes ist.

Politische Uebersicht.

Wahlurnen statt Zigarrenkisten.

Im „Reichsanzeiger“ vom Dienstag wird die Abänderung des Reichstagswahlreglements in nachstehender Fassung bekannt gegeben:

1. § 11 Absatz 2 des Wahlreglements vom 28. Mai 1870 (Bundesgesetzbl. S. 27) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. April 1903 (Reichsgesetzbl. S. 202) erhält die nachstehende Fassung:

In diesen Tisch wird ein verdecktes Gefäß (Wahlurne) zum Hineinlegen der Stimmzettel gestellt. Die Wahlurne muß viereckig sein, im Innern gemessen muß ihre Höhe mindestens 90 Zentimeter und der Abstand jeder Wand von der gegenüberliegenden Wand mindestens 35 Zentimeter betragen. Im Deckel muß die Wahlurne einen Spalt haben, der nicht breiter als 2 Zentimeter sein darf, und durch den die Umschläge mit den Stimmzetteln hineingesteckt werden müssen. Vor dem Beginn der Abstimmung hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß die Wahlurne leer ist. Von da ab bis zur Herausnahme der Umschläge mit den Stimmzetteln nach Schluß der Abstimmung darf die Wahlurne nicht wieder geöffnet werden.

2. Absatz 4 der Anlage B zum Wahlreglement erhält die nachstehende Fassung:

An den Tisch, an welchem der Wahlvorstand Platz nahm, wurde ein viereckiges Gefäß mit Deckel zum Hineinlegen der Stimmzettel (Wahlurne) gestellt. Der Wahlvorstand stellte fest, daß die Höhe der Wahlurne im Innern gemessen, ... Zentimeter der Abstand jeder Wand von der gegenüberliegenden Wand ... Zentimeter und die Breite des Spaltes im Deckel der Urne ... Zentimeter betrug, und schloß die Wahlurne durch Auflegen des Deckels, nachdem er sich überzeugt hatte, daß sie leer war. Die Wahlurne wurde bis zum Schluß der Abstimmung nicht wieder geöffnet.

Hausabund und Wahlreform.

In Gestalt einer Jubiläumstagung zur Feier des 25-jährigen Regierungsjubiläums Wilhelms II. hatte der Hausabund zum Dienstag eine Sitzung des Gesamtausschusses nach Berlin einberufen. Diese Sitzung wurde durch ein Referat des Vorsitzenden des Hausabunds, Geheimrats Rieker, in geschickter Weise dazu benutzt, dem Jubilar eindringlich die Forderungen des Hausabunds zu unterbreiten. Die Rede gipfelte in folgenden Ausführungen:

Einer weiteren günstigen Entwicklung unserer Industrie, unseres Handels und Wohlstandes stehen nicht nur Schwierigkeiten im Ausland im Wege, sondern auch im Innern, die wir überwinden müssen. (Beifall.) Unsere Zukunft ist nur gesichert, wenn es gelingt, den extremen Kräfte, die die Rechte und

Privilegien des Großgrundbesitzers

höher als die gesunde Entwicklung der Gesamtwirtschaft, also höher als das Gemeinwohl schämen, ein Paroli zu bieten. (Stürmischer Beifall.) Diese extremen Elemente sind es, die jeden gesunden Fortschritt, wie er bei der modernen Entwicklung als selbstverständlich erscheinen müßte, ein glattes Bein immer entgegensehen, wenn er ihre Machtstellung im Staate bedroht. (Sehr richtig.) Nicht zufrieden damit, alle einflussreichen Stellen im Staat, am Hof, in den Kreisen der inneren Verwaltung, der Kirchen- und Gutspolizei zu besetzen, nicht zufrieden damit, ihnen so es ab, die Hand zu einer organischen Fortentwicklung des auch für Deutschland wichtigen

preussischen Wahlrechts

zu bieten (Sehr richtig), das in seiner heutigen Gestalt unerträglich und letztlich ein Mittel ist, um alle wirtschaftlich Abhängigen von der Wahlurne fern zu halten. (Wiederholte schärfe Zustimmung.) Hier durch Erzwingung des geheimen und direkten Wahlrechts und durch eine den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen und Forderungen

unserer Stände entsprechende Neueinteilung der Wahlkreise Abhilfe zu schaffen, ist nicht etwa nur das Recht, es ist die Pflicht der Regierung, es ist ein nobile officium des Königs, der eine solche organische Fortbildung des Wahlrechts in feierlicher Form bereits verheißen hat. Neben dieser notwendigen Aenderung ist die Einführung eines gesetzlichen Rechtes vom Gewerbe, Handel und Industrie auf eine angemessene Zahl von Sitzen im preussischen Herrenhause und in den anderen Ersten Kammern nur eine verschwindend kleine Verbesserung des heutigen Zustandes. Aber auch sie würde als ein geeignetes Jubiläumsgeschenk des Königs an sein Volk in unseren Kreisen dankbar aufgenommen werden. (Beifall und stürmischer Beifall.) Der bei weitem

wichtigste Kampf um das direkte und geheime Wahlrecht in Preußen

muß von jedem aufgenommen und fortgeführt werden, der mit uns überzeugt ist, daß ein modernes Staatswesen, zu welchem wir unter dem heutigen Wahlsystem in Preußen nicht gelangen können, alle vorhandenen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kräfte für sich fruchtbar machen muß — alle ohne Unterschied! (Stürmischer Beifall.) Vor der Erreichung dieses Zieles ist der innere Friede, der uns so dringend notwendig ist, und nach dem wahrlich auch wir in erster Linie uns sehnen, nicht möglich.

Der löblichen Worte über den „gesunden Fortschritt“ und das preussische Wahlrecht hat Herr Rieker ja genug gemacht. Leider steht nicht allzuviel dahinter. Denn was forderte der Präsident des Hausabunds? Das geheime und direkte Wahlrecht. Nicht aber auch die Beseitigung oder auch nur Abschwächung des niederträchtigen Dreiklassenwahlrechts. Also nicht einmal ein Wahlrecht, wie das sächsisches Wahlrecht, das doch auch noch ein politisches Skandalosum darstellt. Auch hätte sich Herr Rieker, eine gleichmäßige Neueinteilung der Wahlkreise unter Zugrundelegung der zuletzt ermittelten Bevölkerungsdifferenz zu verlangen. Es ist also nichts als das schwächliche, die Massen in empörender Weise brüskierende nationalliberale Programm, das der Präsident des Hausabunds vertritt.

Ser mit der kürzeren Dienstzeit.

Bei den Verhandlungen über die Heeresvorlage wurden alle Anträge auf Verkürzung der Dienstzeit von der Regierung und von konservativer Seite erbittert bekämpft. Die Herrschaften behaupten, daß zwei resp. drei Jahre zur kriegsmäßigen Ausbildung unbedingt nötig seien. Diese Einwände verstummen aber mit einemmal, wenn es sich darum handelt, den Agrariern aus dem Mannschaftsbestande billige Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. So werden schon jetzt die Landwirte durch die Kmisblätter aufgefordert, möglichst umgehend ihre Anträge auf militärische Erntearbeit zu laubem durch Vermittlung der Landwirtschaftskammern den Truppenkommandos einzureichen. Den Anträgen ist eine Bescheinigung der zuständigen Polizeibehörde beizufügen, daß die Beschaffung von Landarbeitern nicht möglich ist. Gleichzeitig haben sich die Antragsteller schriftlich zu verpflichten, den militärischen Entenslandern den ortsüblichen Tagelohn, freies Logis und freie Kost, sowie freie Hin- und Rückfahrt zu gewähren und auch für etwaige Unfälle voll aufzukommen.

Tausende von Soldaten werden also bald mochenlang auf den Getreidefeldern schweigen und statt des Gewehres die Sense führen oder statt des Maschinengewehres oder des Geschützes die Mähmaschine bedienen. Und das, ohne daß die Schlagfertigkeit des Heeres darunter leidet.

Zentrum und Erbfeind.

Unter der Ueberschrift „Lieb Vaterland, magst ruhig sein!“ registriert das Wormser Zentrumsblatt, die „Wormser Nachrichten“ in seiner Nummer vom Freitag, 8. Juni, einige für sie, sehr erfreuliche Mitteilungen. So erregt es die Freude des frommen Blattes, daß in Toulon ein französischer Torpedobootjäger einen Unfall erlitten hat, indem ein Dampfrohr zerplatzt ist, wodurch die Maschine beschädigt und zwei Matrosen schwer verletzt wurden; außerdem daß in der Pulverfabrik zu Angoulême (Frankreich) es zu Differenzen zwischen Arbeitern und Leitung wegen der mangelnden Schutzvorrichtungen gekommen sei.

Das fromme Christenblatt schließt freudig erregt: Einzelheiten solcher Art können in jedem Land vorkommen. In Frankreich häufen sie sich aber mit solcher Schnelligkeit, daß man bei uns daraus ohne Sorge das angenehme Gefühl schadenfroher Beruhigung herleiten darf!

Abgesehen von der abgrundtiefen Robeit der Gestimmung, die in dieser christlichen Freude über die Unglücksfälle zum Ausdruck kommt, wäre wohl die Frage angebracht, ob dieses „angenehme Gefühl schadenfroher Veruhigung“ das Zentrum nicht veranlassen sollte, gegen die Wehrvorlage zu stimmen. Es kann doch keine Notwendigkeit bestehen, gegen einen so vom Unglück verfolgten „Erbfeind“ weitere hunderttausende Soldaten auf die Beine zu stellen.

Der Tod in der Kaserne.

Wie dem „Berl. Tagebl.“ aus Hanau gemeldet wird, ist die Typhusepidemie, die seit Dezember vorigen Jahres das erste Bataillon des Eisenbahnregiments Nr. 8 heimgesucht hat, erloschen. Gleichwohl sind noch einige Soldaten an Rückfällen und Folgererscheinungen der Krankheit in ärztlicher Behandlung. Einer dieser Kranken, der Pionier Heß von der 1. Kompanie, der am 17. Dezember vorigen Jahres an Typhus erkrankte, ist jetzt, nachdem Wippenfelsentzündung hinzugezreten war, gestorben. Die Typhusepidemie beim 1. Bataillon des Eisenbahnregiments Nr. 8 in Hanau hat somit 23 Todesfälle in Folge gehabt. Es sind insbesamt 19 aktive dienende Soldaten gestorben, ferner vier Reservisten, die nach Ableistung ihrer Uebung beim Truppenteil in ihre Heimat zurückgekehrt und dort erkrankt waren.

Ob man auch zuverlässige Mitteilungen darüber erhalten wird, weshalb die Epidemie so hartnäckig auftreten konnte?

Vor einem neuen Balkankriege?

Ein serbisches Ultimatum.

Belgrad, 10. Juni. Gestern fand ein mehrstündiger Ministerrat statt, an dem auch der serbische Gesandte in Sofia, Spalajkowič, sowie der mit Sonderzug aus Ueßlib eingetroffene Generalstabschef Putnik teilnahmen. Wie verlautet, wurde im Ministerrat der Text einer Note redigiert, durch welche von der bulgarischen Regierung eine bündige Antwort verlangt wird, ob sie der Revision des serbisch-bulgarischen Bündnisvertrages zustimmt, und ob und wann sie die verabschiedete Zusammenkunft der vier Ministerpräsidenten in Saloniki zu beschließen gedenke. Die Note soll durch den Gesandten Spalajkowič der bulgarischen Regierung überreicht werden. Generalstabschef Putnik wurde gestern vom König in einstündiger Audienz empfangen.

Serbische Vorwürfe gegen Bulgarien.

Belgrad, 10. Juni. Die offiziöse „Samoupravno“ bekämpft die Ansprüche Bulgariens auf die strittigen Städte in

Mazedonien, und schreibt u. a.: Bulgarien hat den Krieg offenbar mit dem im voraus festgesetzten Programm begonnen, für sich den Löwenanteil zu behalten. Nachdem nun der Krieg beendet ist, sagen die Bulgaren zu den Serben: Was wir in Thrazien erobert haben, behalten wir auch, das, was ihr in Mazedonien mit dem Schwert in der Hand eingenommen habt, behalten wir aber auch, denn auch das gehört uns. Ihr waret verpflichtet für uns zu kämpfen, wir waren dagegen nicht verpflichtet, für euch zu kämpfen. Das ist bulgarische Gerechtigkeit. Die Bulgaren vergessen ganz, daß, wie der „Temp“ richtig sagt, alles bezahlt werden muß, und daß auch Dienste der Verbündeten, die Gut und Blut opferten, belohnt werden müssen. Die Bulgaren drohen mit den Waffen, vergessen aber, daß sie keine sicheren Aussichten haben, auf diesem Wege zum Ziele zu gelangen. Sie sollten sich die Sache überlegen, weil sie auf diese Weise alle ihre Errungenschaften aufs Spiel setzen. Es ist noch Zeit zur Umkehr. Die Verbündeten werden sich herzlich freuen, sie als angesehenes und mächtiges Glied im Bunde zu wissen.

Das Verhältnis zwischen Rumänien und Bulgarien.

Sofia, 10. Juni. Die Regierung, die mit größter Beschleunigung die Vorarbeiten zur Durchführung des Petersburger Protokolls erledigt hat, vornehmlich weil der Zeitpunkt für die Festsetzung der neuen Grenze am 26. Juli alten Stils abläuft, hat vor einer Woche die bulgarische Regierung verständigt, daß man mit der Durchführung des Protokolls beginnen könne. Die bulgarische Regierung hat bisher nicht mit der gleichen Mitteilung geantwortet. Man befürchtet in möglichen Anreisen aus dieser Verschleppung, aus welchem Grunde sie auch erfolge, Nachteile für die Beziehungen der beiden Königreiche zu einander, denn Rumänien könne sich veranlassen sehen, nach Ablauf des Terms für die Festsetzung der neuen Grenze das nach seiner Ansicht ihm zugehörige Gebiet zu besetzen.

Sofia, 10. Juni. (Meldung des Wiener Tel.-Korr.-Bureaus.) General Paprikow, welcher der Kommission zur Ausführung des Petersburger Protokolls angehört, wird nach Silistria abreisen.

Die Votschakterkonferenz.

London, 9. Juni. Die heutige Sitzung der Votschaktervereinigung dauerte fast 2 1/2 Stunden. Die Votschakter tauschten, wie das Reutersche Bureau erzählt, ihre Anschauungen über die Einzelheiten der Frage eines wirtschaftlichen Zuganges Serbiens zum Adriatischen Meere aus, ohne indessen zu einer Entscheidung zu kommen. Die Votschakter werden diese Anschauungen der Begutachtung ihrer Regierungen unterbreiten.

Das neue bulgarische Kabinett.

Sofia, 10. Juni. (Meldung des Wiener Tel.-Korr.-Büro.) Dr. Danew wurde mit der Kabinettsbildung betraut, er hatte mit mehreren Parteiführern Besprechungen zwecks Bildung eines Kabinetts auf Grundlage einer breiteren Koalition.

Frankreich.

Weitere Erlasse zur politischen Kontrolle der Armee.

Paris, 8. Juni. (Fig. Ver.) In seinem heutigen Zeitartikel in der „Humanité“ teilt Jaurès mit, daß der Kriegsminister außer dem von der „Humanité“ schon veröffentlichten Weisheitsrat über das Verhalten der Offiziere gegenüber der Militärbevölkerung zwei weitere herausgegeben hat. Der erste fordert von den Korpskommandanten die Einteilung der Offiziere in drei Kategorien: 1. solchen, die die Aufregung der Soldaten vorausgesehen und gemeldet haben; 2. solchen, die sie nicht vorausgesehen haben; 3. solchen, die sie vorausgesehen, aber nicht gemeldet haben. — Jaurès bemerkt hierzu: „Eine prächtige Gelegenheit für Angeberei und jesuitische Verleumdung!“

Der andere Erlaß legt den Offizieren die Pflicht auf, die Meinungen der Soldaten zu erforschen und dem Chef zu berichten, was sie über die Meinungen ihrer Mannschaften, über ihre Beziehungen und über die politischen Anschauungen in ihrer Familie erfahren.

Die Tendenz dieser Erlasse spiegelt sich in einem Tagesbefehl des Kommandanten des 5. Korps, General Brochin, wider. Er warnt alle Militärpersonen aufs strengste, in irgendeiner Weise mit einer Manifestation in Verbindung zu kommen. „Der bloße Umstand, sich in einer Ansammlung zu befinden oder selbst passiv einer Manifestation zu folgen, stellt unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein sehr strenges Vergehen gegen die Disziplin dar, das mit der äußersten Strenge geahndet werden würde.“ Weiter werden die Soldaten aufgefordert, auch ihre Kameraden vor dem Befolgen „schlechter Ratschläge“ zu warnen. Im Schlußsatz aber heißt es: „Die Soldaten haben mit ihren Chefs zusammenzuarbeiten, indem sie ihre Vorgesetzten über jede geplante Manifestation unterrichten, die zu ihren Ohren kommt, und sich spontan jedem Angriff auf die Disziplin durch Unterstützung ihrer Chefs bei seiner Unterdrückung widersetzen.“

Ein sozialistischer Zusatzantrag.

Paris, 10. Juni. Der sozialistische Deputierte Dumas brachte zu dem Gesetzentwurf über die dreijährige Dienstzeit folgenden Zusatzantrag ein: 1. Die Soldaten aller Waffengattungen erhalten eine Löhnung von 25 Centimes täglich. 2. Bei ihrer Entlassung erhalten die Soldaten eine Zivildienstbörse und Hofe sowie Leibwäsche und überdies eine Summe von 30 Fr.

Die Beratung des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 10. Juni. In der Deputiertenkammer setzte heute Augagneur seine Rede fort. Er behauptete von neuem, daß der dreijährige Dienst die Kräfte beim ersten Zusammenstoß auch nicht um eine Einheit vermehren werde. Der Berichterstatter Genri Paté unterbrach trotz des Wunsches der äußersten Linken den Redner und protestierte gegen seine Ausführungen. Augagneur fuhr fort, es bestelle ein tatsächlicher Unterschied zwischen Reservisten des ersten und solchen des zweiten Aufgebotes, zwischen Leuten aktiven Dienstes, begünstigt und bereit, moralisch und physisch alle Anstrengungen zu ertrogen, und Leuten des Zivildienstes, die moralische Bedenken hätten und nicht wüßten, ob ihre Familie ihr Auskommen haben werde. Die letzteren würden nicht die nötige Begeisterung besitzen, um vor Ablauf von drei Wochen ins Feuer gehen zu können. Anders zu handeln, wäre Wahnsinn. (Weißall im Zentrum und bei einem Teile der Linken.) Augagneur widerlegte Andre Bessere und versicherte, niemand habe vorgeschlagen, ein Zehntel des Landes preiszugeben und sich weiter rückwärts zu konzentrieren. (Zwischenrufe: Ja, Jaurès!) Dieser jedoch sagte es müsse da ein Irrtum obwalten.

Augagneur warf der Regierung auch heute vor, daß sie die dreijährige Dienstzeit wegen Marokko wolle, wo die Leute ohne ihre Zustimmung an einer mehr kommerziellen Expedition teilnehmen. Augagneur rühmte die Mobilmachung nach Landstrichen und erklärte sich bereit, die im Gesetz als Deckungsgruppen geforderten 247 418 Mann zu bewilligen, hielt es aber dann für unnötig, die Effektivkräfte im Innern des Landes zu erhöhen. Dort würde eine Kompaniestärke von 115 Mann ausreichen. Augagneur meinte, es wäre nur notwendig, dreihunderttausend Mann zu stellen, und es wäre also unnötig, über 210 000 Mann anzufordern. Er sprach sich gegen die dreijährige Dienstzeit aus und sagte, es genüge nicht, für ein Gesetz zu stimmen, das Land müsse es annehmen; das Land sei aber nicht für das Gesetz der dreijährigen Dienstzeit. (Lebhafte Beifall auf der äußersten Linken und bei einem Teil der Linken; Lärm im Zentrum.) Unter dem Beifall der äußersten Linken sprach Augagneur von dem im Lande zu erwartenden Kundgebungen, wenn das Gesetz durchginge.

Sobann erklärte Raiberti, man müsse den Effektivbestand im Frieden erhöhen, um Deutschland die Stütze bieten zu können. Wenn man nicht Angreifer ist, muß man stärker sein als dieser. (Beifall im Zentrum und bei einem Teil der Linken.) Für ihn sei der dreijährige Dienst das Minimum, er kämpfte insbesondere gegen eine Dienstzeit von dreißig Monaten sowie gegen die vorzeitige Entlassung, der die Kommission zustimme. Raiberti trat für eine numerische Überlegenheit ein, die nur durch eine Dienstzeit von fünf Jahren erreicht würde. (Zwischenrufe auf der äußersten Linken.) Redner schloß mit der Erklärung, daß die dreijährige Dienstzeit eine notwendige Maßregel für die Sicherheit des Landes sei. (Beifall im Zentrum und auf verschiedenen Banken.)

Der radikale Abgeordnete General Pechya behauptete, das Gesetz von 1905 habe eine stärkere Armee gegeben als das von 1830, welches wegen seiner Privilegien nur halbe Kontingente lieferte. Redner behauptete, daß das Rekrutierungsgesetz sich noch nicht auf Algier erstreckt.

Portugal.

Bombenattentat bei einer Dichtergedächtnisfeier.

Lissabon, 10. Juni. Die Gedächtnisfeier für den Dichter Camoens, die in der Hauptstadt unter großer Beteiligung gefeiert wird, begann heute mit einem Festzuge, der sich aus mehreren hundert Kindern und jungen Schülern zusammensetzte, die zum Denkmal des Dichters zogen, um dort Blumen niederzuliegen. In dem Augenblick, als der Zug sich die Rue Carmo hinaufbewegte, explodierte auf dem Dom-Pedroplatz eine Bombe, wobei mehrere Personen verletzt wurden; eine Person soll sogar getötet sein. Die Bevölkerung war über den Vorfall erbittert, zerstörte einen Kiosk auf dem Dom-Pedroplatz, in dem sich, wie man sagt, gewisse Anarchisten zu versammeln pflegten. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Lissabon, 10. Juni. Durch die Bombenexplosion wurde der Urheber derselben selbst am Bein verletzt. Man fand ihn auf dem Platze; er erklärte, er habe Selbstmord begehen wollen.

Unter den durch die Bombenexplosion Verwundeten befinden sich vierunddreißig Kinderjährige und ein Kind. Sie wurden alle ins Krankenhaus gebracht. Der mutmaßliche Urheber der Explosion wurde, nachdem man seine Wunde verbunden hatte, verhaftet.

Italien.

Ausnahme des Tierschutzgesetzes.

Rom, den 7. Juni. (Fig. Ver.) Kurz vor Tagesende hat die Kammer endlich das Tierschutzgesetz angenommen, das schon seit fast einem Jahr im Senat durchgegangen war. Das Gesetz, bei dessen Diskussion es zu allen möglichen dummen Wippen kam, verbietet die Benutzung alter und kranker Tiere zur Arbeit, untersagt graufame Schanzstellungen, sowie unnütze Qualereien bei der industriellen Verwertung und bei dem Transport von Tieren. Weiter steht es Strafen für die Blendung von Vögeln zu Jagdzwecken vor und beschränkt die Erlaubnis zum Experiment mit lebendigen Tieren auf die Dozenten und Assistenten der höheren Lehranstalten und auf jene Personen, die vom Ministerium des Innern und dem des Unterrichts die Autorisation einholen. Giolitti hat versichert, daß man bei der Gewährung dieser Autorisation streng vorgehen und die Gewähr verlangen werde, daß es sich wirklich um einen wissenschaftlichen Zweck handelt.

Rußland.

Die Post als Spieglanstalt.

Aus Petersburg wird uns vom 5. Juni geschrieben: Daß die russische Post nicht nur dem Verkehr, sondern der politischen Spieglarbeit im weitesten Sinne des Wortes dient, ist allzu bekannt.

Gleichwohl waren die Ausführungen des Sozialdemokraten Muranow in der heutigen Dumasitzung, die von neuem das heikle Thema betrafen, von hohem Interesse. Denn er entwarf ein Bild aus der jüngsten Zeit. „Allen ist — sagte er — der blühende Zustand des sogenannten schwarzen Kabinetts bekannt, einer speziellen Vorseinrichtung zur Deckung von Briefen und Depeschen zu Zwecken des politischen Geheimdienstes. Diese Arbeit wird laut Anordnung des Polizeidepartements, der Okrana, der Gendarmen, der Gouverneure und verschiedener Spionagevertreter vollzogen. In kleinen Städten werden die Briefe sogar auf Befehl des Landrois eröffnet. Sehr oft sehen die postalischen Inspektoren die Gendarme in Kenntnis davon, wann der Postbote den (verdächtigen) Brief bringen werde, damit die Polizei den Adressaten mit dem corpus delicti fassen kann. In anderen Fällen werden von den Briefen nur Kopien hergestellt, worauf der Adressat unter polizeiliche Aufsicht oder ins Gefängnis kommt.“

Laut den weiteren Mitteilungen Muranows pflegte Trepow sich so wenig um das Briefgeheimnis zu kümmern, daß er auf den eröffneten Briefen einfach seine Befehle erteilte, entweder den Autor zu internieren oder den Adressaten einzusperrn und so lange seiner Freiheit zu berauben, bis er den Briefschreiber genannt habe. Die Kontrolle über die Korrespondenz begnügt sich nicht mit gewöhnlichen Sterblichen sie erstreckt sich auch auf die Vertreter auswärtiger Mächte, auf die Maitresses bekannter Staatsmänner, ja auf diese selbst und das sonstige Publikum in den höchsten Sphären. Als Plehwe ermordet wurde, fand der damalige Polizeidepartementschef Popuchin unter den Papieren des Ministers auch Kopien seiner eigenen Briefe. Plehwe hatte eben den Spionagedienst auf eine bis dahin unerreichte Höhe erhoben und die Befähigung seiner treuesten Diener durchgeföhrt. Alles in der Welt verbüllt kommt sich. Wer weiß, ob auf dem Tisch Makalows nicht genaue Kopien der Briefe Sokolozos zu finden sind? Was Abgeordnetenbriefe anbetrifft, so genierte sich die Spieglabteilung überhaupt nicht mehr; da werden die Briefe häufig genug nach der Durchsicht gar nicht mehr geschlossen und in solchem Zustand den Adressaten angehändigt. Kurzum, meinte der Ankläger zum Schluß, die Postverwaltung hat sich in eine Spieglabteilung der Okrana verwandelt.

Alle diese Beschuldigungen hörte der Generalpostmeister widerspruchlos an und fand auch nicht ein Wort der Erwiderung.

Marokko.

Raisuli gegen die Spanier.

Gibraltar, 10. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Wie berichtet wird, hat Raisuli die spanischen Aufhänger von Argila genommen, es habe mehrere Tote und Verwundete gegeben, drei Kompanien des Regiments Estremadura seien von Algeciras nach Tarach abmarschiert, während die Regimenter in Ceuta Befehle abwarteten.

Parlamentarisches.

Das Kinderjugendgesetz abgelehnt.

Die vom Reichstag eingesetzte Kommission zur Beratung des Gesetzentwurfs über Kinderjugendgesetze hat am Dienstag den Regierungsgesetzentwurf abgelehnt, da der Entwurf von keiner Seite Zustimmung fand. Nachdem bereits in der vorangegangenen Sitzung die Abg. Hüble (Soz.) und Sir (Z.) in längeren sachlichen Ausführungen die Unhaltbarkeit und Undurchführbarkeit des Gesetzes überzeugend nachgewiesen hatten, war sich die Kommission klar geworden, daß vom Boden der Regierungsvorlage aus an ein Zustandekommen des Gesetzes nicht mehr zu denken war. Am Dienstag wurde daher der § 1 der Vorlage abgelehnt und damit war das Jugendgesetz erledigt.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Für den Reichstagswahlkreis Koburg fand die diesjährige Generalversammlung am 8. Juni in Koburg statt. Auf derselben waren 16 Orte des Kreises durch 64 Delegierte vertreten. Aus dem über neun Monate sich erstreckenden Geschäftsbericht ergab sich, daß die Einnahmen und Ausgaben der Organisation mit 2471,74 M. bilanzierten. Der Stand des seit einem Jahre bestehenden, in eigener Druckerei hergestellten Parteiorgans ist ein befriedigender. Das Blatt ist auf über 50 Ortschaften des Kreises verbreitet. Und wenn auch das erste Jahr eine außerordentliche Fülle von Anklagen gegen die verantwortlichen zeichnenden Genossen brachte — es wurden bisher bereits 1200 M. an Kosten und Strafen gezahlt —, so wird das die weitere Entwicklung des Blattes nicht hindern können.

Am Jenaer Parteitag nahm die Generalversammlung folgende Entschlüsse: „Die Reichstagsfraktionsmitglieder sollen verpflichtet sein, bei wichtigen Abstimmungen im Reichstage vollständig anwesend zu sein, damit ähnlichen Vorkommnissen wie bei der Abstimmung über die Vererbung des Reichstagswahlrechts beim Etat des Reichstags vorgebeugt wird.“ — Mit der Haltung der Reichstagsfraktion zu den Wehr- und Deckungsvorlagen erklärte sich die Versammlung einverstanden.

Der erste weimarische Wahlkreis (Weimar-Ilmstedt-Ilmenau) hielt am Sonntag seine Jahresversammlung in Weimar ab. Beschlossen wurde, vom 1. Oktober ab den Wochenbeitrag von 10 Pf. einzuführen. Als Kandidat für die nächsten Reichstagswahlen wurde einstimmig der Abgeordnete Genosse Wandert wieder aufgestellt. Ferner wurden für eine Anzahl Landtagswahlbezirke die Kandidaten für die im Jahre 1916 stattfindenden Landtagswahlen nominiert. Als Delegierter zum Parteitag in Jena wurde Genosse Bede-Weimar gewählt.

Der Kampf um das preußische Wahlrecht.

Die Versammlung, die gestern Abend im Viktoriagarten in Wilmersdorf stattfand und zu der sich die Massen drängten, gestaltete sich zu einem Zusammenstoß proletarischer Kampfbewegungen. Der Referent des Abends, Genosse Dr. Frank-Mannheim, ging von einer ins Herz treffenden Kritik der immerpreußischen Zustände aus, deren Höhe Aufzählung in jedem anständigen Menschen das Blut zum Sieden bringt. Wie lange noch, so fragte er, will das Volk dies ertragen? Zeit ist es, an die Erfüllung des feierlich versprochenen Königswortes zu erinnern, — hier schloß die Versammlung würdig an den unerwarteten Zusammenstoß zwischen dem Volkswillen und dem Regierungs-Zein an, das wenige Stunden vorher im Reichstag zu einem Gewitter geführt hatte. Daß der Massenstreik nötig sein wird, um den Junkertrah zu brechen, darüber waren alle einig. Und das er möglich ist, dafür ließ der Redner die Geschichte Zeugnis ablegen, von dem opferreichen Kampf der Chartisten bis zu der gewaltigen Revolution in Rußland, die die Oesterreicher zur Erringung des gleichen Wahlrechts anfeuernte, und bis zu dem mit so imposanter Disziplin geführten letzten Massenstreik in Belgien. Wenn die Arbeiter wochen- und monatelang um ein paar Pfennige Lohnnachbesserung kämpfen, wie sollten sie nicht für die politische Befreiung, für die Erzwingung des politischen Existenzminimums, der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung das gleiche wagen?! Mit brausendem Jubel beendeten die Versammelten, wie ihnen Frank aus dem Herzen gesprochen, und unausgesetzt koste der Beifall um seine Worte.

Die Diskussion eröffnete Genossin Rosa Luxemburg. Sie sprach von einem Widerspruch zwischen der Politik der bawischen Partei und der Massenstreikrede Franks. Genossin Reichstagsabgeordneter Dr. Weill als Genosse Dr. Breitfeld und manche andere Redner, auch nichtsozialdemokratische, lehten dieses Beginnen ab, und die Versammlung verpflichtete ihnen bei. Im Schlußwort führte Frank aus, daß ein solcher Widerspruch ihm nicht zum Vorwurf gemacht werden könnte, der dem Beginn seiner politischen Tätigkeit an den Massenstreik zur Erringung des preußischen freien Wahlrechts für unerlässlich gehalten hat.

Somit kam in der Diskussion nichts Bemerkenswertes vor, und einiges wäre besser nicht gesprochen worden — aber den mächtigen Eindruck der Volkshandlung für die Entschlossenheit, wenn es sein muß, zum letzten und stärksten Mittel zu greifen, konnte das alles nicht beeinträchtigen.

Die Wilmersdorfer Versammlung war ein eindrucksvolles Renetel für die Ruhestörer des Schandwahlrechts; sie war eine recht würdige Eröffnung der neuen Legislaturperiode des preußischen Landtags, für den man nach jüngstem Berliner Richter-spruch Verzeihungen nicht mehr gebrauchen darf, die ein die „Auregzeitung“ auf ihn gemünzt hat.

Unter brausenden Hochrufen auf das demokratische Wahlrecht in Preußen ging die Massenversammlung auseinander. Es lebe der Wahlrechtskampf, es lebe der Wahlrechtsstreik!

Letzte Nachrichten.

Bulgarien trotz den serbischen Ansprüchen.

Sofia, 10. Juni. (W. T. B.) Das Regierungsorgan „Mir“ sagt in einer Besprechung der Haltung Serbiens: Die Serben suchen den Krieg. Unter diesen Umständen bleibt für Bulgarien ein Mittelweg nicht mehr übrig. Die bulgarische Regierung muß unverzüglich die Räumung der Gebiete der nichtbestrittenen Zone verlangen und muß bis zur Fällung eines Schiedspruches in alle Entscheidungen der bestrittenen Zone Truppen entsenden, die den serbischen an Zahl entsprechen.

Reichstag.

158. Sitzung. Dienstag, den 10. Juni 1913, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Heeringen.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Anfragen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß vor einigen Tagen der Bergmann Ignaz Jakubik aus Wylowitz, ein deutscher Staatsangehöriger, in dem russischen Grenzort Kiska von den russischen Behörden verhaftet und wegen der von ihm für den oberchlesischen Bergarbeiterstreik betriebenen Agitation im administrativen Wege — angeblich zu lebenslänglicher Zwangsarbeit (Katorga) — verurteilt worden ist?

Was hat der Herr Reichskanzler bisher zum Schutze dieses deutschen Staatsangehörigen dagegen getan?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler in dieser Angelegenheit weiter zu tun?

Gedemnat Lense: Das Auswärtige Amt hat von der Verhaftung des erwähnten preussischen Staatsangehörigen erst Kenntnis erhalten, als ihm die Anfrage zugeht. Es sind sofort durch den preussischen Grenzkommissar und den kaiserlichen Generalkonsul in Warschau nähere Erkundigungen über den Vorfall eingezogen worden. Nach dem telegraphischen Bericht hat der Bergarbeiter Jakubik gegen eine russische Verurteilung verstanden, indem er in Russland Gelder zu Streitzwecken sammelte. Infolgedessen ist er in dem russischen Grenzort verhaftet und es ist ein Verfahren gegen ihn eingeleitet worden, das voraussichtlich in den nächsten Tagen zum Abschluß kommt und keine anderen Folgen als die Ausweisung haben wird. Für möglichste Beschleunigung des Verfahrens ist Sorge getragen.

Abg. Dr. Haegy (Eis.): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß unter dem Namen „Rakowin“ in jüngster Zeit ein Produkt in den Verkehr gebracht worden ist, welches sich als eine täuschende Nachahmung von Wein darstellt. Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese Verfälschung der Konsumenten und schwere Gefährdung des Weinbaues und des realen Weinhandels zu tun?

Direktor v. Jonquieres: Es ist in letzter Zeit bekannt geworden, daß Mißbrauch mit einem derartigen Getränk getrieben worden ist. Verurteilungen wegen Verfälschung von Wein haben in mehreren Fällen stattgefunden. Die Frage, ob besondere Maßnahmen zum Schutze des Weinhandels notwendig sind, beschäftigt die maßgebenden Stellen.

Es folgt die

zweite Beratung der Wehrvorlage.

Bei der Debatte über Artikel I werden die von der Kommission beschlossenen Resolutionen mit zur Diskussion gestellt. Nur die Resolutionen über die Militärjustiz sollen später gefordert verhandelt werden.

Die Sozialdemokraten beantragen: Den von der Kommission eingesetzten § 3a: „Die Mannschaften des Verurlaubtenstandes werden, soweit militärische und wirtschaftliche Gründe es gestatten, nur in den Wintermonaten zu Übungen einberufen“ hinzuzufügen: „Die Übungen müssen so gelegt werden, daß die Einberufenen die Möglichkeit haben, an den Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen teilzunehmen“.

Ferner folgenden Artikel 1a einzufügen: „Während der Dauer der Dienstpflicht im stehenden Heere sind die Mannschaften ein Jahr zum ununterbrochenen Dienst bei den Fahnen verpflichtet.“

Diese Bestimmung tritt vom 1. Oktober 1915 ab in Kraft.“

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages den Artikel 1a zu fassen: „Die Bestimmungen der Reichsmilitärstrafgesetze, welche die besonderen Vorrechte der Einjährig-Freiwilligen in der Ableistung der Dienstpflicht betreffen, werden mit Inkrafttreten dieses Gesetzes aufgehoben.“

Endlich als Artikel 1b einzufügen: „Die zum Militärdienst einzuziehenden Mannschaften dürfen nicht zu häuslichen Dienstleistungen verwendet werden.“

Abg. Noße (Soz.):

Das Vorspiel, das gestern der zweiten Beratung der Wehrvorlage voranging, war doch sehr lehrreich. Der Chor der Patrioten, die gern Laufen bewilligen, wenn das Volk sie trägt, und die sich noch lieber selbst Vorteil verschaffen, gehört ja Klassen an, die seit Jahrhunderten die Fähigkeit zum Zusammenrücken ausgebildet haben. Aber ihr Patriotismus gerät in Wanken bei dem Gedanken, sie könnten genötigt werden, selbst zu zahlen. Die Vertreter der Parteien, die gestern hier aufgetreten sind, haben angeblich bis in die neueste Zeit hinein geglaubt, es drohen dem Reich große Gefahren, wenn nicht schleunigst eine gewaltige Heeresvermehrung vorgenommen wird. Dieser Glaube scheint in dem Augenblick im Schwinden, wenn nur eine ganz geringe

Gefahr für ihren Geldbeutel

austaucht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten meinen, daß die von den bürgerlichen Parteien und der Regierung angenommene Gefahr für das Reich nicht besteht und nicht bestanden hat, wir behaupten, daß alle Voraussetzungen, von denen die Regierung bei der Einbringung der Heeresvorlage ausging, teils von vornherein unrichtig waren, teils jetzt nicht mehr zutreffend sind. In den letzten Monaten ist die politische Lage hier ja wiederholt geschildert worden, und man hat sich dabei recht gründlich auf das Graulichmachen verstanden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein erster wirklicher Grund zum Kriege zwischen großen europäischen Kulturnationen hat tatsächlich nicht bestanden. Nur Treibereien und Hysterie von Interessenten an Kriegen waren vorhanden, und diese haben teilweise einen hohen Grad von Verunreinigung geschaffen. Diese Verunreinigung ist aber abgeflaut, weil man durch eine Reihe von Feststellungen in den letzten Monaten die wahren Ursachen der Treibereien der Kriegerinteressenten hat darlegen können. Jetzt liegt kein Grund vor, eine Heeresvermehrung vorzunehmen. Es ist nicht wahr, daß Deutschland Sicherheit bedroht ist. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir können blicken, wohin wir wollen, von politischen Gewitterwolken sehen wir nichts mehr, vielmehr hängt, wie der Augenchein zeigt, für die Regierenden der großen Länder der Himmel voller Geigen. Bei rauschenden Festen, die mit geradezu verschwenkerischer Pracht gefeiert wurden (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) während Hunderttausende nicht satt zu essen haben, haben wir die Herrscher der bedeutendsten Völker als Gäste. Wir Sozialdemokraten überschätzen gewiß nicht die Bedeutung von Firtendebatten. Daß aber eine politische Spannung nicht besteht, hat der Besuch des Königs von England und des russischen Zaren erwiesen.

In der Begründung der Heeresvorlage steht der Satz: „durch die Ereignisse, die sich auf dem Balkan abgepielt haben, sind die europäischen Machtverhältnisse verschoben worden“. Wichtig ist nur, daß auf dem Balkan selbst die Machtverhältnisse recht erheblich sich verschoben haben. Eine verringerte Sicherheit Deutschlands ist daraus aber nicht hervorgegangen. Die Türkei ist niedergeworfen. Aber wir haben niemals bei Vespredung der äußeren Lage hier gehört, wie weit denn die militärische Stärke der Türkei in Rechnung gestellt würde, wenn mit kriegerischen Auseinandersetzungen der Völker Europas gerechnet würde. Nur bei einem deutsch-englischen Kriege hätte die Türkei als Faktor in Rechnung gestellt werden können. Mit dieser Möglichkeit wird aber bei dieser Heeresvorlage unsertreulich nicht gerechnet. Wir Sozialdemokraten weisen auch bei dieser Gelegenheit mit Bestimmtheit darauf hin, daß wir bei der

Abmahnung freundschaftlicher Verhältnisse zwischen England und Deutschland,

die die stärkste Friedensgarantie bieten, mitgewirkt haben. Wir haben keine Veranlassung, den Reichskanzler zu rüfen. Aber daß er sich für die Verbesserung der deutsch-englischen Verhältnisse eingesetzt hat, erkennen wir gerne an. Das höchste Ausmaß, das das Betrüben zwischen Deutschland und England nicht bis zum Weißbluten beider Länder fortgesetzt werden soll, scheint gewissen Leuten in Deutschland wider den Strich zu gehen. Den Anlaß zu neuen Forderungen hat eine Bemerkung des englischen Marineministers gegeben, wonach die drei Schiffe, die Kanada nicht bauen will, England selbst bauen zu wollen scheint. Deshalb Peter und Nordio Aber man muß doch im Auge behalten, daß schon vor Monaten bei der Feststellung eines festen Verhältnisses zwischen den Kriegsschiffen Englands und Deutschlands diese drei kanadischen Schiffe mitgerechnet wurden. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die deutsche Politik England gegenüber friedliebend ist, und allerdings würde die Position der Friedensfreunde noch verstärkt werden, wenn die englische Regierung auf diese drei Schiffe verzichtete würde.

Bei der Niederschrift des oben zitierten Satzes in der Begründung ist man offenbar von der Voraussetzung ausgegangen, die siegreichen Balkanstaaten würden in irgend einem beliebigen Moment die Front wechseln und sich nach Norden wenden. Dabei ist doch zu beachten, daß sie sich durch den Krieg außerordentlich geschwächt haben. Deshalb sind die Ausführungen des Reichskanzlers, die er bei der ersten Lesung der Vorlage über die vom Slaventum drohenden Gefahren gemacht hat, absolut gegenstandslos. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Annahme, daß die Verbündeten für alle Zeiten wie ein Mann zusammenstehen werden (Festigkeit), hat sich als absolut irrig erwiesen. Dabei ist es nicht wahr, daß Oesterreichs Kräfte durch die Balkanstaaten gestärkt sind. Ich hoffe, daß die Kriegslust, die auf dem Balkan abermals droht, nicht entzündet wird. Aber auch in diesem Falle werden die Gegensätze zwischen den Balkanstaaten weiter bestehen bleiben, neue nationale Differenzen werden sich aufbauen, so daß gar keine Rede davon sein kann, daß Oesterreichs Kräfte gestärkt werden. Daß mit einer Kriegsgefahr in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist, geben selbst jetzt die Offiziere zu. In der Zeit zwischen der Einbringung der Wehrvorlage und dem Beginn der Beratungen in der Kommission hat ihre Begründung eine vollständig veränderte Gestalt bekommen, eine totale Frontänderung hat sich innerhalb dieser wenigen Wochen vollzogen; nicht mehr im Süden, auf dem Balkan, stand jetzt der Hauptfeind, sondern es wurde nunmehr darauf hingewiesen, daß die Hauptgefahr vom Osten droht. Freilich gilt in Russland als oberstes Gesetz der Wille des Zaren. Aber der Kaiser und der Zar haben sich erst kürzlich in Berlin in den Armen gelegen und haben als zärtliche Verwandte herzliche Küsse ausgetauscht. Es ist ja richtig, daß große Massen Soldaten aufgeboden worden sind, als der Zar kam. Aber sie wurden nicht zur Abwehr russischer Heere aufgeboden, sondern in dichten Scharen haben sie die Berliner Straßen besetzen müssen, um den Zaren zu bewahren vor dem Ausdruck der wahren Gefühle des Volkes. Für diesen Zweck, für den Schutz des Zaren, hat sich die preussische Garde nicht ganz ausreißend erwiesen. Daß die Gefühle für den Zaren sich nicht sehr rasch wandeln werden, dafür bürgt die starke revolutionäre Stimmung breiter Volksmassen auch in Russland. Auch von dort droht deshalb keine Kriegsgefahr. Da man das hat einsehen müssen, so hat man noch einmal einen Frontwechsel vorgenommen und nun heißt es: die größte Gefahr droht von Westen her. Gründe dafür sind wohl die Brombeeren. Der politische Himmel hätte sich immer mehr, aber um die ungenügenden Forderungen dem Reichstage einermöglichen plausibel erscheinen zu lassen, mußte die Regierung so tun, als ob der Krieg jeden Augenblick hereinbrechen konnte. Als wir in der Kommission an die zweite Lesung der Vorlage herangingen, redete der Kriegeminister so, als wenn die politische Situation sich auf das äußerste verschlechtert hätte. Daß die deutschen Rüstungen Gegenmaßnahmen in Frankreich und Russland hervorgerufen würden, war doch als selbstverständlich vorauszusetzen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die deutsche Regierung kann unmöglich so naiv gewesen sein, daß sie annahm, die Heeresvermehrung in Deutschland werde ohne militärische Wirkung in Frankreich und Russland bleiben. In Frankreich hat die deutsche Heeresvermehrung ein wahres Rüstungsfever hervorgerufen. Es tritt das ein, was wir Sozialdemokraten immer betont haben, daß letzten Endes eine nennenswerte Verschlebung der Rüstungen der Staaten doch nicht eintreten kann. Eine Verbesserung der deutschen Rüstung wird auch durch diese Vorlage, falls sie angenommen wird, nicht herbeigeführt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man hat, um diese

ungeheuerlichste aller Rüstungsvermehrungen

zu begründen, uns in den letzten Monaten alles mögliche erzählt von den angeblichen chauvinistischen Reaktionen in Frankreich. Man hat uns Schauergerichten aufstischen wollen von allen möglichen schwarzen Plänen der Franzosen. Wer hören und sehen will, muß sich jetzt darüber klar sein, daß das Volk in Frankreich lediglich von banger Sorge erfüllt ist vor der deutschen Angriffsfront. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß diese Sorge ungerechtfertig ist, ändert an der Tatsache nichts, daß sie in breiten Kreisen des französischen Volkes vorhanden ist. Die geplante Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit ist lediglich eine Abwehrmaßregel Frankreichs.

Vor dem Aufstehen unserer Rüstungspläne ist lediglich theoretisch von der Stärke der dreijährigen Dienstzeit für die reitende Truppe die Rede gewesen, aber niemals für die Infanterie. Ich behaupte, daß kein französischer Minister es hätte wagen dürfen, dem französischen Volke die dreijährige Dienstzeit wieder anzumuten, wenn nicht die deutsche Heeresvorlage gekommen wäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Millerand vielleicht einen solchen Plan gehabt haben sollte, so war doch an die Möglichkeit der Durchführung nicht zu denken. Diejenigen, die in Frankreich in den letzten Monaten mit besonderem Eifer für die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit sich ins Zeug gelegt haben, haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie es nur deshalb tun, weil sie die Sicherheit ihres Landes gefährdet glauben durch die kolossale Vermehrung des deutschen Heeres. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und wir dürfen uns darüber allerdings keinen Illusionen hingeben, daß der französische Chauvinismus eine kolossale Werkartur erfahren wird, wenn die Heeresvorlage in Deutschland angenommen und die dreijährige Dienstzeit in Frankreich wieder eingeführt wird. Noch vor einem halben Jahre hätte kein Mensch an die Möglichkeit einer solchen Heeresvermehrung in Deutschland gedacht. Ich erinnere mich noch sehr genau der Serbiabläffung, die auch in der gesamten bürgerlichen Presse herrschte, als die Regierung mit dieser Heeresvorlage an die Öffentlichkeit kam, an die sich die bürgerlichen Parteien jetzt so rasch gewöhnen haben. In Frankreich kann aus dem Volke kein Mann mehr als Restat herausgeholt werden. Deshalb ist es verständlich, wenn man in manchen Kreisen in Frankreich von Sorge erfüllt war, und deshalb hat die deutsche Regierung und die bürgerlichen Parteien, die sich hinter sie stellen, die Verantwortung zu tragen, wenn jetzt in Frankreich die dreijährige Dienstzeit eingeführt wird und der zweite Jahrgang einbehalten wird. Ist diese Einbehaltung etwa von den Volksmassen in Frankreich mit überschwänglicher patriotischer Begeisterung begrüßt worden, getragen von gar nicht niederzueingewandter Angriffsfront gegen Deutschland? Nein, breite Massen des Volkes wehren sich

in heller Aufsehnung und Entrüstung

gegen die Zumutung einer so kolossalen Vermehrung der persönlichen Lasten. Mit bewundernswürdiger Energie bekämpft die französische Sozialdemokratie ebenso wie die deutsche die Rüstungspläne der französischen Regierung. Die Einbehaltung des zweiten Jahrgangs hat eine außerordentlich lebhaft und einflussvolle Protestbewegung gezeitigt, die nicht einmal vor den Kavernentoren Halt gemacht hat. (Lebhaftes Sehr richtig! und Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Um so unbegreiflicher ist es, daß angesichts dieser Stimmungen in Frankreich nicht nur die bürgerlichen Parteien an der Rüstungsvorlage nahezu unverändert festhalten sollen, sondern daß die Nationalliberalen sogar die geringe Streichung, die in der Kommission bei der Kavallerie erfolgt ist, wieder rückgängig machen wollen. Dabei hat noch in den letzten Tagen die „Nationalzeitung“ selbst geschrieben, daß von einer kriegerischen Gefahr von der Westgrenze her gar keine Rede sein könne. (Hört! hört! bei den Soz.)

Daß lediglich die deutsche Regierung den Anlaß zu den neuen Rüstungen in Frankreich gegeben hat, hat erst in allerletzter Zeit das französische offizielle Organ, der „Temps“, bestätigt. Und bei den Debatten in der französischen Kammer über die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit ist eine Friedensversicherung der anderen gefolgt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wat hat ausdrücklich betont,

Frankreich träume von keinem Angriff,

es sei friedlich, obgleich es Elsaß-Lothringen nicht vergessen habe. Das ist aber auch alles, was man in Deutschland wünschen kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Konstatierung der Tatsache, daß die Franzosen keine Rebanchen haben wollen, muß uns genügen. Daß sie Elsaß-Lothringen nicht vergessen wollen, daraus kann ihnen auch der entgegnerische Deutsche keinen Vorwurf machen. Der Herr Kriegminister meinte in der Kommission, das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich könne dann eine Verbesserung erfahren, wenn Frankreich die Annexion Elsaß-Lothringens als etwas Unabänderliches hinnehmen würde. Aber die Forderung einer solchen ausdrücklichen offiziellen Erklärung, die ja doch nur eine wertlose Formsache wäre, würde nichts als eine neue Demütigung bedeuten. Man versteht es ja sonst, auf offizielle Erklärungen Verzicht zu leisten. Haben wir doch bisher nichts davon gehört, daß die Cumberlander einen regelrechten Verzicht auf Hannover ausgesprochen hätten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir sollten doch die Verbesserung der Beziehungen zwischen zwei Ländern nicht davon abhängig sein lassen, ob die Herrscher heiratsfähige Kinder haben.

Wenn man die Stimmung in Frankreich richtig beurteilen will, darf man auch die Tatsache nicht unerwähnt lassen, daß eine große Anzahl französischer Parlamentarier zu der Verständigungskonferenz in Bern gekommen sind. Ueber die Berner Zusammenkunft ist in einem Teil der bürgerlichen Presse geredet worden. Daran sind wir Sozialdemokraten ja gewöhnt, daß neuauftauchende Ideen verhöhnt und verspottet werden. Aber trotzdem sind wir sehr überzeugt, daß wenn es sich bei der Berner Zusammenkunft auch nur um den ersten Versuch handelte, eine solche Verständigung zwischen den beiden Kulturnationen doch einmal herbeigeführt werden muß. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Das Zentrum, die Partei, die so besonders für die Hochhaltung christlicher Grundsätze eintritt, hat sich vollständig ablenzend gegen den Versuch gehalten, zwei so hervorragende Kulturvölker, wie Deutschland und Frankreich, einander näher zu bringen. Nur ein Zentrumsgabgeordneter hat wenigstens christlich die Gedanken der Berner Konferenz gutgeheißen, zwei andere Herren, die ihr Erscheinen zugesagt hatten, haben dann

nach der Pfeife der Fraktionsleitung getan

und sind ohne Angabe von Gründen einfach weggeblieben. Auf jeden Fall ist die Tatsache zu konstatieren, daß weder das französische noch das deutsche Volk den Krieg wünscht. Es kann ja auch gar nicht anders sein. Weder der französische noch der deutsche Bauer, kleine Geschäftsmann oder Rentner hat irgend einen Vorteil von einem Kriege, noch viel weniger natürlich die Arbeiter. Die breiten Volksmassen sind es, die die großen Opfer finanzieller und persönlicher Art bei einem Kriege bringen müssen. Welches waren denn die unmittelbaren Folgen der Siege von 1870/71 für die Massen des deutschen Proletariats? Große Blutopfer der Proletarier auf dem Schlachtfeld, Hunger und Arbeitslosigkeit derer, die zu Hause geblieben waren. Die Offiziere, die heimkamen, wurden mit Orden bedacht und hatten reiches Advancement, den Generalen hat man hohe Dekorationen bezahlt, den Gemeinen und Rekrutisten, die mit heißen Knochen heimkamen, hat man den Dank des Vaterlandes ausgesprochen, wovon sie bekanntlich nicht satt werden konnten. Und eine weitere Folge war dann der Scland, daß man jahrzehntelang die Veteranen des Krieges hat bittere Not leiden lassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie langer Anstrengungen bedurfte es, bis das wirtschaftlich sehr aufblühende Deutsche Reich sich dazu entschloß, nur ein paar lumpige Millionen für die Veteranen bereitzustellen, und noch heute gibt es eine ganze Anzahl solcher Veteranen, die in den Belagerungsgräben von Metz, Strasbourg und Paris sich den Keim ihrer späteren Invalidität geholt haben, die bittere Not leiden und für die das mächtige Deutsche Reich, das jetzt mehrere Milliarden für neue Rüstungen bereit hat, nicht Geld genug hat, um den bitteren Nummer von ihren Türen fernzubalzen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Man verweist immer auf den großen wirtschaftlichen Aufschwung nach dem Kriege 1870, um zu beweisen, welches Interesse der Arbeiter an der Heeresvermehrung hätte. Gewiß hat die Vereinbringung der 4 Milliarden Kriegsgelderte zur Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung nicht unwesentlich beigetragen. Aber als dann die deutsche Arbeiterklasse daranging, einen Teil des Segens für sich herauszuholen, der durch die wirtschaftliche Entwicklung den deutschen Kapitalisten zuzufloß, hat man sie 12 Jahre lang unter die Fackel des sandalösen Ausnahmengesetzes gestellt (Bestimmung bei den Sozialdemokraten), damit den Kapitalisten die Früchte der Siege möglichst ungehindert erhalten würden.

Als wir die Beratung der Heeresvorlage begannen, haben die Sozialdemokraten sehr eindringlich von der deutschen Diplomatie und Regierung gefordert, man möge mit Frankreich in Verhandlungen eintreten über ein Abkommen, wodurch diese kolossale Rüstungsvermehrung vermieden werden könnte. Es muß das deutsche Volk zu heller Empörung aufstehen lassen, daß wir nichts davon gehört haben, daß die deutsche Diplomatie auch nur einen bescheidenen Versuch nach dieser Richtung gemacht hätte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es hätte doch wenigstens die Möglichkeit vorgelegen, die Rüstungsvorlage in beiden Ländern auf ein Jahr zurückzustellen. Schon das hätte außerordentlich viel zur Verbesserung des Verhältnisses beigetragen. Aber es ist nichts geschehen. Ich habe nie ein niederträchtigeres Gefühl gehabt, als an dem Tage, wo in der Kommission auf unsere wiederholten Anfragen, was die deutsche Diplomatie bisher getan habe, um eine solche Verständigung herbeizuführen, der Staatssekretär kein Wort geantwortet hat und in einer geradezu

erbarmungswürdigen Döfligkeit

da sah oder doch diese Döfligkeit vorzutauschen suchte. An dem Tage habe ich mir die Frage wieder vorgelegt, was denn von dem Gerede zu halten ist, daß unter den jungen Leuten, die sich dem diplomatischen Dienst widmen, eine sorgfältige Auswahl stattfindet. Was können denn Leute leisten, wenn sie die wichtige Frage, wie Europa die Rüstungslast sich erleichtern soll, nicht angucken und weiter zu bringen verstehen. Daß Deutschland an den ersten Schritt tun könnte, darüber ist gar nicht zu diskutieren.

Deutschland war der Sieger, es ist der stärkere und würde sich nicht damit begnügen, denn in Frankreich würde ein solcher Schritt ein starkes Echo finden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokr.)

Ich habe nicht die geringste Hoffnung, daß die deutsche Regierung einen solchen Versuch machen wird. Wir erleben immer wieder, daß sie sich bei jeder Gelegenheit in das ungünstigste Licht setzt. Auf das Verlangen nach Verhandlungen mit England ist sie nicht eingegangen. Ich lasse ganz unerörtert, was bei solchen Verhandlungen herausgekommen wäre. Aber es hat den scheinlichsten Eindruck gemacht, daß sie

von vornehmer Verhandlungen ablehnte.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie anders handelt der amerikanische Präsident. Aber auch bei dieser Gelegenheit hört man wohl, daß Italien, Argentinien, selbst Rußland, zustimmende Antworten gegeben haben, nur von der deutschen Regierung hört man wieder nichts. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn sie keine Neigung zeigt oder sich die Fähigkeit nicht zutraut, darauf hinzuwirken, daß die rasenden Rüstungstreiber zwischen Deutschland und Frankreich bestänig werden, so sollte der Reichstag von der Regierung bestimmte Erklärungen fordern und die Beratungen über die Wehrvorlage solange aussetzen, bis die Regierung sich bereit erklärt, diese ungeheuerliche Belastung von dem Volke fernzuhalten und dazu beizutragen, daß bessere Beziehungen zwischen den Kulturvölkern Platz greifen. Wenn die Regierung solche Erklärung nicht abgibt, müßte der Reichstag die Vorlage ablehnen; dadurch würde dem Frieden am besten gedient. (Rebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Reichstag sich zu dem großzügigen Beschluß aufraffen würde, die Beratung der Vorlage auszusetzen, so würde die Sicherheit des Reichs nicht gefährdet sein. Wir würden vielmehr erreichen, daß auch in Frankreich die dreijährige Dienstzeit nicht eingeführt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich beklage es auf das tiefste, daß die bürgerliche Wehrzeit sich zu einem so vernünftigen Standpunkt nicht aufraffen wird.

Ich wende mich nun zu den

Einselheiten der Vorlage.

Es ist bemerkenswert, daß die Verbündeten des Deutschen Reichs der angeblichen Kräftevermehrung der Mächte nicht im gleichen Maße Rechnung tragen wie die deutsche Regierung es tun wird. Oesterreich denkt gar nicht daran, seine Rüstung seiner Volkszahl entsprechend auf denselben Umfang zu bringen, es müßte sonst sein Heer von dem Bestande von 893 000 auf 600 000 Mann bringen, also um 293 000 vermehren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch seine finanzielle Belastung müßte es von einer halben Milliarde Mark jährlich auf 800 Millionen Mark steigern. In Deutschland soll pro Kopf der Bevölkerung 24 M. für das Heer ausgegeben werden, in Oesterreich sind es nur 11,9 M. und legt man die Einkünfte Oesterreichs zugrunde, gegenüber denen Deutschlands, so müßten mindestens 19 M. auf den Kopf der Bevölkerung entfallen. Aber die österreichische Regierung denkt an eine so kolossale Steigerung der Ausgaben nicht, sie schätzt die internationale Lage als Gefährdung ihrer Grenzen bei weitem nicht so hoch ein wie die deutsche Regierung.

Wenn ich namens der Sozialdemokratie und damit namens des dritten Teiles der gesamten Wählerschaft des Reichs gegen die Forderungen der Regierung Stellung nehme, glaube ich es nicht notwendig zu haben, über die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratie zur Wehrfrage selbst auch nur ein Wort zu sagen. Gegenüber den böswilligen Verworfungen, wie wollten das Vaterland wehrlos machen, verweise ich kurz auf die Forderung unseres Programms: „Erziehung des Volkes zur Wehrhaftigkeit“. Mit dieser Programmforderung sind wir von jeher viel weiter gegangen, als irgendeine bürgerliche Partei. Mit Recht können wir den Spieß umdrehen und sagen, die Regierung und die bürgerlichen Parteien haben sich fortgesetzt auf das schlimmste an der Wehrhaftigkeit des Volkes veründigt. (Rebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt erst werden bescheidene Versuche mit der Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit gemacht. Die allergrößte Verurteilung gegen die Wehrhaftigkeit des Volkes ist die

Rückständigkeit auf sozialpolitischem Gebiete.

(Rebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann mir kaum eine schwerere Anklage gegen die bestehenden Zustände, gegen die Untätigkeit der Regierung, gegen die Unterlassungssünden der Regierung denken, als die Tatsache, daß ein so großer Prozentsatz 20jähriger junger Leute für den Militärdienst nicht taugt. Normalerweise müßte doch jeder junge Mann die für den Militärdienst erforderliche Tüchtigkeit haben. Statt dessen muß etwa die Hälfte als untauglich ausgeschlossen werden. (Rebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Tauglichkeitsverhältnisse sollen sich ja jetzt, in dem Augenblick, wo mehr Rekruten herangezogen werden sollen, in verblüffender Weise gehoben haben. Aber selbst bei der geforderten Mehrerhebung rechnet man auch in Zukunft noch mit 42 Proz. aller jungen Leute als körperlich untauglich für den Heeresdienst. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese skandalöse Tatsache ist darauf zurückzuführen, daß eine große Menge der selbstverständlichen sozialen Reformen trotz unseres Drängens gar nicht oder nur ungenügend in Angriff genommen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die miserablen Wohnungsverhältnisse hemmen die körperliche Entwicklung unserer Jugend. Vergeblich fordern wir seit Jahrzehnten einen vermehrten Nahrungszug, Frauen, die von der Hungerpeitsche getrieben, bis kurz vor der Niederkunft und gleich wieder nach der Niederkunft der Arbeit nachgehen müssen, können nicht gesunde Kinder zur Welt bringen, und können gesunde Kinder nicht zu gesunden Männern heranreifen. (Rebhaftes Sehr richtig!) Ganz ungenügend wird unsere Jugend in jungen Jahren gegen die kapitalistische Ausbeutung geschützt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Herz im Leibe ist wie weh, als in den Osterferien in meiner Heimatstadt sah, wie die vierzehnjährigen aus der Schule entlassenen Burschen in die Fabriken gesteckt werden, um dort Ausbeutungsobjekte zu sein. Die jungen Burschen, die körperlich nur kümmerlich entwickelt sind, müssen jetzt in die Zreitmühle der Fabrik, wo sie allen mörderischen Gefahren ausgesetzt werden, statt daß sie in freier Luft sich ergehen könnten und ausreichende Ernährung hätten. Wie diese jungen Burschen zu Militärtauglichen heranreifen sollten, ist nicht abzusehen. In den Rekrutierungsziffern haben wir die Quittung über die Verurteilungen an der proletarischen Jugend. (Rebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die mangelhafte körperliche Entwicklung unseres Volkes ist zu einem erheblichen Teil auch darauf zurückzuführen, daß die systematisch darauf hingearbeitet haben, daß breite Teile des Volkes sich nur ganz ungenügend ernähren können. (Rebhaftes Sehr wahr!) Wie wollen Sie sich als Hüter der Wehrhaftigkeit aufspielen, wenn Sie in der Weise

Raubbau an der Jugend

treiben! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Kampf der Sozialdemokratie für soziale Reform, gegen den Lebensmittelpreisanstieg, für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, hat mehr zur Wehrhaftigkeit beigetragen, als alles, was die bürgerlichen Parteien getan haben. Auch gegen unsere Bemühungen, die Jugend körperlich tüchtig zu machen, verständig sich fortgesetzt die Regierung und ihre Organe. Die Arbeiterturnvereine werden drangsaliiert und schikaniiert. Das gehört ja zu den hervorragenden Kampfmethoden bürgerlicher Stadtverwaltungen, den Arbeiterturnvereinen die Turnhallen und städtischen Spielplätze zu verweigern. Wir Sozialdemokraten verlangen die

Schaffung eines Volksherees anstelle eines stehenden Heeres.

(Sehr richtig!) Aus einer Heeresorganisation, die in jeder Hinsicht den Interessen der Besitzenden angepaßt ist, wollen wir ein Instrument machen, das lediglich den Zwecken der Landesverteidigung dient. Nun sagen ja auch Sie, Sie wollen den letzten Mann zur Verteidigung des Vaterlandes heranziehen. Damit können wir uns einver-

ständigen erklären, wenn an ein Volksherees der allgemeinen Wehrpflicht gedacht wird. Die Vorlage aber bedeutet letzten Endes nur eine gewaltige Verstärkung des militärischen Systems, das durchaus volksfeindlich und kulturhemmend wirkt. (Rebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wenn ich mich nun den eigentlichen Forderungen der Vorlage zuwende, so ist meine Position dadurch ungünstig beeinflusst, daß ein großer Teil der Kommissionenberatungen als vertraulich bezeichnet worden ist. Man will eben den Eindruck erwecken, als ob wer weiß was für Geheimnisse noch dem Volke verschleiert werden, die die Heeresvermehrung möglich machen. Von Militärchriftstellern wird in übertriebener Weise auf die französische Heeresvermehrung hingewiesen. Man verweigert, daß in den angeblich 581 000 französischen Kombattanten mindestens 48 000 enthalten sind, die in unserem Sinne nicht Kombattanten sind. (Verwaltungsbeamte, Gendarme, Militärschüler.) Auch darf man die Zahlen nicht einfach einander gegenüberstellen. Eine riesige Lieberlegenheit hat das deutsche Heer über das französische sowohl wie über das russische durch die hohe Zahl der Offiziere und namentlich der langgedienten Unteroffiziere. Bei den Unteroffizieren bringt die Regierung ein Rechenkunststück fertig, um die Tatsachen in anderem Lichte erscheinen zu lassen. Sie erklärt einfach, daß in Frankreich voller Ersatz für das Unteroffizierkorps vorhanden sei, während es sich im deutschen Sinne höchstens um Ersatz für Sekreite handelt, wobei noch zu beachten ist, daß unsere Sekreite im Durchschnitt besser sind, weil ihre Schulbildung besser ist. Das soll kein Kompliment für Preußen sein, wir wissen ja, daß alle Verbesserungen auf dem Gebiet der Schule nur äußerst schwer durchzusetzen sind. Bei diesem Rechenkunststück unserer Heeresverwaltung dürfen wir uns nicht wundern, wenn sie eines Tages die halbe französische Armee zu Unteroffizieren macht. Freilich würden dann die Mannschaften verschwinden. Aber einen so hervorragenden Rechenkünstler wie den Kriegsminister stört das nicht; bei der Gegenüberstellung der Mannschaften werden die Brigadiers einfach zu Mannschaften degradiert, und dann ist die Sache wieder in Ordnung. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Bei der Gegenüberstellung mit Rußland muß die Heeresverwaltung die geringe Zahl der russischen Unteroffiziere zugeben; sie meint aber, 1918 kann das Verhältnis schon ein ganz anderes sein. Gewiß, die russische Regierung bemüht sich in diesem Sinne, aber die elenden Schulverhältnisse Rußlands machen es unmöglich. Ueberhaupt kann das russische Militärmaterial gar nicht mit dem deutschen verglichen werden. Auch die Zahlen der russischen Soldaten, die in Asien festgehalten werden, sind viel zu gering veranschlagt worden.

Die Vorlage will nun die Belastung durch den persönlichen Dienst ganz außerordentlich verstärken. Lange Zeit galt als Grundsatz, daß ein Proz. der Bevölkerung im stehenden Heere Dienst zu tun habe. Jetzt geht man weit darüber hinaus. In der Marine dienten bisher 72 000 Mann; nach Durchführung des Flottenprogramms wird die Zahl sehr schnell hunderttausend erreichen. Nach Durchführung der Heeresvorlage wird mindestens

1,3 Proz. der Bevölkerung dauernd unter Waffen

stehen. Das bedeutet neben den direkten Ausgaben eine so kolossale dauernde Schädigung des Volkswohlstandes, daß schon aus diesem Grunde die bürgerlichen Parteien mit einer viel größeren Zurückhaltung der Vorlage hätten gegenüberzutreten müssen. Ausländische Arbeiter werden in Massen dadurch ins Land gezogen. Für eine Sperrung der Grenzen gegen ausländische Arbeiter haben wir uns niemals ins Zeug gelegt, aber der Erkenntnis verschließen wir uns nicht, daß die deutsche Arbeiterklasse großen Schaden hat, wenn dauernd kulturell niedrigerstehende ausländische Arbeiter herangezogen werden, die den Unternehmern willkommen sind, weil sie billig sind. Die Entziehung von Arbeitskräften durch die Heeresvermehrung wird von den wirtschaftlich schlecht gestellten Kleinbauern sehr schwer zu tragen sein. Als Ersatz für den großen Schaden kann unmöglich der geringe Beitrag für die Familien angesehen werden, von denen mehrere Söhne dienen. Ihnen kann nur geholfen werden, wenn man sich endlich zu einer wesentlichen Verklärung der Dienstzeit entschließt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In dem Augenblick, wo die Regierung innerhalb zweier Jahre eine Vermehrung von 120 000 Mann fordert, mußte auch die Frage aufkommen, ob wir denn die nötige Zahl der jungen Leute überhaupt zur Verfügung haben. Die Erklärungen der Regierung, daß dies der Fall sein wird, müssen wir mit Misstrauen aufnehmen. Ein sprunghaftes Herausgehen der Tauglichkeitsziffer hat sich bei Rekrutierungen immer gezeigt, und ebenso ist es bei dem diesjährigen Aushebungsgeschäft gewesen, trotzdem die Anforderungen an die körperliche Tüchtigkeit dieselben geblieben sein sollen. Nach der Einstellung der geforderten 63 000 Mann sollen noch 75 000 Taugliche überzählig sein. Wäre es der Fall, so würde die Forderung, daß jeder Taugliche dem Heeresdienst zugeführt wird, nicht erfüllt sein, und ich habe die dringende Befürchtung, daß diese Angabe der Regierung wieder zu neuen Rüstungsübungen führt. Aber es steht fest, daß die Zahl der Bishopopathen im Heere sehr groß ist, daß Leute ausgehoben worden sind, die einen Unfall erlitten haben und denen selbst während der Militärdienstzeit Injunktente gezahlt worden ist. (Hört! hört!) Ich hege die Befürchtung, daß man in Zukunft noch mehr Schwierigkeiten gegen Anträge auf Befreiung vom Militärdienst aus wirtschaftlichen Gründen erleben wird. Die Bedenken, ob nach einer Reihe von Jahren der erforderliche Ersatz von Rekruten noch vorhanden sein wird, sind keineswegs zerstreut worden; denn ganz unzweifelhaft ist ja die Tatsache, daß die Geburtenziffer in Deutschland zurückgeht.

Was die Regierung gefordert hat, ist ihr von den bürgerlichen Parteien fast restlos bewilligt worden. Alle Oppositionslust, die früher noch vorhanden war, ist verschwunden und lediglich drei Reiterregimenten sind dem Rotliff zum Opfer gefallen. In manchen Kreisen der deutschen Bevölkerung ist der Gedanke förmlich zu einer fixen Idee geworden, daß jede Forderung der Heeresverwaltung unbedenkenlich geschickt werden müsse. Als das Zentrum die Streichung einer Anzahl Offiziers- und Unteroffiziersstellen forderte, erhob man in diesen Kreisen großes Geschrei, das dürfte die Regierung sich nicht gefallen lassen, sie müßte

den Reichstag auflösen.

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Vom etatsrechtlichen Standpunkt war dieser Streichungsantrag des Zentrums, da es sich um Stellen handelte, die doch nicht sofort besetzt werden konnten, nur selbstverständlich. Dem Zentrum ist es jedenfalls besonders angenehm, daß die Regierung nun jedes Jahr von neuem kommen muß, um Offiziere zu fordern; das gibt gewünschte Gelegenheit, um Geschäfte für das Zentrum dabei zu machen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Rationalliberalen haben natürlich wieder Befreiung der Streichung der Kommission beantragt. Wie wenig Anseh dazu vorliegt, beweist eine Auslassung im „Tag“, wo es hieß: Auch wenn es in allen Punkten bei den Entscheidungen der Kommission bleiben sollte, so wird doch unzweifelhaft diesmal ein ganz gewaltiger Fortschritt erzielt, und die militärische Sicherheit des Vaterlandes auf lange Zeit hinaus gesichert.“ (Hört! hört! b. d. Soz.) Ich hoffe danach, daß der Vertreter der Rationalliberalen im Reichstag kein Entgegenkommen finden wird. — Die Notwendigkeit der Verstärkung des Schutzes an der Dänemarkgrenze begründet man damit, daß Rußland an der Grenze sehr viel größere Truppenmassen aufgestellt habe, als Deutschland. Aber ein großer Teil dieser russischen Truppen sind nur Polizeisoldaten. Auch sind die Eisenbahnverbindungen und die Wege in Rußland viel schlechter ausgebaut als in Deutschland. Man hat viel Aufhebens davon gemacht, daß Rußland eine Menge Lastautomobile angekauft hat. Es fragt sich nur, wie lange diese fahren können, ohne im Dreck stehen zu bleiben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir wollen auch die Ausbildung des letzten Mannes für den Dienst im Volksherees. Das ist aber nur möglich auf der Grundlage einer wesentlich verkürzten Dienstzeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ausfälle gegen Leute mit kurzer Dienstzeit sind gerade im Jubiläumsjahr am wenigsten am Plage. Sie laufen hinaus auf eine direkte Schwächung der Armee von 1813. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Geizig sind heute die technischen Hilfsmittel im Heereswesen zahlreicher geworden, aber auch das Menschenmaterial, das in die Kasernen kommt, ist ein ganz anderes als vor hundert Jahren. Ein großer Teil der Leute, die aus der Industrie kommen, sind das Arbeiten an komplizierten Maschinen gewöhnt. Um die Verkürzung der Dienstzeit zu ermöglichen, muß aber überflüssiger Kram wegfallen. Auf die Frage, ob jetzt noch bei einzelnen Garderegimenten Griffe nach friderizianischer Art geübt würden, hat sich der Kriegsminister in der Kommission ausgesprochen. Aber der „Tag“ hat ein paar Tage darauf eine Abbildung von einer solchen Übung gebracht. So wird die Zeit in den Kasernen damit vergeudet, neben dem üblichen Paradebrill noch extra für wenige Tage den Mannschaften ganz überlebte Griffe einzuerzieren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nicht wegen der Verkürzung der Dienstzeit, wie man sagt, ist die Rekrutierung der Offiziere gestiegen, sondern durch diesen Unfug, der im Heere getrieben wird. Es muß aufgehört werden mit solchem Krempel. Die Soldaten sind nicht da zum

Spießzug für allerhöchste Herrschaften.

(Rebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Vor allem liegt gar kein Grund vor, die Söhne des Volkes länger in den Kasernen zu halten als die Bourgeoisöhne. Der Kriegsminister hat in der Kommission das Beständnis gemacht, den Angehörigen der bestehenden Klassen könne man nicht zumuten, zwei Jahre zu dienen. (Rebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber die breiten Massen des Volkes sollen das Vergnügen haben, nicht nur die schmerzhaften finanziellen Lasten zu tragen, sondern sie sollen auch noch überflüssig ein bis zwei Jahre in den Kasernen dienen. Auch in Frankreich hat unser Genosse Jaurès eine Verkürzung der Dienstzeit beantragt. Wenn der Deutsche Reichstag den festen Willen bekunden würde, eine solche Reform vorzunehmen, würde sie sicher auch in Frankreich beschließen werden.

In der Kommission hat zu Erörterungen lediglich die Vermehrung der Kavallerie Anlaß gegeben. Ueber die Mannschaftenvermehrung ist überhaupt von bürgerlicher Seite nicht geredet worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Anführer über den Wert der Kavallerie gehen auch unter den Soldaten weit auseinander. Nur eine Gruppe von Leuten hat Anlaß darüber betraht zu sein, daß nicht soviel Regimenter bewilligt worden sind, wie die Regierung beantragt hat, nämlich die Leute, die das lukrative Geschäft des Remontezuchtens betreiben. Es wäre interessant festzustellen, wieviel von den in Betracht kommenden 16 Millionen in die Taschen von konservativen Wählern fließen.

Die beweglichen Klagen der Liberalen über die Zusammensetzung der Offizierskorps in den Kavallerieregimenten rühren um Sozialdemokraten weniger. Gewiß ist es ungebührlich, daß manche Regimenter sich noch mehr als es sonst schon gelohnt, lastenmäßig abschließen. Aber so lange das liberale deutsche Bürgertum das ganz in der Ordnung findet, daß tüchtige Männer aus dem Volke lediglich ihrer sozialen Stellung oder religiösen Anschauungen wegen überhaupt nicht Offizier werden können, mag das Bürgertum seinen Streit über die adeligen Regimenter allein austrichten. Die Kavallerie ist durch die technischen Fortschritte jedenfalls als Schlachttruppe ausgegliedert. Der Kriegsminister hat sie allerdings als Auge und Arm des Feldherrn bezeichnet. Inzwischen sind aber Lenkballons und Flieger in den Dienst der Erkundung gestellt worden. Als es sich um die Begründung der Notwendigkeit der Kavallerie handelte, sprach der Kriegsminister freilich den Flugzeugen nur geringen militärischen Wert bei. Aber als es sich um die Vermehrung der Luftkrieger handelte, redete er in ganz anderen Tönen. (Hört! hört! b. den Soz.) Seine Fähigkeit im Umlernen haben wir ja wiederholt bewundern können. Wenn man die Kavallerie für den Grenschutz für notwendig hält, so soll man die vorhandenen Kavallerieregimenter an die Grenze verlegen. Es würde für Villkallen sicher einen großen Aufschwung bedeuten, wenn die Rathenower Husaren dorthin verlegt würden. Ein ulisses Argument gegen die Verlegung der Garderegimenter bestand darin, man könne doch die Kasernen nicht leer stehen lassen. Dabei könnten wir ein glänzendes Geschäft machen, wenn eine Anzahl Kasernen Berliner Garderegimenter verkauft würden. Bei der Anschaffung von Luftfahrzeugen für das Heer sind nicht allein militärische Bedürfnisse auszulagern gewesen, sondern auch

Rücksichten auf die Industrie.

Es dürfen aber lediglich die Interessen der Landesverteidigung dabei auszulagern sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ja sehr bedauerlich, daß solche geniale Erfindungen, wie die Zeppelin, nicht der Ueberbrückung der Gegensätze zwischen den Völkern im Interesse der Kultur dienstbar gemacht werden, sondern daß man nur deshalb große Aufwendungen dafür macht, weil man glaubt, sie in den Dienst der Menschenvernichtung stellen zu können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen ist der militärische Wert der Luftfahrzeuge durchaus bestritten. Militärische Sachverständige haben dargelegt, daß der große Umfang der Lenkballons und ihre weite Sichtbarkeit ihren Wert als Erkundungsmittel illusorisch machen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber geschäftstüchtige Leute haben gefunden, daß sich mit dem Bau von Flugzeugen große Profite herausziehen lassen. Es ist in den letzten Wochen ein neues Flugzeugunternehmen großen Stils gegründet worden, die Atlaswerke. In dem Prospekt des Unternehmens heißt es: Das Flugzeug hat sich über das Niveau des reinen Sportobjektes hinausgehoben, es ist ein notwendiges Bedarfsstück aller modernen Armeen geworden. Auch die Technik der Flugzeugindustrie ist nunmehr in die Bahnen gelangt, welche eine sehr gewinnbringende Fabrikation versprechen. Befellungen sind bereits in sichere Aussicht gestellt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach dem Beispiel von Krupp sucht eine Flugzeugfabrik jetzt einen ehemaligen Offizier mit guten Verbindungen als Vertreter. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dem

Gründungsaustritt der Atlaswerke

gehören übrigens an der konservative Reichstagsabgeordnete von Böhlendorff-Kölpin, der Landtagsabgeordnete Freiherr v. Jedlich und Graf Vosadowitz. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da ist die Frage am Plage, wer hat denn den Herren die großen Bestellungen mit reichen Gewinnen in sichere Aussicht gestellt? Ich stelle die direkte Frage: Sind die Herren etwas mit der Regierung in Verbindung getreten? Haben zwischen den Herren, die Mitglieder dieses Hauses sind, und der Regierung verbindliche oder unverbindliche Verbindungen darüber stattgefunden? daß solche große Bestellungen in Aussicht gestellt werden können? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist Geschäftsgeheimnis! Heiterkeit.) Die Herren werden dankbar dafür sein, daß ich diese Frage stelle. Denn es muß von der Reinlichkeit der politischen Moral willen festgestellt werden, ob von Mitgliedern des Gründungsaustrittes, die gleichzeitig parlamentarische Mandate haben, ihr Amt mißbraucht worden ist. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Korruption!)

Vizepräsident Dove: Dieser Juruf enthält bereits ein Urteil, daß die Frage bejaht werden soll. Das ist absolut unzulässig, es liegt nichts dafür vor, Mitgliedern des Hauses einen Vorwurf zu machen. Ich muß das entschieden zurückweisen.

Abg. Koske (fortfahrend):

Den Rationalliberalen waren die Forderungen für den Train in der Kommission noch nicht weit genug gehend. Ich bin

Offizier. Niemand hat bisher vermutet, daß das alles damit auf eine Stufe gestellt wird. (Große Heiterkeit.)

Der Abgeordnete hat am Schluß ein Loblied der sozialdemokratischen Partei gegen das Heer gefungen. Auch das war unbeschäftigt. Zweifellos ist die Armee niemals aggressiv gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen vorgegangen, von vornherein befand sich das Heer im Abwehrzustand. Sie aber haben die Armee mit Ihrem ganz speziellen Haß jederzeit beehret. (Chol bei den Sozialdemokraten.) Sie sehen in der Armee das Hauptübel für die Durchsetzung Ihrer Bestrebungen. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Armee ist sich aber ihrer Aufgabe auch in Zukunft voll und ganz bewußt und die Heeresverwaltung wird an ihrem Standpunkt unentwegt festhalten, die Armee zu einer treuen, für Kaiser und Reich bestimmten Truppe zu erziehen. (Stürmischer Beifall bei den bürgerlichen Parteien. Heil! heil! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück: Wenn ich richtig unterrichtet bin, hat Abg. Roske gesagt: Während man auf der einen Seite dem Volk eine unerhörte Belastung auferlegt, steht auf der anderen Seite ein uneingelöstes Königswort. (Lebhafte sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Zurufe: Das stimmt doch auch! Denken Sie doch an den Oktober 1908!) Ich sehe voraus, daß Abg. Roske mit Bezugnahme auf die preussische Wahlrechtsfrage behauptet hat, daß den Opfern des Volkes, die jetzt für die Heeresvermehrung gefordert würden, ein uneingelöstes Königswort gegenüberstehe. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Sehr gut! Stimmt!) Die Form ist sehr geschickt gewählt; in der Sache kommt allerdings diese Ausführung darauf hinaus, daß dem König von Preußen der Vorwurf gemacht wird, daß er ein dem Volke gegebenes Wort nicht eingelöst habe. (Erneute lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Mit dieser Ausführung hat der Abg. Roske ein Gebiet betreten, das sich der Zuständigkeit des Reichstags entzieht. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten; Ab! Direkt! Ab! Die Rechte stimmt dem Redner zu.) Mit Rücksicht auf diese preussische Angelegenheit möchte ich, gestützt auf Artikel 9 der Reichsverfassung, hier folgendes bemerken: es ist vollkommen unrichtig, wenn behauptet wird, daß hier ein uneingelöstes Königswort vorliege. Die preussische Staatsregierung bezw. der König von Preußen, haben dem preussischen Landtag eine Vorlage über die Aenderung des Wahlrechts zugehen lassen. Ueber diese Vorlage ist eine Einigung mit dem preussischen Landtag nicht erfolgt. Sie werden unumgänglich behaupten können, daß unter diesen Umständen die Forderung der Regierung nicht eingelöst wäre. (Chol links.) Wenn die Vorlage nicht Gesetz geworden ist, so liegt das an dem Landtag, der seine Zustimmung verweigert hat. (Lebhafte Zurufe links; den Landtag aufzulösen!) Aber nicht am König! Dann ist aber auch nach der preussischen Verfassung der Vorwurf, der hier gegen den König von Preußen erhoben wurde, formell berechtigt. Wenn jemand überhaupt eine Verantwortung trägt, so allein das preussische Staatsministerium, und ich muß mich mit aller Entschiedenheit dagegen verwahren, daß hier die Person des Königs von Preußen in das Reich der Kritik gezogen wird. (Lachen und Heiterkeit links, Zustimmung rechts.) Wenn Sie endlich erklärt haben, daß die preussische Wahlrechtsfrage, wenn sie nicht mit dem König von Preußen gelöst werden könne, gegen ihn gelöst werden würde, so antworte ich Ihnen, daß das nicht geschehen wird. (Lachen bei den Sozialdemokraten; stürmische Zustimmung rechts.) Wir werden in Preußen dafür sorgen, daß Preußen seine verfassungsmäßigen Bestimmungen so erhält und so ausgestaltet, wie es dem Wohle des preussischen Staates nach unserer Auffassung entspricht. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Vizepräsident Baasche: Der Staatssekretär hat soeben eine Bemerkung gemacht, die er naturgemäß selbstverständlich machen mußte. (Lebhafte Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich habe inzwischen das Stenogramm eingesehen, da ich die Worte des Abg. Roske vorhin in der Unruhe nicht verstehen konnte. Es ist tatsächlich mit diesem Ausdruck eine herbe Beleidigung Sr. Majestät des Königs von Preußen ausgesprochen, und ich rufe deshalb den Abg. Roske nachträglich zur Ordnung. (Große Unruhe links, lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten, Beifall rechts.) Ich bitte die Kritik meiner Anordnungen zu unterlassen. (Erneuter lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Es tut mir leid, wenn Sie Ihrem selbstgewählten Präsidenten unumgänglich machen, die Ordnung aufrecht zu erhalten, wozu Sie ihn gewählt haben. (Beifall rechts. Anhaltende Unruhe.)

Generalleutnant Wandel: Wenn ich richtig gehört habe, hat Abg. Roske gesagt, daß die Offiziere von Krupp geschnitten würden. Und es sei notwendig, dieses Schmierensystem zu beseitigen und verwunderlich, daß die Militärverwaltung nicht längst dagegen eingeschritten ist. Die Behauptung, daß Offiziere von Krupp geschmiedet wurden, entspricht nicht den Tatsachen. (Zurufe rechts: Gelogen ist das! — Zurufe bei den Sozialdemokraten: Die Rechnungen sind veröffentlicht!) Die Firma Krupp hat es früher für nötig gehalten, wegen der ungünstigen Wohnungsverhältnisse in Essen den zur Abnahme kommandierten Feuerwerksoffizieren und Feuerwerkern Wohnungen und ein ihrem Einkommen entsprechendes Unterkommen in der Nähe der Fabrik zu beschaffen, und diese Personen haben von der Firma die nötigen Lebensmittel gegen Zahlung einer bestimmten Pension erhalten. Der Pensionspreis betrug für Feuerwerksoffiziere 105 Mark, für Unteroffiziere 50 Mark im Monat. Von dieser Vereinbarung hat die Heeresverwaltung überhaupt keine Kenntnis erhalten. Die Verhältnisse änderten sich, und es wurde, wiederum ohne daß die Heeresverwaltung Kenntnis davon erhielt (Hört! hört!), von der Firma eine andere Regelung getroffen. Durch die Feuerung haben sich Unzuträglichkeiten für die betreffenden Persönlichkeiten, namentlich für die verheirateten Feuerwerker, ergeben, nicht aber für Feuerwerksoffiziere, und namentlich nicht für andere Offiziere. Diese Pensionszahlung wurde abgelöst, die Verpflegung blieb diesen Personen selbst überlassen, und es wurde ihnen dafür ein Geldbeitrag gezahlt. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Inerhörl! und Na ass!) Ich betone hier wiederholt, daß die Heeresverwaltung hier von keine Kenntnis gehabt hat, und daß dieser Zustand zweifellos von der Heeresverwaltung nicht gebilligt werden konnte. Sobald er zu unserer Kenntnis gekommen ist, haben wir sofort eingegriffen, und künftig werden sämtliche Abnahmekommissionen in Essen auf eigene Kosten sich zu verpflegen haben. Die Behauptung, daß die Feuerwerker eine direkte Geldentschädigung von der Firma erhielten, ist unrichtig. Es ist die Abführung des gesamten Abnahmepersonals in Essen erfolgt, und die weitere Unternehmung wird ergeben, daß die Dinge so liegen, wie ich sie vorgetragen habe, daß Feuerwerksoffiziere nicht beteiligt gewesen sind und daß andere Offiziere überhaupt nicht in Frage kommen.

Generalstaab: Der Abg. Roske hat behauptet, daß der Truppenübungsplatz Jossen um 3 Millionen zu teuer bezahlt worden wäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sehr unrichtig! (Heiterkeit.) Es ist einwandfrei dargelegt worden, daß die Heeresverwaltung durchaus wirtschaftlich verfahren ist; es ist Tatsache, daß das gesamte Gelände für den Truppenübungsplatz, soweit nicht durch gerichtlichen Spruch im Entschuldigungsverfahren der Preis festgesetzt war, zum Tagwert, wie er durch einwandfreie Sachverständige festgestellt worden war, bezahlt wurde. Die Behauptung des Abg. Roske ist also absolut unrichtig. Das Haus vertagt sich. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Graf Posadowski: Der Herr Abg. Roske hat behauptet, ich wäre Mitglied des Gründungskomitees der sogenannten Atlaswerke. Diese Gründung ist mir vollkommen unbekannt, ich habe niemals etwas mit ihr zu tun gehabt. Die falsche Nachricht ist bereits vor einem halben Jahr durch die Presse gegangen und damals auf mein Ersuchen widerrufen worden. Vorgetern ist mir ein Blatt, die „Standard“, zugesandt worden, das ich nicht kannte, wo wiederum behauptet war, ich wäre Mitglied dieses Gründungskomitees, ja, ich wäre die Seele der ganzen Sache. Ich habe gestern mittels eingeschriebenen Briefes die „Standard“ aufgefordert, diese unrichtige Behauptung zu widerrufen. Wenn ein Abgeordneter von der Tribüne des Hauses eine solche tatsächlich absolut falsche Behauptung aufstellt und daran Angriffe knüpft, so hätte er mindestens die Pflicht gehabt, sich vorher sachlich zu unterrichten. Ich fordere hiermit den Herrn Roske vor dem ganzen Lande auf, sich über die Unrichtigkeit dieser Behauptung jetzt nachträglich zu unterrichten, und bei den verschiedenen Verbindungen, die die Sozialdemokratie hat, wird es ihm nicht schwer sein, die Unrichtigkeit dieser Behauptung festzustellen. Ich fordere ihn weiter auf, von dem Plaque aus, von dem er diese Behauptung aufgestellt hat, diese Behauptung zu widerrufen. (Lebhafte Bravo! rechts. Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Juruf des Abg. Scheidemann: Schauspielerei! Vizepräsident Dr. Baasche ruft den Abg. Scheidemann zur Ordnung.) Wenn ein Abgeordneter solche Behauptung aufstellt, wird er sich nicht wundern können, wenn für die Zukunft die Wahrheit seiner Behauptungen ernstlich in Frage gestellt wird. (Erneute große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Roske (Soz.): Es bedarf der Aufforderung des Grafen Posadowski nicht, daß ich erst noch persönliche Erkundigungen darüber einbringen soll, ob die Tatsache richtig ist, daß er Mitglied des Gründungskomitees der Atlaswerke ist. Wenn Graf Posadowski hier in so feierlicher Form die Erklärung abgibt, daß in der Beziehung meine Ausführungen irrig waren, so glaube ich ihm das auf's Wort. (Zuruf rechts: Vorher unterrichten! Rufe bei den Sozialdemokraten: Ruhe!) Die Behauptung, auf die ich hingewiesen habe, ist vor wenig Tagen durch eine Reihe von Zeitungen gegangen, und weil sie bis heute nicht widerrufen war, glaubte ich die Richtigkeit voraussetzen zu können. Es ist ganz selbstverständlich, daß wenn mir ein Irrtum unterlaufen ist, ich ihn mit Bedauern zurücknehme. Im übrigen hat Graf Posadowski seinen Unfug, sich darüber zu beklagen, daß ich ihn kränkende Schlussfolgerungen an meine Darlegungen geknüpft hätte. Ich habe lediglich die Namen vorgebracht, die als Mitglieder des Gründungskomitees genannt waren. Ich habe die Frage daran geknüpft, ob Verhandlungen mit der Regierung stattgefunden haben und habe darauf hingewiesen, daß nach meiner Meinung, wenn diese Behauptung falsch wäre, den Betroffenen damit gebüht sein könnte, wenn sie Gelegenheit erhielten, das richtig zu stellen. (Lachen rechts.) Ich glaube den höchsten Grad der Loyalität zu erreichen, wenn ich sage: Es hat mir ferngelegen, den Grafen Posadowski kränkende Ausführungen zu machen, meinen Irrtum bedaure ich. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Posadowski: Ich halte meine Behauptung aufrecht, daß ein Abgeordneter nur auf eine Preshnricht hin eine solche Behauptung nicht aufstellen darf, wenn er sich nicht vorher gründlich sachlich unterrichtet hat.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Fortsetzung der Beratung der Wehrvorlage. Schluß 7 1/2 Uhr.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis, Petersburger Viertel. (Bez. 306 II.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Zimmerer

Karl Dietze
Kirchstr. 23
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Juni, nachmittags 1/2 Uhr, von der Halle des Friedhofes der Freiheitlichen Gemeinde, Pappel-Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
214/14 Der Vorstand.

Adenider Viertel, Bez. 184 I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter

Paul Pertack
Brangellstr. 91
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des neuen Jakob-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstr. 4, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Stralauer Viertel, Bez. 289.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maurer

Wilhelm Bergemann
Polzmarktstr. 34a
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Juni, nachmittags 3/4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am Montag entließ nach langen, schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegervater, der Putzer

Wilh. Bergemann
im 55. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetäubt an Frau Marie Bergemann nebst Kindern und Schwiegerkinder.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Juni, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
1161b

Beerdigungsverein der Zimmerleute Groß-Berlins.

Am Sonntag, den 8. Juni, nachmittags 5 Uhr, verchied nach langem Leiden im Alter von 64 Jahren unser langjähriger Mitglied, der Kamerad

Karl Dietze
Kirchstr. 23
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. d. M., nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes, Neukölln, Hermannstr. 4, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Adlershof.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

Friedrich Helmreich
am 8. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Juni, nachmittags 6 1/2 Uhr, von der Trauerhalle, Friedenstr. 4, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
202/5 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Adlershof.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Friedrich Helmreich
am 8. Juni nach längerem Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Juni, nachmittags 6 1/2 Uhr, von der Trauerhalle, Friedenstr. 4, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
84/8 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederharnim. Bezirk Lichtenberg. Nachruf.

Am Freitag, den 6. Juni, verstarb unser Mitglied, der Schuhmachermeister

Gustav Rziotka.
Ehre seinem Andenken!
14/11 Die Bezirksleitung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 7. Juni verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Parteigenosse, der Tischler

Karl Fechner
Nahlofer Str. 10, 22. Bestl.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 11. Juni, nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes, Neukölln, Hermannstr. 4, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Karl Fechner
Neukölln, Nahlofer Straße 10, im Alter von 36 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 11. Juni, nachmittags 3/4 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes in der Hermannstr. 4 aus statt.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Karl Juckel

Lichtenberg, Prinz-Albertstr. 32, im Alter von 41 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Juni, nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des Lichtenberger Gemeindefriedhofes in der Lichtenbergerstr. 11 aus statt.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klavierarbeiter

Erich Schmidt

Grünauer Straße 25, im Alter von 33 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
84/11 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, mein lieber Sohn, Bruder, Onkel und Schwager

Paul Pertack
nach kurzem, schwerem Leiden verstorben ist.

Erna und Rosa Pertack
als Kinder, Familie Büniger.
Beerdigung Donnerstagnachmittag 5 Uhr von der Halle des neuen Jakob-Kirchhofes, Hermannstr. 4, aus.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Wilhelm Rahl
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Ferner starb unser Mitglied, der Metallarbeiter

August Piatkowski

(Neukölln, Jägerstr. 61) am 8. Juni an Bauchfellentzündung.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 11. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Neukölln, Marienbarger Weg, aus statt.
Ferner starb unser Mitglied, der Schiefer

Paul Pertack

(Brangellstr. 91) am 10. Juni an Magenleiden.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakob-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstr. 4, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
119/13 Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Radfahrerverein „Ziel“. Adlershof.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser langjähriges, treues und tätiges Mitglied, der Einseger

Friedrich Helmreich
am Sonntag, den 8. Juni, abends 9 Uhr, im Alter von 29 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Juni, nachmittags 6 1/2 Uhr, von der Trauerhalle Friedenstr. 4 in Adlershof aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
11/4 Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.

Unseren sowie den Mitgliedern des Gesangsvereins der Putzer hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied

Wilhelm Bergemann
(Bezirk Osten I)
verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag 3/4 Uhr von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
149/11 Der Vorstand.

Studgeschäft.

In aufblühender Stadt in Norddeutschland Bildhauer- und Studgeschäft umständlicher sehr billig zu verkaufen. Bieten können übernommen werden. Anzahlung circa 1000 M. Offerten unter A. 2 an die Hauptred. des „Vorwärts“.

Am 9. Juni starb nach kurzem, schwerem Leiden mein innig geliebter Mann, unser herzenguter Vater und Sohn, der Brauer

Paul Conrad
im Alter von 40 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten Frau Anna Conrad geb. Franz nebst Kindern und Vater Wilh. Conrad.
Beerdigung am Freitag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Neukölln, Hermannstr. 4, aus.
1152b

Berlin W. Mohrenstr. 37a (Kolonnen). Berlin NO. Große Frankfurter Str. 115

Trauermagazin
für Damen-Konfektion Kleider, Hüte etc. Außerordentlich Preise

Farbige Konfektion

in größtem Maßstabe zu ganz niedrigen Preisen.

Westmann

Kufeke eine bewährte Krankenkost für Erwachsene bei Störungen der Verdauung, bei Schwäche u. Appetitlosigkeit.

Aus dem Ministerial-Blatt der Handels- und Gewerbe-Verwaltung. Der Hersteller dieses Getränkes (**Boole**) haben Die Hersteller dieses Getränkes glaubhaft nachgewiesen, daß es ohne Zusatz von Kohlensäure durch Vergärung verdünnter Fruchtstämme oder Fruchtessenzen hergestellt wird. Berlin, 30. Januar 1913. Der Minister für Handel u. Gewerbe. Der Minister des Inneren. **Boole** ist zu beziehen durch alle einschlägigen Geschäfte oder durch **Boole G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2 Charlottenburger Ufer 70 / Fernspr.: Amt Steinplatz 1904, 4661**

Gewerkschaftliches.

Herzliches Einvernehmen.

Die braven Christen von der allein selig machenden Kirche geben der unchristlichen Welt fortgesetzt das anmutende Beispiel gegenseitiger Verdächtigung und Verleumdung. In dieses christliche Spiel hat man sich gewöhnt. Die „Wilden“ als die besseren Menschen nehmen von dem „herzlichen Einvernehmen“ im Kreise der lieben Kinder Roms nur noch Kenntnis, wenn die „Nächstenliebe“ ganz besondere Vorgänge gebiert. Kürzlich haben nun die Päpstlichen — Berliner Richtung — eine höfliche Auslassung eines Hochemiten — M. Gladbacher Richtung — bekannt. Einer der Gewerkschaftsunteroffiziere aus der interprofessionellen Gruppe hatte der Sehnsucht nach dem Ableben des Papstes in recht roher, ja ungemein brutaler Form Ausdruck gegeben. Mißachtende Bemerkungen über hohe kirchliche Würdenträger aus dem M. Gladbacher Lager wurden schon mehrfach bekannt. Man kann es daher verstehen, daß die Berliner Richtung die Sache ausschaltete. Weil die verlebende Äußerung nicht geleugnet werden konnte, ließ man erklären, es handle sich dabei nur um eine bedauerliche unglückliche Wendung. Böse Absicht sei nicht vorhanden gewesen. Wer noch nicht von der M. Gladbacher Demagogie verdorben ist, wird in der dazu noch in ungläublich rohe Form gekleideten Sehnsucht nach dem Tode des Papstes eine Befinnung erkennen, die sich zweifellos weit von der alten katholischen Auffassung von der Stellung des Papstes als Stellvertreter Gottes entfernt hat. Man muß schon der „Germania“ recht geben, wenn sie der Meinung Ausdruck gibt, das Auftreten M. Gladbacher Gewerkschaftler lasse eine bedenkliche Wandlung in der Ehrfurcht vor dem Oberhaupt der Kirche erkennen. Das müssen sich auch die Hochemiten sagen. Aus Rache für die Kennzeichnung weisen sie auf die Bedeutungslosigkeit der Berliner Richtung hin. Auf Grund des Massenberichtes des Verbandes der katholischen Arbeitervereine — Sitz Berlin — für 1912 konstatiert die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, daß die Organisation der Auflösung entgegenstehe. Im Vergleich mit dem Jahre 1909 sei die Einnahme im Berichtsjahre um 135 000 M. — 15 Prozent — die Ausgabe um 162 000 M. — 20 Prozent — zurückgegangen. Am bedenklichsten erscheint der Rückgang bei den regelmäßigen Beiträgen, die im Jahre 1909 noch 825 380 M. ergaben, 1912 aber nur noch 684 372 M. Das ist allerdings ein Vergab, das bald ins Grab führen muß. Zu bemerken ist dabei, daß die Leistungen nicht etwa gewerkschaftlichen Zwecken dienen, es handelt sich nur um Unterstützungskassen. Die Fachabteilungen, die eine gewerkschaftliche Organisation ersetzen sollen, befinden sich ebenfalls auf dem Krebsgange. Hier die Ziffern:

Table with 2 columns: Year (1909, 1912) and Amount (M.). Rows: Beiträge der Mitglieder, Ausgaben.

Der päpstliche Segen schüßt augenscheinlich nicht vor der Bezugsrechnung. Die „Westd. Arbeiterzeitung“ schließt die Aufdeckung der sachabteilungsbedeutungslosigkeit und ihres scheinlichen Hinscheidens mit folgenden boshaften Worten: „Ein kurzes Wort zu den im Geschäftsbericht des „Berliner“ Verbandes angeführten „gewerkschaftlichen Erfolge“. Soweit ich dieselben nachprüfen vermag, handelt es sich fast restlos um die Erfolge der „Streikorganisationen“. Ich führe aus genauer Kenntnis aus dem Baugewerbe an die Orte Schneidemühl, Breslau, Oppeln, Reisse, Chemnitz, Heiligenstadt, Koblenz und Trier. Von allen diesen Orten sagt der Bericht, daß die Mauter und Zimmerer auf Grund der im Jahre 1910 im Baugewerbe abgeschlossenen Tarife eine Lohnerhöhung von 2 Pf. in 1912 erhalten haben. Liegt zunächst der Erfolg im

Jahre 1910 und nicht in 1912, der nur automatisch nachwirkt, so hat der „Berliner“ Verband an ihm nicht den allergeringsten Anteil. Er war vielmehr die Frucht der großen Auspöcherung im Baugewerbe in 1910. Damals hat der „Berliner“ Verband den in den Hauptverwickelten Gewerkschaften nicht nur Schwierigkeiten bereitet, sondern er hat auch ihren Erfolg nach dem Kampfe möglichst verkleinert. Heute dagegen versucht er sich aus einem leicht erkennbaren Bedürfnis heraus selbst damit zu brüsten. Der „Berliner“ Verband hat an diesen Tarifen nur den Anteil, daß er sich ihnen, als sie fix und fertig waren, angeschlossen, teilweise ohne Mitglieder. Auf die übrigen im Bericht angeführten „gewerkschaftlichen Erfolge“ will ich nicht eingehen; mit ihnen ist es in der Regel nicht anders bestellt.“

Das ist alles ganz schön und nett. Aber es ist doch nur die halbe, nein, nur ein kleineres Teilchen der Mehrheit. Die christlichen Gewerkschaften „erkämpften“ ihre Erfolge fast restlos im Schatten der freien Verbände. Ohne diese wären sie für das Kapital beinahe ebenso belanglos wie die katholischen Fachabteilungen. Ihren Brüdern von der gleichen Couleur haben die M. Gladbacher demnach nichts voraus. Aber ihr Schuldfonto ist schwerer belastet. In vielen Fällen — der bekannte Massenstreikbruch beim letzten Ruhrbergarbeiterstreik steht dabei an der Spitze — verhinderten die M. Gladbacher einen Erfolg der Arbeiter, indem sie als Schutztruppe des Kapitals auftraten. Der Schaden, den die überlebenden christlichen Gewerkschaften der Gesamtarbeiterschaft schon zuzugewogen, ist unverhältnismäßig größer als der Vorteil, den sie ihren Mitgliedern aus den Früchten der Arbeit der freien Gewerkschaften zuführen konnten.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Zuschneider! Wegen Wahrung eines Kollegen haben die Zuschneider der Firma Davidsohn u. Co., Königsstr. 83, die Arbeit eingestellt. Wir verhängen daher über die genannte Firma die Sperre. Verband der Schneider und Schneiderinnen. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Tabakarbeiter! Seit längerer Zeit schon mehrten sich die Anzeichen dafür, daß die Firma Paul Juhl-Pantow, mit der die Organisation des Deutschen Tabakarbeiterverbandes im „Einigungsverhältnis“ stand, in ihren auswärtigen Filialen die im Deutschen Tabakarbeiterverband organisierten Tabakarbeiter konsequent ausschaltete. Entlassungen von organisierten Kollegen, auch hier in Pantow, die einer Wahrung so ähnlich sahen wie ein Ei dem anderen, und die Tatsache, daß die Firma die Arbeitsnachweise der Zigarrenarbeiter und -fortierer nicht einmal versuchsweise in Anspruch nahm, obwohl das Einigungsprotokoll ausdrücklich darauf hinwies, veranlaßten ein Vorfälligwerden der Vertreter des Deutschen Tabakarbeiterverbandes. Längere Verhandlungen führten zu keinem Resultat. Herr Juhl erklärte bündig, daß er seine Maßnahmen auch in Zukunft lediglich von seinem geschäftlichen Interesse abhängig mache und daß er weder in Fragen des Arbeitsnachweises noch des Tarifes Konzessionen machen könne, nicht am Orte und auch nicht in seinen Filialen. Damit war die Verhandlung beendet.

Selbstverständlich ist es, daß mit dieser Firma keinerlei Beziehungen mehr bestehen können. Der Hunger nach billigen und willigen Arbeitskräften, der, den höheren Berliner Lebensverhältnissen entsprechend, hier nicht zur Genüge gestellt werden kann, treibt nach Osten.

In dem aufklärten Berlin verkauft man dann die Zigarren, die in jenen finsternen Gegenden von durch den Zwang der Not in die Industrie hineingekerkerten Tagelöhnerkindern verfertigt werden. Das ist soziales Unternehmertum, das haßt alles, was Organisation heißt; das führt mit Recht die Fule im Wappen.

Der Firma Juhl werden die grünen Plakate entzogen. Arbeiter, Raucher! Kauft nur dort Euren Bedarf an Zigarren ein, wo das grüne Plakat, unterschrieben Alwin Schulze, aufgewiesen werden kann. Lebt Solidarität! Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Achtung, Freiseurgehilfen! Nirgends ist die Regelung der Arbeitsverhältnisse und die Organisation der Gehilfen so schwierig wie in den handwerksmäßig betriebenen Berufen. Uebermäßig lange Arbeitszeit, das Alleinarbeiten in den Betrieben und die Beschäftigung von möglichst nur jüngeren Gehilfen sind die Hauptursachen davon. Hinzu kommt noch, daß die in freien und Zwangs-

innungen organisierten Meisterverbände, welche sich als eine Unternehmerrorganisation entwickelt haben, einen vorzüglichen Erlernungsdienst“ unterhalten. Demgegenüber ist die von unten stehendem Verband geführte „grobe Kontrollkarte“ zu beachten, welche als Ausweis geregelter Arbeitsverhältnisse gilt. Bewilligt haben: G. H. e., Schönwalder Straße 13, Krüger, Lehder Str. 57, Lippkau, Prenzlauer Promenade 10 in Weihensee. Aufgelöst ist das Tarifverhältnis bei Schmidt, Jennstr. 52, Schönlke, Gormannstraße 12, Rohmann, Lindenstraße 79, und Heinrich, Scheringstr. 8. Verband der Freiseurgehilfen.

Deutsches Reich.

Ein neuer Scharfmacherverband.

Die Modellschliermeister und Modellfabrikanten haben sich unter dem Namen Verband der Modellfabrikanten Deutschlands eine eigene Organisation geschaffen. Die Gründungsversammlung fand am 31. Mai und 1. Juni in Halle statt, wo sich etwa 80 Unternehmer aus den verschiedensten Gegenden des Reichs zusammengefunden hatten. Vorher hatte bereits eine Verständigung zwischen den Vereinen der Modellfabrikanten in Berlin, Hamburg, Dresden und im Rheinland stattgefunden. Die dann als Arrangements der Veranstaltung fungierten. Wie aus dem verhandelt Aufruf zur Gründung des Verbandes hervorgeht, haben die Modellfabrikanten zwei besondere Schmerzen. Einmal beghagt es ihnen nicht in den Fischlerinnungen, denen sie jetzt vielfach angehören; sie möchten lieber in ein engeres Verhältnis zu dem Verband der Metallindustriellen treten, mit dessen scharfmacherrischen Neigungen sie lebhaft sympathisieren. Vor allen Dingen aber soll die „Vereinigung ein Bollwerk gegen die Arbeiterorganisationen sein.“

Auf der Versammlung in Halle, die natürlich hinter verschlossenen Türen tagte, hielt ein Herr Walter, der in Hamburg eine bekannte Lehrlingszucht betreibt, zur Darlegung der Zwecke und Ziele des Verbandes eine kräftige Rede über die Schädlichkeit der Arbeiter, die so ungeheuerliche Lohnforderungen stellen, daß die armen Modellfabrikanten kaum noch existieren können. Natürlich wurde auch tüchtig über den paritätischen Arbeitsnachweis geschimpft. In dem gedruckt vorgelegten Statutenentwurf wird als Zweck des Verbandes die Förderung der allgemeinen Interessen der Modellfabrikanten und des Auftretens von Verbindungen mit anderen Verbänden verwandter Branchen bezeichnet. Daneben aber will es der Verband als seine Hauptaufgabe betrachten: „An der richtigen Bestrebungen der Arbeitnehmer, welche darauf gerichtet sind, die Arbeitsbedingungen einseitig vorzuschreiben, insbesondere die zu diesem Zweck veranfaßten Arbeitsentstellungen, gemeinsam abzuwehren.“ Mit dieser Umschreibung seines Aufgabengebietes hat der Verband der Modellfabrikanten zur Genüge gezeigt, was Geistes Kind er ist.

Die mit dem Verband der Metallindustriellen geführten Verhandlungen haben übrigens noch nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt. Die Metallindustriellen sind zwar bereit, bestimmte Modellfabrikanten insoweit zu unterstützen, als sie keine streikenden Arbeiter einstellen, aber von Auspöcherungen, die im Interesse der eigenen Mitglieder des Metallindustriellenverbandes angewendet werden, wollen sie zu Gunsten der Modellfabrikanten keinen Gebrauch machen. Ob in dieser Frage noch eine Verständigung erzielt wird, mag dahingestellt bleiben, jedenfalls wollen die Modellfabrikanten den Bestrebungen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen mit noch größerer Energie entgegenzutreten als bisher. Die Modellfabrikanten haben also alle Ursache, der eigenen Organisation erhöhtes Interesse entgegenzubringen.

Auch ein Grund zur Wahrung!

Weil sie ihre Steuerreklamation nicht zurückziehen wollten, entließ der Direktor des Residenz-Cafés in Breslau eine Anzahl seiner Gastwirtschaften. Die Kellner waren zu hoch eingeschätzt und legten Berufung ein unter Hinweis darauf, daß sie gar keinen Lohn oder Gehalt erhalten, sondern im Gegenteil noch täglich 60 Pf. für Essen und die Versicherungsbeiträge aus dem erhaltenen Trinkgeldern dem Chef abführen müssen! Es war dem Inhaber des Cafés natürlich recht peinlich, diese bloßstellenden Tatsachen der Steuerbehörde zugeben zu müssen, und so wart er die Reklamierenden etwas auf Plaster. Jetzt haben zehn der Angestellten von dreizehn die Wahrung ihrer Kollegen mit einem Aufwand beantwortet; sie verlangen jetzt wenigstens 20 M. pro Monat.

Kleines feuilleton.

Die Bildnisammlung in der Bauakademie. Als Justiz in die Nationalgalerie kam, begriff er schnell, daß es dringend notwendig war, diese Sammlung von allem zu befreien, was nicht im höchsten Sinne Kunst und Kunstwert genannt werden darf. Das Patriotische und das Kulturdokument galt es auf honette Weise auszuquartieren. Die Schlachtenbilder wanderten in das Zeughaus; die gemalten Professoren in Begleitung eisiger Generale sollten den Grundstock eines Bildnisstudiums abgeben. So war der Anfang dieser Bildnisammlung hinreichend verdächtig; was aber inzwischen daraus geworden und nun in einigen Räumen der Schinkel'schen Bauakademie (am Schinkelplatz) zu sehen ist, verdient Lob. Die Generale sind zwar auch noch da, und auch die Professoren (Nominen und Helmholz durch Ludwig Knaut unter Lebensgröße, puppig und anekdotisch gemalt, konnten noch am ehesten bestehen) blieben uns erhalten. Man kann an ihnen schnell vorübergehen, um dann zu außerordentlich geschmackvoll hergerichteten und sehr gewandt organisierten Zimmern zu kommen. Es sind Zimmer von gefälligen Abmessungen, ganz schlicht in der Behandlung der Wand und der Decke; selbst die zwei größeren Räume wirken intim. Es ist keine spezifisch künstlerische Angelegenheit, diese Köpfe der Dichter, der Maler, der Philosophen und Politiker anzuschauen; es ist mehr eine Angelegenheit der Kulturgeschichte. Man freut sich, Freilicht zu begreifen, oder auch Fontane und Conrad Ferdinand Meyer. Es kommen einem allerlei Erinnerungen an die Romane des einen, an die Gedichte des anderen. Dabei erweist sich der ganz ausgezeichnete Katalog als trefflicher Helfer. Er wurde von Hans Radowsky zusammengestellt; in äußerst gedrungener Form erfahren wir irgend etwas Wesentliches aus dem Leben und dem Wirken der einzelnen Persönlichkeiten. Von Reherber etwa, dem Komponisten der „Dogenotten“, wird zitiert, was Franz Liszt von ihm sagte: „Er war eine neue Kombination aus Rossini und Weber“, die ihm, weil noch nicht dagewesen, eine Popularität eintrug, die bis dahin ohne Beispiel war, aber er war nur eine Kombination.“ Oder, ist es nicht außerordentlich geschicklich, Heinrich Heine, den wir in einer Zeichnung des Samuel Diez aus dem Jahre 1842 kennen lernen, sich selber durch sein Gedicht „Ich bin ein deutscher Dichter“ charakterisieren zu lassen?

Es ist wirklich ein lustiger und zugleich geistreicher Auslass, den man in dieser neuen Bildnisammlung aufgetan bekommt. Vorläufig ist die Zahl der zusammengestellten Bilder und Plakate noch gering; durch konzentriertes Zusammenfassen — die romantische Zeit von 1800 bis 1850, das Zeitalter Goethes, die Zeit der Aufklärung — ist die Wirkung dennoch eine reiche. Man spürt etwas von der Kraft des geschichtlichen Werbens, etwas von den Webersäben, die hinüber und herüber schossen, um so den vielblumigen Teppich der Zeiten zu gestalten. Man sieht um Goethe herum Casper David Friedrich, diesen Rastler der Landschaftsmalerei, die Brüder Grimm, den Gärtner Lenné, den Regierfort des Buchhändlers Nikolai, die scharf geschnittene Silhouette des biblischen Sokrates Moses Mendelssohn, eine Büste von Immanuel

Kant, von der A. M. Schlegel gepöppelt hat. „Daß die Unberechenbarkeit des hohen Alters ein trauriger Gegenstand für die Skulptur sei“, schließlich die Schmetterlingsgroße der Tagioni. Wirklich: eine amüsante Bilderfülle.

Freilich, es fehlt so mancher, der das Entscheidende seiner Zeit gab. Es ist die Geschichtsauffassung, die dieses Pantheon zusammensetzte, nicht ganz rein von konventioneller Genodnung. Indessen, die großen Linien sind doch spürbar, und selbst das bleibt nicht verborgen: daß alle Persönlichkeit nur Exponenten des Volkes ist.

„Bauchsenkerlaninchen“ — ein schreckliches Wort, wieder eines jener Worte, das andeutet, daß im Interesse der Wissenschaft und der „Krone der Schöpfung“ Tiere sich Schlimmes gefallen lassen müssen. Aber leider ist es nun einmal nicht anders möglich — mag auch das Herz und der ästhetische Sinn sich dagegen empören — wie jeder Fortschritt, so muß auch der medizinische mit Opfern und Schmerzen erkauft werden. Wir wissen alle, daß Krüger beim und nach dem Essen den guten Ablauf der Verdauung stört; daß auch andere Gemütsstörungen, wie Schreck, Angst, besondere Erscheinungen auf diesem Gebiete hervorrufen können, ist gleichfalls bekannt.

Die Wirkung von Gemütsbewegungen auf die Darmtätigkeit durch das Experiment direkt sichtbar zu machen, haben der „Zeitschrift für experimentelle Pathologie und Therapie“ zufolge die Forscher Katsch und Vorkus unternommen. Sie heilten Kaninchen Kellulosefester in die Bauchwand ein und konnten hierdurch nun die Bewegungen des Darmes genau beobachten. Bei einem dem Tier eingesetzten Schreden, z. B. durch polierendes Zubodenwerfen eines Gegenstandes, wurde der verdauende Darm plötzlich ganz bläh und lag regungslos still. Dieses Wirkung hatte die Erzeugung einer Schmerzempfindung beim Tiere. Dagegen förderten Lustempfindung die Darmtätigkeit. Ein „Bauchsenkerlaninchen“, das geschlafen und gebungert hatte, und dessen Darm daher ganz still dalag, bekam eine Rohrtrube vorgehalten und sofort setzte sich der Darm in Bewegung. Bei einem sehr lebhaften Tiere genügte schon die Erwartung des Futters. — Es ergeben sich aus diesen Experimenten Fingerzeige für die psychische Behandlung nervös-darmkranker Menschen.

Musik.

Deutsches Opernhaus Charlottenburg. Mit der Aufführung von Karl Goldmarks altorientalisch-orientalischer „Königin von Saba“ erfüllt die Direktion eine Pflicht gegen den Restor aller lebenden deutschen Opernkomponisten, denn ja auch einige andere Werke großen Stils, wie das erfolgreichere „Heimchen am Herd“, Johann „Merlin“ und „Götter von Verlichingen“ zu danken sind. In Goldmark sehen wir den letzten Vertreter der „Großen“ Oper, das ist jener Gattung, deren Gerschafft von Meyerbeer herausbeschrieben und von Verdi zum glanzvollen Abschluß gebracht wurde. „Die Königin von Saba“ ist Goldmarks früheste Schöpfung und Mitte der sechziger Jahre entstanden. Ein bedeutender originaler Musiker offenbart sich da, der über frisch-quehenden Melodienreichtum und eine farbensprühende Polphonie

gebietet, ohne doch den unterkennbaren Einflüssen Wagner'scher Instrumentation zu erliegen. In der Partitur kommt allerdings der vollständige Apparat der „großen Oper“ zur Geltung, als da sind: langatmige Gesangsmonologe, Arien, Duette, Massenscenen, Vallette, Volksaufzüge — alles Wehse, die eigentlich mit der „Handlung“ nur rein äußerlich zusammenhängen und nur um ihrer selbst willen hineingezogen wurden, um den Pomp des Ganzen zu steigern. Der Komponist sucht die ziemlich magere Handlung farbiger zu untermalen. Daher der oft lärmende, allzu schwelme Ueberzhang des Orchesters. Allzuviel Teilnahme wird schließlich erweckt; es tönt eben doch eine musikalische Sprache, die grobentworfte für moderne Gemüter verloren ist. Es war deshalb gut, daß die Hauptaufgabe in einer, man darf sagen, außerordentlich echten und lebendigen Dekoration erblickt wurde. Die Pracht der Gemächer, des Tempels, der Festhalle, des Parks, die Farbigkeit der Kostüme, die Leistungen des Ballets bieten eine reiche Augenweide. Darüber wurde nicht der musikalischen Seite vergessen. Lulu Kaesser (Sulamith) und Emma Zimmermann (Königin von Saba) stehen auf einwandfreier Höhe als Sängerrinnen wie auch als Darstellerinnen. Die Vöppartie des Hohepriesters wurde von Ernst Lehmann mit Kraft und Würde gegeben. Julius Koehler (König Salomon), Heinz Arensen (Assab), Edwin Heyer (Vasostausseher) boten, von mancherlei stimmlichen Unebenheiten abgesehen, doch auch recht Gutes. Die Chöre offenbarten Präzision und Klang. Das Orchester unter Eduard Rörke spielte vorzüglich.

Notizen.

— Theaterchronik. Im Joseph-Kainz-Theater am kleinen Wannsee finden am Mittwoch und Sonnabend für Schüler (zu ermäßigten Preisen) nachmittags 5 1/2 Uhr Aufführungen von „Medea“ statt. Am Donnerstag ist „Des Meeres und der Liebe Wellen“ vorgesehen, das am Freitag und Sonntag wiederholt wird. — Zum Präsidenten der Akademie der Künste ist Professor Ludwig Mangel, der jetzige Präsident, wiedergewählt worden. — Die gefilmte Weltgeschichte. Zu den zahlreichen Methoden der Geschichtsdarstellung tritt jetzt eine neue: die Geschichte im Film. Was da an Byzantinerei geleistet wird, übersteigt die gewohnten Maße. Die Geschichtsmacher haben denn auch bereits gelernt, sich dieser wirksamen Art zu bedienen. So wird jetzt der rumänisch-russisch-türkische Krieg gefilmt, der bekanntlich 1878 stattfand. 8000 Soldaten wirken dabei mit, und man hat die Raivität, dieses gefilmte und bestellte Nachwerk — als historisches Dokument dem Staatsarchiv einverleiben zu wollen. — Eine Million für ein Bild. Bei der Pariser Versteigerung der holländischen Gemäldesammlung Steengracht erzielte Rembrandts Parthie den Preis von einer Million Franken. Das Bild, das ein Londoner Kunstbändler erstand, wurde 1717 für 874 Gulden verkauft, im Jahr 1814 nach London für 2640 Franken. Rembrandt selbst wäre zufrieden gewesen, den tausendsten Teil von dem zu bekommen, was heute sein Werk kostet.

Der christliche Textilarbeiterverband in Bocholt hatte Lohnforderungen eingereicht, die die christlich-katholischen Textilarbeiter nicht bewilligten. Statt dessen antworteten diese Herren am Sonnabend mit der Aussperrung sämtlicher Textilarbeiter und Arbeiterinnen, die nach Ablauf einer 14-tägigen Kündigungsfrist beginnen soll. In Verracht kommen etwa 6300 Arbeiter und Arbeiterinnen. In eingeweihten Kreisen glaubt man nicht, daß es zur Aussperrung kommen wird, da man es auch hier mit einem christlichen Agitationsbluff zu tun haben dürfte.

Christliche als Streikbrecher.

Die frommen Brüder in Christo betätigen sich auch in Wahrheit, gleich Streik, als Streikbrecher. Bei der Firma Beyerlein in Vahrenth streifen seit drei Wochen die Spinnerarbeiten, weil die Firma schriftliche Abmachungen, die zur Beilegung eines früheren Streiks dienen, nicht innehielt. Die Firma hatte versprochen, aus Anlaß des Streiks keine Maßregelungen vorzunehmen; trotzdem aber hat die Firma kurz nach Wiederaufnahme der Arbeit den Vertrauensleuten der Arbeiter gekündigt. Und statt einer versprochenen Lohn-erhöhung wurde eine Lohnreduktion vorgenommen. Die Christlichen haben nun kurz vor Ausbruch des Streiks eine Ortsgruppe aus Arbeitern der Firma Beyerlein und mit Hilfe des Herrn Beyerlein gegründet. Die Mitglieder dieser christlichen Ortsgruppe sind samt und sonders als Arbeitswillige tätig, um der wertbrüchigen Firma zu helfen. Es ist dies wieder ein neuer Beweis, daß der christliche Textilarbeiterverband nur noch als Streikbrecherorganisation in Frage kommt. Sie sind Verräter der Arbeiterinteressen.

Generalversammlung des deutschen Bundes für Mutterschutz.

Der zweite Vortragsabend war der Prostitutionsfrage gewidmet. Der Stifter, Pfarrer Kießling-Samburg betonte, daß alle Volkserzieher in der Prostitution das Laster niedrigster und gefährlichster Art sehen, weil nicht nur das Einzelindividuum, sondern das ganze Land dadurch verunreinigt werde. Zwei Meinungen standen sich gegenüber. Die eine laute: Prostitution habe es immer gegeben, sie werde immer bleiben, die andere: Die Prostitution sei zu überwinden. Die nüchternste Ueberlegung zeige, daß die bisherige Behandlung verfehlt gewesen sei. Die Reglementierung, die Kasernierung, die ganze staatliche und polizeiliche Handhabung, habe nur zur Steigerung des Übels gedient. Das Alter der Prostitution beweise nicht, daß sie unausrottbar sei, auch die Sklaverei sei verschwunden. Unser soziales Zeitalter schreie bestimmt dieses Laster zu heben. Frühere Zeiten hätten das nicht vermocht, weil die Achtung vor dem Weibe fehlte. Die Bestimmungen gegen die Prostitution liege in der menschlichen Natur. Auch Eigennutz, Egoismus, Jähzorn, Lüge in der menschlichen Natur und würden mit Erfolg bekämpft. Und die Menschen hätten nicht das Recht, diesem sozialen Laster einen Freibrief zu geben. So lange aber der Staat die Prostitution regelt, mehr, wäre kein Sieg zu erhoffen. Die wirtschaftlichen Ursachen müßten stark sein, aber die stärksten wären sie nicht. Die Erziehung müsse den Kampf gegen das Laster führen. Besonders weist der Referent auf Sport und Wandertour hin. Die Probleme der Erziehung hätten sich heute eine ganz andere Aufnahme errungen. Selbstverständlich müßten die Löhne besser werden, soziales Recht müsse hinzukommen. Der besser Situierte stehe der Prostitution gefeierter gegenüber. Der Kampf gegen die polizeilichen Gewaltmaßnahmen habe gar keinen Zweck. Redner schließt mit dem Wunsch, daß die Ueberwindung der Prostitution unserer Zeit vorbehalten sein möchte.

Der zweite Redner, Landgerichtsrat Rupprecht-München, meint: Man möge auf die jugendlichen Einflüsse zu gewinnen suchen, hier sei in etwas zu helfen. Das erste allerdings noch wenige Material über die Altersstufen der Dirnen habe München besessen. London besitze etwa 60 000 Dirnen, Paris 40 000, Berlin 30 000, München 3000. Die Hälfte davon sei im allgemeinen minderjährig. In Berlin vielleicht 10 000. Sie seien die gefährlichsten, weil keine ärztliche Behandlung bei ihnen vorläge, und die Hälfte von ihnen geschlechtskrank wäre. Von 88 in drei Jahren zur Abtötung gekommenen waren 36 krank gewesen. 671 in einem Jahre erkrankten des Krankheitsverdächtig. In der Hauptsache setze sich die Schar aus den aus den kleinen Orten und vom Lande in die Großstädte kommenden Dienstmädchen zusammen, dann erst kämen Kellnerinnen, Fabrikarbeiterinnen. Die Großstadtlösungen, das Schlafstellenwesen, die gesamten Wohnungsverhältnisse, Verführung, Gelderwerb (besonders bei fortgeschrittenem Gewerbe), Muppel, diese allerdings seltener durch die eigene Mutter, dann aber meistens bis zu schrecklichen Verwicklungen ausartend, seien als Ursache anzusehen. Auch die Not der Eltern sei manchmal die Ursache des Untergangs der Mädchen. Der Referent zeigt besonders scharf auf die Herrschaften hin, die sich an den jungen Dienstboten aus schmerzlicher Verunsicherung. Oft für ein Abendessen oder für 50 Pf. operaten die Jugendlichen, die Stubentöchterchen, auf den Weg der Prostitution. Frankreich habe kürzlich für diese Jugendlichen, auch Belgien. Der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch, der aber erst 1917 kommen könne, zeige auch Verbesserungen vor. Aber das Jugendgerichtsgesetz biete schon mildere Handhabungen. Vor allen Dingen seien nur Polizeiarbeiterinnen für Jugendliche, kein Zusammenbringen mit älteren Prostituierten in Krankenhäusern zu empfehlen. Zu erstreben sei eine Landeszentrale der Fürsorge. Hier wäre die Frau und Mutter am Platze, Polizei und Gericht wären nicht allein imstande zu helfen. Vor allen Dingen müsse dem Rat eine höhere Würdigung des weiblichen Geschlechts beibracht werden.

Dr. Magnus Kirchfeld, der dritte Redner, sprach über die jugendlichen männlichen Prostituierten, über die auszunehmenden Elemente, die sie umgeben, sie ausbeuten. Er unterscheidet zwischen gewerkschaftlich mit Frauen verkehrenden Männern, die in Kombinationen uhm. Annäherung versuchen, Verleumdungen. Die weiblichen Zubehälter würden oft verkannt, der § 31a habe auch schwere Schäden im Gefolge, oft wären solche jungen männlichen Elemente die Opfer der Dirnen, die sie nicht wieder freilassen. Auch auf die vielen weiblichen Zubehälter, die vielleicht 30 Proz. ausmachten, wies Redner hin. Die männlichen Homosexuellen teilt er in zwei Gruppen, die Gelegenheitsprostituierten und die Gewerkschaftsmänner. Unter den Gewerkschaftsmännern gäbe es sogar normal Veranlagte, die nur Geld ersehnten. Schwache Naturen, schlechte Familienverhältnisse wären oft die Ursache, daß sie in dieses Elend hineingerieten. Prügelstrafe habe keinen Zweck. Redner verspricht sich Hilfe durch wissenschaftliche Forschung, Aufklärung der betreffenden Individuen, Erziehung, Jugendfürsorge, Sport, Hebung der sozialen Notlage.

In der Diskussion sprach u. a. ein Herr Wangemann aus Ruffschul, der hier zurzeit durch das Konfitorium diszipliniert worden ist, weil er sich als Pfarrer mit dem Studium dieser Fragen in Obdachlosenanstalten uhm. befaßt habe. In der Hauptsache wird von verschiedenen Diskussionsrednern betont, daß der Kampf gegen den unsittlichen Mann im allgemeinen aufgenommen werden müsse.

Der dritte Abend war der Internationalen Vereinigung für Mutterschutz und Sexualreform gewidmet. Es sprach zuerst Prof. Dr. Leopold von Wajze - Düsseldorf über „Sexualordnungen des Orients und das Problem ihrer Reform“. Er gab ein farbenreiches Bild Indiens, des Familienwesens der Eingeborenen. Der Redner empfiehlt internationalen Studienvereinigung, die mit Hilfe von Aristaten die Emanzipationsmöglichkeiten darlegen möge, man solle aufhören, die sozialen Probleme des Orients als amüsante Kuriosa zu betrachten.

Dr. med. Ivan Bloch sprach im Anschluß daran über „Die sexuelle Solidarität der Kulturmenschen“ und legte seinen Worten die folgenden Thesen zugrunde:

1. Die sexuelle Frage ist als Kulturfrage heute eine internationale Frage geworden und kann nur durch die Solidarität aller Kulturvölker in einheitlichem Sinne gelöst werden.
2. Da die sexuelle Energie ein wichtiges und wesentliches Element der allgemeinen Kultur und des Fortschritts bildet, hat die Kulturmenschen ein soziales Interesse an ihrem Schutze und an ihrer Förderung.

3. Da der Begriff „Kulturmenschen“ durch die Beziehung fast aller Rassen zur Kulturarbeit sich immer mehr erweitert, muß auch die nationale Sexualethik immer mehr einer allgemeinen kulturellen Sexualethik Platz machen.

4. So müssen auch die eminent praktischen Fragen der Rassenmischung, der Bekämpfung der Prostitution und der Geschlechtskrankheiten einzig und allein vom Standpunkt dieser „größeren“ Kulturmenschen beurteilt werden.

In der Diskussion sprach zunächst Frau Steenhoop-Stochholm. Sie wies darauf hin, daß die Männer nicht zu erschrecken brauchen, wenn auch mal das Weib den Traum der Liebe zu träumen gedenke, bisher hätten doch in der Hauptsache nur Herrenkinder und Sklavensinder die Erde bevölkert. Erst die Gegenseitigkeit der Liebe verspreche das Höchste. Nicht nur Solidarität, sondern Freiheit und Solidarität müßten sich einen, so erst werde das wirkliche Prinzip der Demokratie zur Tat. Der Normerger Heiberg sprach von neuen praktischen Gesetzen Norwegens. Das uneheliche Kind solle ganz dem ehelichen gleichgestellt werden. Mit der idealen Hebung der Mutterschutzbestrebungen habe man auch in Norwegen noch einen schweren Kampf. Die Holländerin Frau Hohenier-Martens, die Tochter des berühmten Malers, sprach in feinsinnigen Worten über ihre in Deutschland auf der Tagung empfangenen Eindrücke, sie löste sich vor wie eine ältere Schwester, da doch Holland mit dem Mutterschutz dem Deutschen Reich vorangegangen wäre, allerdings erst nach dem Vorbild Frankreichs, das noch einige Jahre früher damit eingeseht. Den ersten großen Mutterschutz hat ja bereits Napoleon der Große begründet, und der könne heute noch vorbildlich sein. Im Jahrhundert der Volkserhebung, wo so viele schwere Steine auf den Korsten in Deutschland geschleudert würden, dürfte es wohl angebracht sein, auf diese einzigartige soziale Tat des kühnen Eroberers hinzuweisen. Die Tagung schloß Dr. Helene Stöder mit einigen Abschiedsworten, in denen sie noch einmal kräftig auf die Internationalität der Mutterschutzbewegung hinwies.

Verbandstag der Gutarbeiter.

Die Debatte über die Invalidentasse wurde am Dienstag fortgesetzt. Im wesentlichen fanden sich zwei Richtungen gegenüber. Die eine machte Vorschläge, die den Fortbestand der Rasse sichern sollen, erforderlichenfalls durch Zuschüsse der Verbandkasse oder dadurch, daß die Invalidentasse zu einer obligatorischen Einrichtung gemacht werde. Die andere Richtung der Redner befürwortete die Aufhebung der Invalidentasse unter Wahrung der erworbenen Rechte der Mitglieder oder Rückzahlung der geleisteten Beiträge. Es wurde auch betont, daß die Invalidentasse in den Rahmen der modernen Gewerkschaftsbewegung nicht hineinpaße und ihre Aufhebung auch aus diesem Grunde zu wünschen sei.

Ein Antrag, der die Invalidentasse zu einer obligatorischen Einrichtung für alle männlichen Verbandsmitglieder machen will, wurde in namentlicher Abstimmung mit 41 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Der Verbandsvorsitzende Meißels besprach hierauf die Anträge, welche zum Verbandsstatut gestellt sind. Unter anderem betonte er, daß in allen Filialen Lokalkassen eingerichtet werden müßten, welche laufende Beiträge zu erheben hätten. Aus den Lokalkassen sollten dann auch die Beiträge für große Streiks und Ausperrungen anderer Organisationen gezahlt werden, falls diese durch das von der Konferenz der Verbandsvorstände empfohlene Umlageverfahren unterläßt werden. Hinsichtlich des Unterstützungswezens sei der Grundlag zu folgen, daß dem Verbands mehr Mittel zur Erfüllung der eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben zur Verfügung gestellt werden. Vor allem müßten auch für die Agitation die erforderlichen Mittel bereitgehalten werden. Auch die für die Erhaltung der gewonnenen Mitglieder unbedingt notwendige Hauskassierung erfordere Geldmittel. Besonders müsse sich der Verband die Agitation unter den weiblichen Berufangehörigen angelegen sein lassen. Es sollten Konferenzen für weibliche Mitglieder abgehalten werden, um aus deren Reihen geeignete Kräfte für die Agitation heranzuziehen. Um alles das durchzuführen zu können, müßten dem Vorstände die Rechte eingeräumt werden, welche die Voraussetzung einer wirksamen Initiative seien.

Die Diskussion über die Statutenanträge drehte sich hauptsächlich um die Höhe der Beiträge und Unterstützungsätze, sowie um die Klasseneinteilung derselben. Der Antrag des Vorstandes, in allen Filialen Lokalkassen von mindestens 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder zu erheben, ließ bei verschiedenen Rednern auf Widerspruch. Sie meinten, wenn auch nach Einführung fester Lokalkassen die freiwilligen Sammlungen in Formalläsen, so würde die Keuerung doch von den Mitgliedern als Beitragserhöhung empfunden werden und deshalb keinen Anklang finden. Man möge es bei dem bisherigen Zustande lassen, wonach den Filialen 5 Proz. der Einnahmen zur Verfügung stehen. Wenn der Verbandsvorstand den Filialen die Erhebung fester Beiträge und die Schaffung von Ordnungsstatuten vorschreiben wolle, so sei das ein Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht, welches den Filialen bisher zuzustand. — Einzelne Redner befürworteten dagegen den Antrag des Verbandsvorstandes. — Während noch dem jetzigen Statut die Unterstützungsätze und die Unterstühtungsdauer nur nach den Beitragsklassen abgestuft sind, wollen mehrere der vorliegenden Anträge, daß die Unterstühtungsdauer auch nach der Dauer der Mitgliedschaft abgestuft werde. Auch diese Angelegenheit nahm einen breiten Raum in den Erörterungen ein.

Die Diskussion wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt.

Soziales.

Aus dem Gutachten eines Vertrauensarztes.

Welche Fälle von Vereingemommenheit und Kennntnislosigkeit einzelne Vertrauensärzte der Berufsvereinigungen kennzeichnen, ist ungeheuerlich. Hierfür wieder ein Fall:

Ein 40 Jahre alter Maurer war in einer Fabrik bei Aachenburg mit einer Reparatur am Kesselbau beschäftigt. Beim Einsteigen in den Schacht kam er zu Fall und schlug sich sehr heftig gegen Brust und Magenregion. Ein Arbeiter half ihm aus der Grube, legte ihm kalte Umschläge auf die Brust. Nach vergeblichem Arbeitsversuche mußte der Verletzte die Arbeit einstellen, nachdem ihm einigemal Blut aus dem Munde gekommen war. Nach langem Krankenlager starb dann der Verletzte an den Folgen dieses Unfalles, wie die behandelnden Aerzte auch festgestellt hatten.

Die Berufsvereingung weigerte sich, die Rente zu gewähren, weil der Unfall an sich nicht bewiesen sei, erst später gemeldet worden wäre und sicher die tödbringende Krankheit vor dem Unfall schon bestanden habe. Die Witwe des Verstorbenen konnte aber nachweisen, daß der Verletzte jahrelang tätig war und nur einige Tage einmal feiert mußte, also ein gesunder Arbeiter war. Die Betriebskrankenkasse gab an, daß der Verstorbene nur zweimal krank gewesen war und zwar 3 Jahre vor dem Unfall einen Tag an Influenza und dann noch einen weiteren Tag wegen Bronchialkatarrh. Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zu Würzburg ließ auch den Augenzug des Unfalles, den Maurer H., eiblich zur Sache vernehmen, der seine Angaben wiederholte, daß der Verstorbene vor dem Unfall niemals über Brustschmerzen uhm. geklagt, immer ein gesunder Arbeiter gewesen, daß er den Verletzten dann nach dem Sturz aus dem Schacht herausgeholfen, Umschläge aufgelegt und gesehen habe, wie später mehrere Male dunkles Blut aus dem Munde des Verletzten gekommen sei. Auf sein Zutreden habe sich dann der Verletzte nach Hause begeben und sei sicher an den Folgen dieses Unfalles verstorben. Was meinte nun der Vertrauensarzt der Berufsvereingung, der Verlethungsarzt in Aachenburg, dazu? Er setzte sich hin und schrieb: „Post hoc ergo propter hoc“ (nach dem Fall, deshalb wegen desselben) hat sich der verstorbene W. und sein Freund H., der Unfallgenosse, gedacht: Wir machen einen Unfall aus einer Kleinigkeit, die vielleicht am 24. April passiert sein kann. Am 24. April ereignete sich bereits der Unfall und am 30. Juni wird ein Unfall konstatiert, nicht von einem weitaus von jeder Kultur und deren Errungen-schaften entfernt wohnenden Bauernknecht, sondern von einem wohl-organisierten Arbeiter, der täglich mit Hunderten von Kollegen

verkehrt und der seine Rechte recht wohl kennt. Wenn W. rückwärts in den Schacht stürzte, so kann er nur mit dem Rücken aufschlagen, da es undenkbar ist, daß W. im Sturze sich nochmals nach der Gesichtseite hinbewegt. Wenn überhaupt etwas passiert ist, so kann der Unfall sich nur derartig ereignet haben, daß W. mit dem Rücken auf dem Rücken in den Schacht getreten. Von einem Fall könne also gar keine Rede sein, denn W. habe zuerst ein Kopfweiden aus dem Unfall — konstruieren“ wollen, habe dann erklärt, daß er nicht mehr richtig sehe und höre und dann später legte er sich auf das Lungenleiden fest. Sicher habe aber der Verletzte schon vor dem Unfall an offener Tuberkulose gelitten.

Ein Glück für die arme Familie, daß Schiedsgericht und Reichsversicherungsamt doch etwas näher auf die Sache eingingen und den eiblichen Aussagen der Zeugen und behandelnden Aerzte mehr Gewicht beilegten, als den „Bemutungen“ des Vertrauensarztes der Berufsvereingung. Ein Spezialarzt legte näher dar, daß nur ein Unfall die Ursache des Todes gewesen sein könnte.

Derartige „Vertrauensärzte“ schädigen das Vertrauen zu allen Aerzten ungeheuer.

Gerichts-Zeitung.

Anfechtung einer Bürgschaft wegen widerrechtlicher Drohung.

Wer zur Abgabe einer Willenserklärung widerrechtlich durch Drohung bestimmt worden ist, kann die Erklärung nach § 123 des Bürgerlichen Gesetzbuchs anfechten. Zur Anfechtbarkeit genügt auch das Vorliegen einer verdeckten Drohung, wenn durch sie der Verdacht der Abgabe der fraglichen Willenserklärung veranlaßt worden ist. Dabei ist es auch nicht erforderlich, daß der Drohende für sich selbst den widerrechtlichen Vorteil erstrebt; auch wenn die Drohung geschehen ist, um eine Erklärung zugunsten Dritter zu erzielen, ist die Anfechtung begründet. Ein Rechtsstreit dieser Art beschäftigte am Montag das Reichsgericht:

Der Apotheker A. war Vorsteher der Drogisteninnung in Berlin gewesen. Als solcher hat er nach der Behauptung der Innung während mehrerer Jahre über 23 000 M. für die Innungsmittglieder eingesogener Gelder an diese nicht abgeliefert. Nach Bekanntwerden dieses Umstandes beging er am 27. Mai 1911 einen Selbstmordversuch. Am nächsten Tage begab sich das Vorstandsmitglied der Innung, S., im Auftrage des Vorstandes in die Wohnung des A. und verhandelte mit dessen Frau und Tochter. Die letzteren beiden unterzeichneten dann einen Bürgschaftsschein, wonach sie für die durch die Abrechnung sich ergebenden Verpflichtungen des A. gegenüber den Mitgliedern der Innung volle Bürgschaft übernahmen. Einige Tage darauf zahlten Frau und Tochter des A. einen Teilbetrag von 2700 M., haben dann aber die Bürgschaftserklärung angefochten. Die Drogisteninnung erhob deshalb Klage auf Zahlung des Restbetrags von über 20 000 M. A., der geteilskrank gewesen sein soll, ist inzwischen verstorben. Die beiden Bürginnen wandten gegen die Klage ein: sie seien zur Unterzeichnung des Scheins widerrechtlich durch Drohung bestimmt worden.

Das Landgericht II zu Berlin hat die Beklagten zur Zahlung verurteilt. Vom Kammergericht dagegen ist die Klage abgewiesen worden. Die Entscheidungsbegründe des Kammergerichts führen hierzu aus: Die Beklagten sind widerrechtlich durch Drohung des S. zur Abgabe der Bürgschaftserklärung bestimmt worden. S. hat von ihnen die Bürgschaft verlangt, sie haben sie ihm nicht selbst angeboten. Als die beklagte Frau A. fragte, was geschehe, wenn sie den Schein nicht unterschrieben, erwiderte S.: „Jetzt weiß es der Vorstand, belangengeben müssen wir es, daß das Geld nicht da ist; in der nächsten Woche ist Sitzung, wenn wir vor die Innung treten, und sagen, das Geld ist nicht da, so wird die Versammlung sagen, es ist unterschlagen worden; wenn wir aber die Bürgschaft vorlegen können, wird sich die Versammlung beruhigen“. Hierauf erst haben die Beklagten den Schein unterschrieben. Bei den Worten des S. handelt es sich nicht, wie die Klägerin meint, um einen bloßen Hinweis auf bestehende Verhältnisse, die schon von selbst ein künftiges Uebel ermutigen lassen, sondern um die Androhung eines künftigen Übels in widerrechtlicher Absicht. S. hat unter Hinweis auf die Folgen der Nichtunterschrift des Scheins die Beklagten in Furcht vor einer Strafverurteilung versetzt und durch diese Furchterregung sie zur Abgabe der Bürgschaft bestimmen wollen. Das ist ihm auch gelungen. Nach der Ueberzeugung des Gerichts haben die Beklagten nur infolge dieser Furchterregung den Schein unterschrieben. Ihr freier Wille ist durch die mindestens verdeckte, aber von ihnen erkannte Androhung der Strafverurteilung beeinträchtigt worden. Entscheidung ist allein der mit der Drohung verfolgte Zweck. Ein widerrechtlicher Zweck ist hier aber mit der Drohung verfolgt worden. Denn die Klägerin hatte kein Recht auf Sicherung ihrer Forderung. Die Drohung braucht auch nicht von demjenigen auszugehen, demgegenüber im Rechtsinne die Erklärung abgegeben ist. Eine Befähigung der Bürgschaftserklärung ist in der nachträglichen Zahlung der 2700 M. nicht zu erblicken, weil die Zahlung noch erfolgte unter der Wirkung der Drohung.

Ohne Erfolg versuchte es die Klägerin mit dem Rechtsmittel der Revision: das Reichsgericht hat die Revision zurückgewiesen.

Selbstmordversuch des Arbeitswilligen-Schwurzeugen.

Der am Sonnabend zu sieben Jahren Justizhaus verurteilte Maurermeister William Pfeiffer stürzte sich am Montag früh, als er im Gerichtsgefängnis zur Freistunde geführt werden sollte, drei Etagen hoch über ein Treppengeländer hinweg, einen Lichtschacht hinunter. Bei der Tat hatte der Mann ein Gefängnisbuch, in dem er in der letzten Zeit viel las, in die Hand genommen. Den Gefangenenaußenseher hatte er dadurch getrauscht, daß er ihm bei dem Öffnen der Gefängnistür sagte, er möchte vor Beginn der Freistunde erst seinen Kaffee austrinken. Pfeiffer schlug bei dem Sturz auf die im Gefängnistür angebrachte sogenannte arme Sündenlade auf und wurde mit zerstückelten Gliedern nach der Klinik geschafft. Jedoch sollen die Verletzungen nicht lebensgefährlich sein. Pf. war auch Vorstandsmitglied einer Kirchengemeinde.

Der „Chirromantiker“.

In das Reich des krafftesten Bergglaubens führte eine Verhandlung hinein, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Desse die 2. Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Angeklagt wegen Verpression und Freiheitsberaubung war der „Naturheilkundige“ Heinrich Hermann aus Wilmersdorf. — Die Verhandlung zeigte wieder einmal, daß es immer noch Leute gibt, welche an die blödeste „Wahrhaftigkeit“ glauben. Neben dem üblichen Kumpel, Wahrsagen aus Kaffeegrund, Eibditter uhm. wird seit einiger Zeit von geschäftstüchtigen Leuten die Chirromantie oder Handleskunst betrieben, mit der früher auf den Jahrmärkten schamhafte Zigeunerweiber auf den Gimpelgang gingen. In den Deuten, welche diejenigen, die „nicht alle“ werden, als Geldquelle benutzen, scheint auch der Angeklagte zu gehören, der in Wilmersdorf angeblich die Naturheilkunde ausübt und nebenbei „wahr“ sagt. Auf Grund eines ihnen auf der Straße in die Hand gedrückten Messingzettels, auf welchem auf die unfehlbar eintreffenden Prophegeungen mittels der Chirromantie hingewiesen wurde, erschienen eines Tages die Wirtschaftlerin Anna Stemme und die Verkäuferin Frieda Schmidt in der Wohnung des Angeklagten, um sich aus der Hand wahrzagen zu lassen. Der „Chirromantiker“ arbeitete ziemlich eine halbe Stunde an der Hand der Schmidt herum, bis dieser schließlich der Frau lahm wurde. Nachdem diese Prophege erlitten war, verlangte der Angeklagte für die schriftliche Ausarbeitung der „Prophegeung“ 8 M. Der Zeugin war dieser Wlad in die Zukunft wohl doch etwas zu teuer. Nach langem Weilschen ermahigte der Prophege seine Forderung auf 1 M. Als die beiden neugierigen Damen auch diesen „Schleuderpreis“ nicht zahlen wollten, schloß der Angeklagte kurzerhand die Tür zu und erklärte, daß sie nicht eher herauskämen, bis das Geld bezahlt sei. Der Zeugin Schmidt blieb schließlich nichts übrig, als die eine Mark zu bezahlen.

Das Gericht erkannte bezüglich der Verpression auf Freisprechung. Dagegen wurde der Angeklagte wegen Rötigung und Freiheitsberaubung zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham... Si-Si...

Arbeiter-Bekleidung... Auto-Fahrschulen...

Büchereien, Konditor... Brot-Fabrik 'Vorwärts'...

Biottners Großbäckerei... Franz Paulwetter...

Oskar Hanke's Brotbäckerei... Hoppe's Backwaren...

Ladenthin, O. Weg 34... Emil Lieske...

Bäckerei 'Nordstern'... Ranfft...

Rich. Schenk... Turban...

Volksbrot, F.G.M.B.H. Ludwig Walter...

Bermann Wendi... Wilhelma...

Edenanstalten... Arkona-Bad...

Bad... Bürgerbad... Central-Bad...

Bad Ostend... Passage-Bad... Silesia...

Bandagen, Gummiw... R. Baake...

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Reiche, A. Beleucht.-Gesellsch. Drogen u. Farben...

Drummenstr. 108 n. 157 Apotheke... Knesbeck-Drog.

Prinzenstr. 103... Palladenstr. 45...

Ernst Preuß... Werder-Drogerie...

Max Schöne... Beerdig.-Anst. Sargm.

H. Fischer... Max Fuchs...

W. Adeling & A. Hoffmann... Berghraueri Weißensee...

Brauerei Königsstadt... Brauerei Tivoli...

Weissbier - Caramelbier... Groterjans...

C. Habels Brauerei... Hempel, E. Mollerstr. 128 d.

Goldbier... Löwen-Brauerei...

Victoria-Brauerei... Weissbier, C. Breithaupt...

Blumen und Kränze... Oskar Albertus...

Drei Kronen... Butter, Eier, Käse...

Gebrüder Groh... August Holz...

Bezugsquellen-Verzeichnis.

F. HAGEN 22 Verkaufsstellen 22 Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte

With. Pleß, Buttergroßhdlg. Berlin C. 54, Rosenhagenstr. 40... Gust. Schultze & Sohn

Schröter, R. 43 Verkaufsstellen Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen

Cacao, Chocolate Adler's Konditorei...

Stolwerck Gold Silber Kupfer Schokolade - Kakao

Cyliax, G. Filialen in Berlin, Potsdam, Frankfurt a. M., Breslau, Danzig, Königsberg...

Fordern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg Cigarrenhandlungen

Damenkonfektion Dombrowsky Restat, J. Eisen- u. Stahlw., Waif.

Klein, Wilh. Otto Braun G. Brucklacher...

Paul Nuss Ptach P. Reibel...

G. Knlicke, Färb.-, Wäschereifabrik...

Fließloch- u. Wurstw. G. Amling...

Wilhelm Behr Wurstfabrik...

K. Christ, Kiltbergerstr. 58. Ph. Christ...

Oskar Grube Gussinck, Rich. Gelschmann...

E. Harzbecher Janik, C. Br. Jüstch...

Otto Grube Gussinck, Rich. Gelschmann...

E. Harzbecher Janik, C. Br. Jüstch...

Otto Grube Gussinck, Rich. Gelschmann...

E. Harzbecher Janik, C. Br. Jüstch...

Otto Grube Gussinck, Rich. Gelschmann...

E. Harzbecher Janik, C. Br. Jüstch...

Otto Grube Gussinck, Rich. Gelschmann...

E. Harzbecher Janik, C. Br. Jüstch...

Otto Grube Gussinck, Rich. Gelschmann...

E. Harzbecher Janik, C. Br. Jüstch...

Otto Grube Gussinck, Rich. Gelschmann...

E. Harzbecher Janik, C. Br. Jüstch...

Otto Grube Gussinck, Rich. Gelschmann...

E. Harzbecher Janik, C. Br. Jüstch...

Otto Grube Gussinck, Rich. Gelschmann...

E. Harzbecher Janik, C. Br. Jüstch...

Otto Grube Gussinck, Rich. Gelschmann...

E. Harzbecher Janik, C. Br. Jüstch...

Haar-Artikel Berliner Zopf-Zentrale

Glas u. Porzellan G. Krüger...

Grammoph., Sprechm. W. Becker...

Haus- u. Küchengaräte Kamnick...

Harren-Artikel H. Bock...

Ad. Mahnke Scholz, Osw. Wrangelstr. 45

Wrangelstr. 45 W. Sendler Herren- u. Knabengard.

J. Baer Hesser, Julius...

Marcus, S. Kosner, Max...

Julius Salomon...

Hüte, Mützen u. Pelzw. Huthaus Norden

Deise, Rud. M. Grund...

Rieck, Em. Schoerr, Herm.

Vester, E. Zum Hutwinkel

Aug. Wagner...

Kaufhäuser Z. Alexander & Co.

B. Hennig & Co. Kohlen, Koks, Briquets

Simon, A. R. Kolonialwaren

G. Behrens...

Budach, Franz...

G. Gollsch...

A. Fiedler...

Reik Fritze Gerull...

Hokenkamp & Neumann...

Lederwaren Hermann Callies

Taschen-Müller Lehranstalten

Zuschneide-Schule des Deutsch. Zuschneider-Verbandes

Mehlhandlungen Bethke, Georg...

Frese, Ernst Gaege, Otto

Jos. Hauke Heerma, H. W. Lau, Ch. Krumme

Jul. Penner Schleinitz, A.

Möbelmagazin Daehne, F. W. Goppert, Paul

Glaiser, A. W. Gabbert, Wilh.

Lange, Max Misch, Sigmund

Möbel-Gelegenheit Emil Hufnar

Schmidt, Otto Siebeky, W.

Möbel-Transport P. Enders...

Molkerei Molk. Strehl...

Milch-Schmidt Meierei und Molkereianst.

Schweizerhof Musikalien

Scholz Musikinstrumente

Nähmaschinen Klotz...

Singer Nähmaschinen

Papier- u. Schreibw. Bass, Paul...

Pfandleihen Langer...

Korbwaren, Kiderweg Metzners

Krankenkassenfahrik Fischer...

Photogr. Ateliers W. Scharf...

Photogr. Apparate M. Albrecht...

Restorhandlungen Leise-Frömel...

Schuhwaren, Schuhm. Damasschke...

Schlüsse u. Stöße Jehlichke...

Seifen Heideke...

Stempel- u. Vordrucksbezeich. Gust. Basse...

Teppiche u. Gardinen Gardienbeck...

Uhren u. Goldwaren J. A. Schulz...

Gustav Schoder Fabrik moderner Gold- u. Uhren

Otto Bickel A. E. Deike...

Max Busse Max Baese...

J. Gebhardt R. Schmelz...

Max Storch...

Vericherungen 'Deutschland' Berlin

'Friedrich Wilhelm' Berlin

Iduna zu Halle a. S. Volks- und Lebensversicherung

Warenhäuser Wilh. Herm. Lesser

Krug Böling Conrad...

Wolfs- u. Wollw., Trikot Max Doedicke...

Zahn-Atelier Döby...

Witte, Max

Der Zahlabend für Groß-Berlin findet heute Mittwoch statt.

Partei-Angelegenheiten.

Erklärung.

Die Angelegenheit des Genossen Vorchardt scheint von einzelnen Genossen jetzt schon so behandelt zu werden, daß es nicht mehr darauf ankommt, was Vorchardt vorgehalten wurde, sondern nur darauf, in wessen Auftrag der Genosse Fritz gehandelt und wer ihm das Material geliefert hat.

Die Anklagen, die Genosse Fritz gegen Vorchardt in der Verbandsgeneralversammlung am 13. April vorbrachte, sind den Funktionären des 3. sowie des 4. Kreises bei der ersten Auffstellung Vorchardts im Jahre 1910 zur Kenntnis gebracht worden, was Genosse Vorchardt in der Verbandsgeneralversammlung am 18. Mai selbst bestätigt hat.

Der Vorstand des 3. Berliner Reichstagswahlkreises.

Zweiter Wahlkreis (Friedrichstadt). 3. Abteilung (Osthälfte). Mittwoch, den 11. Juni, bei Wwe. Augustin, Oranienstr. 108. Zahlabend: Vortrag des Herrn Mag. Orie über: „Nichtiges Leben und Lehren“.

Zahlmorgen: Donnerstag, den 12. Juni, früh 8 Uhr: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Georg Davidsohn: „Der Kampf gegen den Alkoholmißbrauch“.

Dritter Wahlkreis. (8. Abteilung). Der Zahlabend des 236. Bezirks findet diesmal im Lokal Franz-Grenadierplatz 6 statt, Lichtenberg. Die Sammelliste zur Landtagswahl Nr. 16252 ist verloren gegangen. Die Liste, auf der nichts gezeichnet war, ist im Vorgeungsfalle anzuhalten.

Steglitz. Es finden heute Abend keine Bezirksabende, sondern nur Abteilungsverfammlungen statt. Die Genossen Dämmig, Henschel, Piek und Scheidemann werden über „Fünfzig Jahre deutsche Sozialdemokratie“ sprechen.

Petersdamm, Frederksdorf, Bogesdorf. Heute gemeinschaftlicher Zahlabend bei Kirchner am Bahnhof, pünktlich 8 1/2 Uhr.

Wannsee. Am Sonnabend, den 14. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im „Friedhof“: Wahlvereinsversammlung, Berichterstattung und äußerst wichtige Tagesordnung.

Nieder-Schöneweide. Wegen der Beerdigung unseres verstorbenen Genossen D. Neumann fällt unser heutiger Zahlabend aus; derselbe findet am nächsten Dienstag als kombinierter Zahlabend für alle Bezirke im Lokal von Goul, Haffelwerder Straße, statt. Außerst wichtige Tagesordnung. Neue Bezirksinteilung.

Alt-Gröden. Heute, Mittwoch, Zahlabend: 1. Bezirk bei Dürre, Köpenicker Straße, 2. Bezirk bei Henschel, Grünauer Straße. Der Zahlabend für den Ostteil Falkenberg findet am Sonnabend, den 14. d. Mts. bei Schäfer, Schirmerstraße, statt.

Berliner Nachrichten.

Die Einfuhr russischen Fleisches wird eingestellt.

Die Fleischenerzeugungsdeputation hat gestern Abend eine Sitzung abgehalten, in der der Oberbürgermeister bekannt gab, daß die Eingabe der Deputation an den preussischen Landwirtschaftsminister, die Einfuhr von russischem lebendem Vieh nach Berlin während der Sommermonate zu gestatten, vom Minister abschlägig beschieden worden ist; es läge keine Ursache vor, die Einfuhr zu gestatten, da ein Rotstand nicht vorliege, und andererseits veterinär-polizeiliche Bedenken die Erlaubnis hindern. In der Deputation wurde festgestellt, daß bis jetzt (in 32 Wochen) für Berlin 87 875 Zentner und für die Vororte 83 785 Zentner, mithin im ganzen 171 660 Zentner russischen Fleisches (Rind und Schwein je zur Hälfte) bezogen worden sind; insgesamt wurden bis jetzt für 7 1/2 Millionen Mark Fleisch verkauft. Bei der heißen Jahreszeit sind aber trotz aller Bemühungen größere Verluste nicht zu vermeiden, wenn geschlachtetes Vieh eingeführt wird, während die Einfuhr lebenden Viehes sich leichter durchführen läßt. Die überwiegende Mehrheit der Kommission schloß sich den Anschauungen an, die von liberaler Seite vertreten wurden, daß ein Weiterbezug von Fleisch jetzt nicht mehr angängig sei. Unsere Genossen machten dagegen vergeblich auf die Gefahr der Preissteigerung aufmerksam, da dann wieder die unbeschränkte Herrschaft der Berliner Fleischermesse über den Berliner Markt eintreten wird. Der Antrag unserer Genossen, den Fleischbezug auch während der Sommermonate beizubehalten, wenn auch in beschränktem Umfang, solange die Erlaubnis dauert (also vorläufig bis 1. Oktober d. J.), wurde gegen deren Stimmen abgelehnt, angenommen dagegen ein Antrag Dr. Cassel-Raempff, daß der Verkauf des russischen Fleisches bis auf weiteres eingestellt wird, die Deputation hat sich aber vorbehalten, wenn die Verhältnisse es erfordern, den Verkauf wieder aufzunehmen.

Gemäß diesem Beschluß wird nun der Fleischbezug und Verkauf russischen Fleisches vom 21. d. M. bis auf weiteres eingestellt!

Die Fleischermesse, die in ihren Fachblättern wie in den ihnen politisch nahestehenden Zeitungen, stets eine wilde Heche gegen den Bezug russischen Fleisches durch die Stadt getrieben hatten, werden erleichtert aufatmen — sie die nun die unbedeutsame Konkurrenz der Stadt los —, die ärmere Bevölkerung aber wird, sobald die Fleischpreise wieder steigen, den Schaden haben.

Die Verkehrsdeputation nahm in ihrer gestrigen Sitzung Kenntnis von dem Projekt des bei Blödenitz zu erbauenden Westhafens. Der Stadtbaurat Wehmer erläuterte das Projekt auf Grund der ausliegenden Zeichnungen und Entwürfe. Die Gesamtausführung wird einen Kostenaufwand von über 84 1/2 Millionen Mark erfordern. Die Deputation erklärte sich mit der Ausführung des Projektes einverstanden und empfahl dem Magistrat die Annahme des Projektes unter der Voraussetzung, daß der Eisenbahnminister die Anerkennung des Westhafens als Tarifstation auspricht.

Ein schwerer Unglücksfall

ereignete sich am Montagmittag in den Tegeler Gaswerken. Dort war der Hilfsarbeiter Kaspar damit beschäftigt, eine Lauffahne für Löhswagen festzuschrauben, als er von einem mit Holz beladenen Löhswagen überfahren und schwer verletzt wurde. Das Anie des rechten Beines wurde zermalmt und aus dem linken Bein die Wade herausgerissen. Kaspar wurde nach dem Paul-Gerhardt-Stift in der Müllerstraße gebracht.

Wie uns mitgeteilt wird, war das Unglück nur möglich, weil Warnungszeichen durch das dort herrschende Getöse nicht gehört werden, selbst wenn sie gegeben würden. Dazu komme, daß bei der Art der Arbeit und dem Wechsel der Arbeiter bei dem Kolksabfahren alle Vorsicht außer acht gelassen werden müsse. Weil man Leute sparen wolle, würde immer nur der Arbeiter mit dem Abfahren des Kolls betraut, der zufällig zur Hand sei.

Wieder ein Drahtseilattentat.

Am Montagabend gegen 11 Uhr ist wiederum von bisher noch unbekanntem Täter ein Anschlag auf Automobilisten verübt worden. Der Autodroschkenbesitzer Otto Prawitz, Gaudystraße zu Berlin wohnhaft, hatte gegen 10 Uhr einen Fahrgast nach Potsdam gebracht und wollte gegen 11 Uhr zurückkehren. Als der Wagen Wannsee passierte und die nach dem Stern im Grunewald führende Chaussee erreicht hatte, schlug der Führer ein flottes Tempo an. Nicht hinter der Kaiserbrücke, die in der Höhe des Freibades bei der Bahnhofsartebude 5 die Chaussee überspannt, stieß der Kraftwagen plötzlich gegen ein Hindernis, das die beiden Scheinwerfer zertrümmerte. Der Chauffeur bremste scharf ab und brachte sein Gefährt nach wenigen Metern zum Stehen. Als Prawitz nun die Fahrstraße untersuchte, fand er zwischen zwei starken Bäumen ein zerrissenes Drahtseil, das quer über die Chaussee gespannt war. Bei näherer Untersuchung stellte sich heraus, daß es sich um einen 3 Millimeter starken Telephonleitungsdraht aus Bronze handelte, der zum Glück schon stark verrostet war, so daß er dem heranlaufenden Automobil keinen großen Widerstand entgegenzusetzen konnte. Der Chauffeur benachrichtigte sofort den Amtsvorstand Grunewald-Forst, der noch in der Nacht Gendarmen an die Unfallstelle entsandte. Die Behörde nimmt an, daß es sich hier um einen Dummenjungenstreich handelt. Wahrscheinlich haben Besucher des Freibades oder Ausflügler den Draht gefunden und über die Chaussee gespannt. Der nichtswürdige Streich hätte jedoch schlimme Folgen haben können, wenn statt des Automobils ein Radfahrer in der Dunkelheit gegen das Hindernis gefahren wäre.

Eine Mütterkonferenz sollte nach der Meldung des „Berliner Lokal-Anzeiger“ am heutigen Mittwoch im Bürgeraal des Rathauses abgehalten werden, und zwar unverändert unter der Leitung des Stadtschreibers Waldemar Schmidt, dessen von uns berichtete seltsame Praktiken in voriger Woche einen Sturm der Entrüstung erregt haben. Weiter läßt sich das Saerblätt von offenbar sehr interessierter Seite erzählen, daß eine Neuorganisation dieser bereits halb auseinandergerissenen Vereinigung in die Wege geleitet sei. In dieser lancierten Form ist die Meldung falsch. Die Gegenseite, die den schnellsten Abtritt des Herrn Schmidt aus der Öffentlichkeit ersehnen sollten, sind in keiner Weise geklärt. Es ist daher zu verstehen, daß die Rathausräume, in denen für solches Gezeint kein Platz sein darf, gestern den Mütterkonferenzen bis auf weiteres entzogen worden sind.

Der Rückgang der Schlachtungen auf dem Berliner Schlachthof hält an. Im Mai d. J. wurden 19 274 Stück Vieh weniger geschlachtet, als im gleichen Monat des Vorjahres. Der Rückgang betrug nach der „Allgemeinen Fleischer-Zeitung“ bei Rindern 1304 Stück, bei Kalbern 8020 Stück und bei Schweinen 16 172 Stück. Nur bei Schafen ist eine ganz kleine Steigerung eingetreten.

Eine Familie in Lebensgefahr.

Durch den Selbstmordversuch eines Dienstmädchens geriet in der gestrigen Nacht die Familie des Kaufmanns Neumann aus der Rosenburger Str. 21 in Lebensgefahr. Neumann stammt aus Leipzig. Als er vor neun Jahren nach Berlin überiedelte, brachte er von dort eine Erna Märchner, die damals 17 Jahre alt war, als Dienstmädchen mit. Das Mädchen wechselte unterdessen dreimal seine Stellung und war in der Zwischenzeit immer wieder bei der Familie Neumann. Im Laufe der Zeit hatte es mehrere Liebesverhältnisse, aus denen drei Kinder hervorgingen, zuletzt mit einem Soldaten in Leipzig. Von dort kam es vor einiger Zeit zur Entbindung wieder nach Berlin. Von der Mutter erhielt es jetzt die Nachricht, daß der Vater des jüngsten Kindes, der Soldat, sich gegenwärtig in Berlin aufhalte. Erna Märchner suchte nun tagelang nach ihm, konnte ihn aber nirgends finden. Vorgestern Abend um 8 1/2 Uhr kam sie wieder niedergelagert nach Hause. Um 12 Uhr legte sie sich in der Kammer neben der Küche schlafen. Auf der anderen Seite des Korridors schliefen, während Neumann selbst bereits ist, Frau Neumann und ihre acht Kinder. Gestern früh klingelte die Frau, die das Frühstück brachte, vergeblich. Endlich erwachte Frau Neumann. Sie fühlte sich benommen und nahm einen starken Gasgeruch wahr. Mühsam schleppte sie sich nach der Tür und öffnete. Dann brach sie brennungslos zusammen. Die Frühstücksfrau nahm sich ihrer an, kam mit in die Wohnung hinein und sah sich dort um. Es ergab sich, daß das Dienstmädchen in der Nacht aufgestanden war, in der Küche den Gashahn geöffnet und die Tür nach seiner Kammer aufgeschlossen hatte. Es lag brennungslos im Bett und wurde in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. Frau Neumann erholte sich bald wieder. Ihre Kinder, die unterdessen auch erwachten, fühlten sich ebenfalls sehr unwohl. Weil die Korridorart aufgestanden hatte, war das der Küche entströmende Gas auch in alle Schlafräume eingedrungen.

Vor den Augen seiner Frau in die Spree gesprungen ist gestern früh der 49 Jahre alte Grüntramhändler N. aus der Flemingstraße 11. Der Mann war schon lange nerbenkrank. Am vergangenen Sonntag sollte er nach der Charité gebracht werden, konnte aber wegen Platzmangels nicht aufgenommen werden. In den letzten Tagen äußerte er wiederholt Selbstmordgedanken. Gestern früh begleitete N. seine Frau, als sie sich mit ihrem Handwagen nach der Zentralmortschale begab. Während die Frau den Wagen schob, ging N. nebenher auf dem Bürgersteig. Auf der Moltkebrücke schwang er sich vor den Augen der Frau plötzlich über das Geländer, stürzte sich in die Spree und ging gleich unter. Erst nach einer Stunde fanden der Wächter und ein erwachsener Sohn des Unglücklichen den Mann als Leiche wieder.

Die Trauerfeier

für den um die Partei so verdienten Genossen Hermann Sonnenburg in Friedrichshagen gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung der Partei. Im Saale des Eislers, an derselben Stelle, an welcher der so plötzlich von uns gerissene Parteifreund noch vor acht Tagen den Kampf um die Landtagswahlen für Niederbarnim mit ausfechten half, inmitten großer Blattpflanzen war der Sarg aufgebahrt. Aus zahlreichen Orten des Kreises sowie aus Berlin waren Parteifreunde und Berufskollegen herbeigeeilt, um in Gemeinschaft mit den Genossen und Genossinnen des Ortes dem lieben Freunde und langjährigen Kampfesgenossen die letzte Ehre zu erweisen. Auch eine Anzahl bürgerlicher Gemeindevertreter von Friedrichshagen hatten es sich nicht nehmen lassen, zur Trauerfeier

zu erscheinen, um dem Toten für sein Wirken in der Gemeinde ihre Anerkennung zu bezeugen.

Weißhollener Stille trat in dem dichtgefüllten Saal ein, als der Friedrichshager Männerchor seine Trauerweise ertönen ließ: „Ein Sohn des Volkes wollt' ich sein und bleiben!“ Anknüpfend an die für den Verstorbenen wie geschaffenen Strophen, hielt Genosse Nag Schütte die Gedächtnisrede. Er schilderte den Lebensgang des Verstorbenen, wie er, selber armer Leute Kind, bereits als Waisenknabe die bittere Seite des Lebens durchgefostet habe, wie er sich emporgearbeitet und schließlich Mitglied der großen Armee für den Befreiungskampf des Proletariats geworden sei, wie er dann gekämpft habe sein Leben lang für die Armen und Unterdrückten. Dann traten die Deputationen an den Sarg und sagten dem toten Freunde Worte des Dankes und der Anerkennung für seine im Dienste des Proletariats geleistete Arbeit. Es sprachen die Vertreter des Wahlvereins Friedrichshagen, der Geschäftsleitung und Buchführung des „Vorwärts“, des Verbandes der Buchdrucker, seiner Kollegen und der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Friedrichshagens.

Wieder intonierten die Sänger ihr Trauerlied und dann ging es hinaus in langem Zuge nach dem Friedhof, flankiert von einer großen Zahl Friedrichshager Einwohner und von — 3 Gendarmen. Auf dem Friedhof ein letztes Abschiedslied: „Da unten ist Frieden“, dann fielen die Erdmassen auf den Sarg des toten Freundes. Am Grabe aber häuften sich die letzten Liebeszeichen in Gestalt von prachtvollen Kränzen und Blumen zu Bergen.

Der Trauerakt war zu Ende und heimkehrten die Teilnehmer mit dem Gedanken, einen braven, treuen Freund und Mitkämpfer verloren zu haben, aber auch gedenkend der Toleranz der christlichen Kirche, die keinem Andersdenkenden gestattet, auf ihrem Friedhof am Grabe eines lieben Verstorbenen ein letztes Abschiedswort sagen zu dürfen.

Stadtbahnbederter sind gestern Abend wieder aufgetreten. Einem Manne, der auf der Strecke zwischen den Haltestellen Jannowischbrücke und Charlottenburg eingeschlafen war, schnitten sie die Taschen auf und stahlen ihm das Portemonnaie, das einen Hundertmarkschein, zwanzig Mark in hartem Gelde, einen Krauring, einen Siegelring und die Radfahrkarte des Bestohlenen enthielt. Der Krauring ist U. B. 12. 11. 13 gezeichnet, der Siegelring enthält einen roten Stein.

Eine dreiviertelstündige Störung im Straßenbahnverkehr, hervorgerufen durch den Sturm, trat am gestrigen Dienstag im Tiergarten ein. In der Hofjäger-Allee zwischen dem Großen Stern und der Tiergartenstraße hatte der Sturm einen starken Baum umgeworfen, der auf die Oberleitung der Straßenbahn fiel. Dabei wurde ein Leitungsmast verbogen und ein Armanisler zerbrochen. Infolgedessen trat eine Stromstörung ein und beide Gleise waren während der Zeit von 4.35 bis 5.20 Uhr nachmittags gesperrt. Während der Dauer dieser Störung mußten die Wagen der Linien 2, 3 und 17 über die Jasanerie-Allee, Corneliusbrücke und Rollendorfplatz geleitet werden.

Einam gestorben

ist die 55 Jahre alte städtische Lehrerin Jenny Korbes, die an der 121. Gemeindeschule angestellt war und für sich allein in der Schönhauser Allee 158 wohnte. Die Lehrerin erschien seit vergangenem Freitag nicht mehr zum Dienst, ohne irgend etwas verlauten zu lassen. Gestern schickte nun der Rektor eine Amtsgenossin nach der Wohnung, um fragen zu lassen, was vorliege. Sie fand die Tür verschlossen und erhielt auf ihr wiederholtes Klopfen keine Antwort. Der Hauswirt, den sie jetzt benachrichtigte, ließ öffnen, und es ergab sich, daß Fräulein Korbes gestorben war. Sie lag tot in ihrem Bette. Wahrscheinlich hat sie der Schlag gerührt.

Arbeitermöbel. Die Musterwohnung im Gewerkschaftshause wird am 14. Juni geschlossen, sie ist also nur noch am Mittwoch und am Sonnabend dieser Woche von 6—9 Uhr zu besichtigen. Es können aber Anfragen jederzeit an die Kommission für vorbildliche Arbeitermöbel, Engelauer 15, gerichtet werden. Am 15. August werden neue Musterwohnungen fertig stehen.

Großer Dachstuhlbrand im Osten Berlins. Durch vierfachen Alarm wurde die Feuerwehr gestern Mittag kurz nach 12 Uhr nach der Ballnertheaterstr. 18 im Osten Berlins gerufen. Es rückten diezüge 4, 5, 7 und 17 aus, bei deren Anfunft der Dachstuhl des Wohnhauses schon in großer Ausdehnung in Flammen stand. Da auch die Nachbargebäude bedroht waren, griff die Wehr mit vier Schlauchleitungen ein, die an Dampfspitzen angeschlossen waren. Der Hauptangriff erfolgte über mechanische Leitern hinweg, doch dauerte es fast eine Stunde, ehe die Gewalt des Brandes gebrochen war. Der Dachstuhl wurde fast vollständig zerstört. Mit den Nachlösch- und Aufräumungsarbeiten hatte die Wehr noch bis in den späten Nachmittagsstunden hinein zu tun. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt. Bei dem Brand sind leider auch zwei Feuerwehrleute verunglückt. Der Feuerwehrmann Gregoritz zog sich Schnittwunden an der rechten Hand und Brandverletzungen im Gesicht zu und der Feuerwehrmann Gruber erlitt eine Fußverletzung durch einen Arthieb.

Wer ist der Tote? Am 24. Mai wurde aus der Habel zwischen Werder und Alt-Geltow eine unbekannt männliche Leiche gelandet, deren Persönlichkeit noch nicht hat festgestellt werden können. Der Unbekannte, welcher längere Zeit im Wasser gelegen haben muß und nicht mehr zu erkennen ist, ist circa 40—45 Jahre alt und 1,64 Meter groß. Er war bekleidet mit grauer Winterodenjoppe, schwarzer Weste, braun- und rotfarbierter Stoffhose, weißer wollener Unterhose, schwarzen Sänkrüsteln, grauwollenen Strümpfen (K. in rot gezeichnet), schwarzgestreiften Hosenträgern, weißem Leinen- und weißem wollenem Hemd; das weiße Hemd trägt einen unleserlich gefärbten Namen, ähnlich „B. Zimm“, schwarzem Vorhemd und schwarzem Leibriemen, 1 1/2 Zentimeter breit. Personen, die über die Persönlichkeit des Unbekannten Auskunft geben können, werden ersucht, ihre Wahrnehmungen der Kriminalpolizei oder einem Polizeirevier mündlich oder schriftlich mitzuteilen.

Eine braune Brieftasche mit etwa 800 Marken des Transportarbeiterverbandes, a 60 Pf., hat ein Weitragskofferer entweder in der Origerstraße, Plan-Ufer oder Wächterstraße verloren. Der Finder der Tasche wird gebeten, dieselbe mit Inhalt im Bureau des Transportarbeiterverbandes, Engel-Ufer 15, 2 Treppen abzugeben.

Beim Sportfest am Sonntag im Schloß Weihensee ist ein Palet, enthaltend einen Sweater und Turnschuhe, verloren gegangen. Abzugeben ist daselbe bei Garbrecht, Eidenauerstr. 18, born IV.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst gab der Magistrat eine Uebersicht über die Frequenz der Gemeindeschulen

